Volksstimme

Einzelpreis 15 Pfennig

Tageszeitung der Sozialdemokratischen Partei

Die „Volksstimme“ erscheint an jedem Wochentag abends. — Verantwortlich: Albert Pauli, Magdeburg. — Verantwortlich für Inserate Wilhelm Lindau, Magdeburg. — Druck und Verlag von W. Pfannkuch & Co., Magdeburg, Große Münzstraße 3. — Fernsprech-Anschlüsse 6264 bis 6267. — Postzeitungsliste 2 Nachtrag, Seite 110 — Bezugspreis: Monatlich 2.00 Mark, Abholer 1.80 Mark, Einzelpreis 15 Pfennig, Sonntags 25 Pfennig

Anzeigenpreise: Die 10gespaltene 27 Millimeter breite Nonpareillezeile örtlich 20 Pf., auswärts 30 Pf., Familienanzeigen und Stellengesuche 12½ Pf., Vereinskalender 30 Pf., die dreigespaltene 90 Millimeter breite Reklamezeile örtlich 100 Pf., auswärts 150 Pf. Rabatt geht verloren, wenn nicht binnen 10 Tagen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Für Platzvorschriften keine Gewähr. Erfüllungsort Magdeburg. Postscheckkonto Nr. 122 Magdeburg.

Nr. 60. Magdeburg, Freitag den 12. März 1926. 37. Jahrgang.

Die Rebellion im Zentrum.

Christenmoral gegen Fürstenwillkür.

Ein tiefer Riß geht durch die Zentrumspartei. Die Reichstagsfraktion des Zentrums hat nicht nur ihre Anhänger aufgefordert, die große Bewegung des Volksbegehrens nicht zu unterstützen, sie hat vielmehr gleichzeitig die Behauptung aufgestellt, daß die Unterstützung des Volksbegehrens gegen die Verfassung, gegen das Recht, gegen den christlichen Eigentumsbegriff verstoße. Sie hat einer großen Volksbewegung gegenüber eine streng dogmatische ablehnende Haltung eingenommen. Vielleicht hat sie geglaubt, dadurch die Anhänger des Zentrums um so sicherer von der Teilnahme am Volksbegehren abzuhalten. Hat sie dies gewollt, so hat sie sich verrechnet.

Denn jetzt zeigt sich, daß, trotzdem die Reichstagsfraktion des Zentrums die Nichtbeteiligung am Volksbegehren zu einem Prüfstein katholischer Weltanschauung machen wollte, die Anhänger der Zentrumspartei der Aufforderung der Reichstagsfraktion des Zentrums nicht nachfolgen. Das, was die Reichstagsfraktion des Zentrums als Verstoß gegen das Recht herabsetzen wollte, erscheint einem sehr großen Teile der Anhänger des Zentrums als sittliche Forderung, als

höheres Recht.

Das ist mehr als ein Auseinandergehen von Führung und Anhängerschaft in einer rein taktischen Frage.

Die Erregung in den Reihen der Zentrumsanhänger über die Haltung der Reichstagsfraktion des Zentrums ist sehr groß. Wir stellen das nicht fest, um eine Parteifehde mit dem Zentrum zu beginnen — aber die Tatsachen sind so öffentlich und werden so laut, daß niemand daran vorübergehen kann, selbst die Presse des Zentrums nicht. Ein sehr großer Teil der Zentrumsanhänger steht kämpfend in der großen Volksbewegung für die Fürstenenteignung. Aus allen Bevölkerungsschichten erhält die Zentrumspresse und die übrige linksstehende Presse Zuschriften von Zentrumsanhängern, die diesen Tatbestand feststellen. Die Zentrumspresse mußte der Diskussion über die Aufforderung ihrer Reichstagsfraktion freien Lauf lassen.

Eine große Volksbewegung ist über den Bremsversuch der Reichstagsfraktion des Zentrums hinweggeschritten.

Diese Volksbewegung ist nicht Parteisache.

Sie ist aus dem Volke selbst herausgewachsen. Es waren nicht nur Sozialdemokraten und Kommunisten und Demokraten, die das Volksbegehren gefordert haben, es waren selbst Zentrumsanhänger. Schon am 14. Januar schrieben die „Katholischen Merkblätter“ (Verlag Haus Hoheneck, Heidhausen):

> Ihr Richter! Es gibt noch ein ungeschriebenes Gesetz in dem Herzen des Volkes! Ein Gesetz, dessen Rechtsspruch unfehlbar ist! Stellt vor das Volk die Frage, welche Ansprüche sein geflohener Herrscher noch zu stellen hat! Die Antwort wird sein: Ein Fürst, der sein treues Volk in Zeiten der Not treulos verläßt, hat kein Anrecht auf Haus und Hof, ist seines Volkes nicht wert! Wer ist ein Mann? Wer sagt im Deutschen Reichstag einmal solche Worte? Warum schweigt ihr, Wirth, Marx, Löbe, Graf Westarp? . . . (Paul Löbe hat schon längst laut und vernehmlich gesprochen. Red. d. „V.“) Eine Ehrensache, deutsche Jugend, deutsches Volk! Hier geht es um Tiefstes! Hier geht es um dein innerstes Wesen! Solange du nicht deine innere Ehre wiederherzustellen gewillt bist, solange hast du nicht das Recht, auf Wiederherstellung deiner äußern Ehre (Kriegsschuldfrage) zu bestehen! Ich frage nochmals: Wer ist ein Mann?

Die Bewegung für die Fürstenenteignung ist herausgewachsen nicht aus engen Interessen einzelner Berufsschichten, nicht aus kleinlichem Rachegefühl, sondern aus großen sittlichen Motiven. Es ist Empörung über Unrecht, über jahrhundertelanges Unrecht der deutschen Fürstenhäuser gegenüber dem Volke, es ist Empörung über die

doppelte Moral,

die deutsche Fürstenhäuser dem Volke gegenüber bewiesen haben, es ist tief sittliche Entrüstung, beleidigtes Rechtsgefühl, es ist der Schrei nach ausgleichender Gerechtigkeit, der diese Bewegung hervorgerufen hat. Gerechtigkeit: das ist es, was die große Volksbewegung und innerhalb der Volksbewegung die Empörung der Anhänger des Zentrums hervorgerufen hat.

Daß diese Bewegung zunächst die untern Schichten des Volkes erfaßt hat, ist kein Wunder. Sie waren es, die in geschichtlichen Zeiten unter dem Drucke der Fürstenwillkür gelitten, die das Unrecht am bittersten empfunden haben. Ihr Schrei nach Freiheit, nach Recht und Gerechtigkeit war immer ein Schrei gegen Fürstenwillkür und Fürstenunrecht. So sind es vor allen Dingen auch die christlichen Arbeiter, die sich als erste in Massen der Volksbewegung angeschlossen haben. Die Bewegung selbst aber hat nicht nur die Arbeiter allein und nicht nur die christlichen Arbeiter erfaßt. Sie ist eine wahre Volksbewegung. Die Stimmen aus dem Zentrum, die verwundert anklagen, schwungvoll aufrufen, gegen die Parole der Reichstagsfraktion Einspruch erheben und zur Eintragung auffordern, kommen aus den Kreisen

der Landwirte so gut wie der Arbeiter,

der Intellektuellen so gut wie des Mittelstandes.

Dieser großen, von tief sittlichem Empfinden getragenen Bewegung hat die Reichstagsfraktion des Zentrums nichts entgegenzusetzen gewußt als die Berufung auf den christlichen Eigentumsbegriff. Aber es wird ihr aus den Reihen des Zentrums selbst heraus bestritten, daß diese Berufung zu Recht erfolgt sei. In der katholischen Monatschrift „Vom frohen Leben“ (Berlin-Weißensee) heißt es darüber:

> Wer von der Natur und Bestimmung des Menschen und des Eigentums her das Eigentumsrecht bestimmt, sieht sofort, daß es nicht Eigentumsrecht, sondern Eigentumsunrecht ist, das man neun Zehntel des Bodens eines Landes einem Zehntel der Bevölkerung oder gar einem einzigen zuteilt, neun Zehnteln des Volkes aber nur ein Zehntel des Bodens: denn der Sinn des Eigentums ist nicht, allen Existenzsicherung zu nehmen und sie dafür einem in Uebermaß zu geben, und statt sie selbst zu bearbeiten, sie durch andre bearbeiten zu lassen und von ihrer Arbeit zu prassen. Uns ist es nicht Eigentum, sondern Raub, was durch rohe Gewalt, durch Betrug, durch rücksichtslose Ausnutzung eigner Ueberlegenheit und fremder Schwäche an Kraft, Geld usw. zusammengekommen ist. Wer sich schützend vor solches Eigentumsunrecht, Diebseigentum, mit dem 7. Gebot Gottes stellt, den treffe — es sei auch, wer es sei — das zwölffache Wehe Christi über die Pharisäer und Religions- und Rechtsverdreher.

Die Bewegung in der Anhängerschaft des Zentrums ist eine Rebellion des Rechtsgefühls gegen die Forderungen der Fürsten, eine Rebellion aber auch gegen jeden Versuch, die Fürsten zu schonen und ihnen gegenüber eine Großmut anzuwenden, die gerade ihnen gegenüber um so weniger angebracht ist, als sie dem Volke schädlich werden könnte. Das Volk ist in Bewegung, ein sehr großer Teil der Zentrumsanhänger geht mit dem Volke — die Leitung des Zentrums aber und die Reichstagsfraktion des Zentrums haben sich in dieser Bewegung des Rechtes vom Volke getrennt. —

Der Geldbedarf des Reiches.

Gegen die deutsche Republik und das demokratische Regierungssystem wird seit Jahren der Vorwurf erhoben, sie arbeiteten teurer als das alte Kaiserreich. Die höhern Steuerlasten seien in erster Linie die Folge einer aufgeblähten Verwaltung und der Verschwendungssucht der neuen Machthaber. Der Reichsfinanzminister Reinhold hat in seiner Etatsrede am 10. Februar diese Behauptung zahlenmäßig widerlegt. Er hat gleichzeitig eine vom Statistischen Reichsamt bearbeitete Denkschrift angekündigt, in der die Ausgaben und Einnahmen des Reiches für 1913 und für 1926 gegenübergestellt werden. Diese Denkschrift liegt jetzt vor. Sie ist eine der interessantesten Arbeiten, die über dieses Problem veröffentlicht wurden und wird das Verdienst in Anspruch nehmen dürfen, einer zähen Lüge das Ende bereitet zu haben.

Diese Lüge konnte sich überhaupt nur so lange erhalten, weil der Etat des Reiches außerordentlich unübersichtlich ist und zahllose Posten enthält, die sowohl auf der Einnahme- als auch auf der Ausgabenseite erscheinen. Auch sind in ihm die Beträge enthalten, die als Ueberweisungen an die Länder und die Gemeinden gehen. Vor allem aber ist ein Vergleich zwischen 1913 und 1926 wegen der Veränderung der staatsrechtlichen Struktur des Reiches und der großen Verschiebungen in seinen Aufgaben und Ausgaben sehr schwierig. Die Denkschrift sucht diese Schwierigkeiten aus dem Wege zu räumen. Sie errechnet einen „bereinigten Bruttoetat“, bei dem alle Posten, die nicht dem Reiche, sondern Dritten zur Last fallen, ausgeschieden und die Bruttozahlen von allen Ueberweisungen, durchlaufenden Posten und etatstechnischen Doppelbuchungen bereinigt sind. Diese bereinigten Bruttozahlen ergeben für 1913: 3605, für 1926: 4942 Millionen Mark. Die Ausgaben des Jahres 1926 sind also um 1337 Millionen höher veranschlagt als die Ausgaben des Rechnungsjahres 1913.

Noch deutlicher wird das Bild bei der Errechnung des eigentlichen Staatsbedarfs als des Betrags, den das Reich für seine Zwecke benötigt. Für diesen Zweck sind die bei den Betriebsverwaltungen erwachsenen Bruttoausgaben von den gesamten Ausgaben abgesetzt worden. Die Betriebsverwaltungen kommen für die Errechnung des Staatsbedarfs nur insofern in Frage, als sie Ueberschüsse abwerfen oder Zuschüsse aus Mitteln der Allgemeinen Reichsverwaltung erfordern. Danach beträgt der eigentliche Staatsbedarf im Jahre 1913: 2672 Millionen, 1926: 4942 Millionen. Gegenüber 1913 ist somit im Etatsjahr 1926 eine Steigerung von 2270 Millionen oder 84,9 Prozent zu verzeichnen.

Dieser Gesamtmehrbedarf ist in erster Linie die Folge von unmittelbaren Ausgaben infolge des Krieges und der Besatzung. Sie erfordern einen Aufwand von 2422 Millionen Mark oder 49 Prozent aller Ausgaben des Reiches. Zu diesen Ausgaben gehören erstens an Militärversorgungsgebührnissen 1491,19 Millionen. (30,2 Prozent), zweitens sonstige unmittelbare Ausgaben infolge des Krieges 18,8 Millionen (0,4 Prozent), drittens unmittelbare Ausgaben infolge der Besatzung 13,2 Millionen (0,3 Prozent), viertens innere Kriegslasten 298,3 Millionen (6 Prozent) und fünftens zur Erfüllung des Londoner Abkommens 600,3 Millionen (12,1 Prozent). Erst nach Abzug dieser unmittelbar durch den Krieg erfolgten Belastung lassen sich die Verwaltungsausgaben des Reiches für beide Jahre überhaupt miteinander vergleichen. Dieser Vergleich ergibt eine Ausgabe für das Jahr 1913 von 2602 Millionen und für 1926 von 2519 Millionen. Die Verwaltungsausgaben des Reiches (ohne die Ausgaben, die als Kriegsfolgen anzusehen sind) sind also 1926 um 83 Millionen geringer als 1913.

Innerhalb dieses Ausgabenbedarfs aber haben große Verschiebungen gegenüber der Vorkriegszeit stattgefunden. Die Kosten für Heer und Marine sind 1926 um 1320 Millionen niedriger als 1913. Dieser Minderausgabe stehen natürlich auch Mehrausgaben gegenüber und zwar in Höhe von 1237 Millionen. Dieser erhöhte Bedarf ist zum Teile die Folge der Verminderung der Kaufkraft des Geldes und tritt sowohl als Erhöhung der persönlichen als auch der sachlichen Ausgaben in Erscheinung. Darüber hinaus aber enthält der Mehraufwand auch Beträge, die durch die Folgen des Krieges und der Inflation hervorgerufen sind. Dazu gehören die Mehrausgaben für die Zivilversorgung mit 94 Millionen, Unterstützungen an Beamte mit 13 Millionen, Reichszuschuß für die Polizei 190 Millionen, die Ausgaben für soziale Zwecke mit 395 Millionen gegenüber 63 Millionen im Jahre 1913. Infolge der Aufwertungsgesetzgebung erfordert die Reichsschuldenverwaltung 308 Millionen statt 236 im Jahre 1913. Der Uebergang der Zoll- und Steuerverwaltung auf das Reich hat Mehrkosten von 311 Millionen verursacht. Die Ausgabe für das Verkehrswesen erfordert ebenfalls 153 Millionen mehr. Alle diese Mehrausgaben, die teils die Folge des Krieges sind, teils die Folge der neuen Aufgabenverteilung zwischen Reich und Ländern, machen insgesamt 1165 Millionen aus und decken sich somit fast mit den Minderausgaben bei Heer und Marine in Höhe von 1320 Millionen. Die eigentliche Verwaltung des Reiches, einschließlich Heer und Marine, die 1913: 2602 Millionen erforderte, verlangt 1926 infolgedessen nur 2519 Millionen, also 83 Millionen weniger als 1913.

Angesichts dieser Zahlen, die mit großer Sorgfalt und Objektivität errechnet worden sind, ist der Vorwurf der verschwenderischen Wirtschaft der Republik haltlos. Gewiß erfordert die Notlage der Wirtschaft und des Volkes trotzdem weitergehende Ersparnisse. Sie zu erzielen hat die Sozialdemokratie stets als ihre Aufgabe betrachtet. Aber das darf nicht geschehen durch die Abdrosselung sozialer Ausgaben, sondern durch die gründliche Reform der gesamten öffentlichen Verwaltung, die nur im Einheitsstaat möglich ist.

Paul Hertz.

Briands Rekordleistung.

Von dem neuen Ministerium Briand, das am Mittwoch die Führung der Geschäfte übernommen hat, läßt sich einstweilen nur das eine sagen, daß die Schnelligkeit, mit der seine Konstituierung erfolgt ist, einen Rekord in der Geschichte der französischen Regierungskrise darstellt.

Briand, der offensichtlich in erster Linie von dem Gedanken beherrscht war, so rasch wie möglich nach Genf zurückzukehren, hat bei der Auswahl seiner Mitarbeiter auf jede politische Dosierung verzichtet. Er hat im ganzen nur drei Portefeuilles neu besetzt. Aber auch diese Modifikation gibt über die politische Beschaffenheit des neuen Kabinetts nur geringen Aufschluß. Briand hat sich zwar der ausgesprochen kartellistisch gerichteten Mitglieder des gestürzten Ministeriums entledigt, die Nachfolger aber, die er ihnen gegeben hat, haben der Freude, die im Lager der Re-

aktion die Ausschiffung der als „herriotistisch" verschrienen Chautemps, Renoult und Daladier zunächst ausgelöst hatte, einen starken Dämpfer aufgesetzt. Malvy und Lamoureux waren in ihrer Eigenschaft als Vorsitzende und Berichterstatter der Finanzkommission wenigstens in der ersten Phase des parlamentarischen Kampfes um die Sanierungsmaßnahme die schärfsten Gegner der Regierungsvorlage, und wenn sie auch zuletzt sich zu einem Kompromiß mit Doumer bereit gefunden haben, so war es doch das von ihnen gezeichnete Gegenprojekt der Kommission, das das mit den finanziellen Konzessionen des Herrn Doumer stark vorbelastete Kabinett Briand zu Falle gebracht hat

Malvy besonders, der seinerzeit Clemenceau gleich Caillaux durch den Senat wegen angeblichen Hochverrats zu langjähriger Verbannung hatte verurteilen lassen, ist für die gesamte Rechte ein rotes Tuch, und seine Betrauung mit dem Ministerium des Innern dürfte die Reaktion dem neuen Kabinett Briand kaum versöhnlicher stimmen.

Allerdings wäre es verfehlt, daraus auf einen ausgesprochenen Linkskurs des neuen Ministeriums schließen zu wollen. Denn die Berufung Perets zum Finanzminister ist ein unzweideutiger Beweis dafür, daß Briand für das auch in den nächsten Wochen noch immer im Vordergrund der politischen Debatte stehende Finanzproblem auf die Unterstützung der gemäßigten Mittelgruppen zählt. —

Demokraten und Volkspartei.

Der demokratische Reichsausschuß hat sich am Mittwoch in einer den ganzen Tag in Anspruch nehmenden Sitzung mit der Stellung der Demokratischen Partei zur Fürstenabfindung befaßt. Nach längern Erörterungen faßte der demokratische Parteiausschuß einen Beschluß, in dem es u. a. heißt:

Der Parteiausschuß stimmt dem neuen Kompromiß der Regierungsparteien über die Fürstenabfindung zu. Für den Fall, daß die verfassungsmäßige Mehrheit für diesen Entwurf infolge des Widerstandes der Rechten nicht erreicht werden sollte, behält sich der Parteiausschuß die Reglung der Frage durch den Volksentscheid vor.

Dieser Beschluß weicht zwar erheblich von der entschiedenen Ablehnung des Volksbegehrens ab, entspricht aber noch längst nicht dem Willen vieler Demokraten, die sich jetzt schon entschieden für das Volksbegehren einsetzen.

Der Kompromißantrag zur Frage der Fürstenabfindung ist jetzt beim Rechtsausschuß des Reichstags eingebracht worden. Der Entwurf weist nach einer Ueberprüfung durch das Reichsjustizministerium und nach einer nochmaligen Besprechung der Parteiführer keine materiellen Aendrungen auf. Der Kompromißantrag wird am Freitag im Rechtsausschuß des Reichstags vom Abg. Schulte (Breslau, Ztr.) begründet werden.

Interessant ist die Tatsache, daß die Bayrische Volkspartei immer noch gegen das Kompromiß ist, und daß die Deutsche Volkspartei sich zwar dafür ausgesprochen hat, aber doch nicht den Mut besitzt, von ihren Mitgliedern zu verlangen, daß sie auch dafür eintreten und deshalb davon Abstand genommen hat, Fraktionszwang auszuüben. Man will sich also in keiner Weise gegen die Fürsten festlegen. —

*

Meldungen aus dem Reiche.

Die Eintragungen schreiten weiter fort und lassen erkennen, daß auch die zweite Woche noch starke Förderung des Volksbegehrens bringen wird. Aus Berlin wird gemeldet: In Groß-Berlin haben sich am Mittwoch 73 895 Personen in die Listen zum Volksbegehren eingezeichnet, so daß die Gesamtzahl der Eintragungen in der Reichshauptstadt auf 633121 gestiegen ist.

Essen: Bis Mittwoch abend hatten sich 34 000 Wähler eingetragen. Namentlich in den letzten Tagen wächst die Beteiligung aus allen Ständen und Berufen. Angestellte, Handwerker und Kaufleute erscheinen in Massen neben den Arbeitern und Erwerbslosen in den Einzeichnungslokalen.

Köln: Die Zahl der Einzeichnungen in Köln hat am Mittwoch abend 40 000 erreicht. Der Andrang in den Einzeichnungslokalen steigert sich von Tag zu Tag. Auch in Köln Land ist die Beteiligung bisher über alles Erwarten gut, ebenso in den Orten mit rein katholischer Bauernbevölkerung in der weitern Umgebung Kölns.

Königsberg: In der Stadt Königsberg haben sich bis zum Mittwoch abend 17 500 Personen in die Listen eingezeichnet.

Hamburg: Auch in Hamburg ist die Zahl der Einzeichnungen im stündigen Steigen begriffen. Rund 12000 Unterschriften wurden allein am Dienstag vollzogen. Damit ist die Zahl der Eintragungen in Hamburg auf 96 000 angewachsen. —

Die Schwarze Reichswehr.

Die Schwarze Reichswehr und ihre Feme ist durch die Sitzung des Reichstagsuntersuchungsausschusses für die Femeorganisationen und den Antrag der Staatsanwaltschaft Berlin auf Genehmigung der Strafverfolgung von neun kommunistischen Reichstagsabgeordneten wegen Verdachts des Hochverrats im Jahre 1923 wieder in den Vordergrund des öffentlichen Interesses getreten. Der Reichstagsuntersuchungsausschuß prüfte zunächst die Vorarbeiten des Vorsitzenden, Abg. Scheller (Ztr.). Dieser berichtete, daß die Mehrzahl der deutschen Länderregierungen auf das Ersuchen des Reichstagsausschusses, Material über das Putschjahr 1923 vorzulegen, entweder mit Fehlanzeigen oder mit ganz kurzen Berichten oder, wie Mecklenburg und Waldeck, überhaupt nicht geantwortet haben. Eingegangen sind bis jetzt lediglich die Denkschriften des Reichswehrministeriums und des Reichsinnenministeriums. Eine umfangreiche Denkschrift des preußischen Innenministers ist dem Vorsitzenden des Ausschusses mündlich angekündigt worden.

Abg. Landsberg regte zunächst an, daß angesichts der Fülle des Materials ein besonderer Sekretär mit der Sichtung des einlaufenden Materials und mit der Erledigung der Vorarbeiten beauftragt würde. Mit überwiegender Mehrheit beschloß der Ausschuß, die sofortige Beauftragung eines Sekretärs mit den Vorarbeiten beim Präsidium des Reichstages zu beantragen. Zum Hauptberichterstatter wurde einmütig Abg. Levi (Soz.) gewählt.

Die Denkschrift des Reichswehrministeriums entwickelt folgende Gedankengänge: Mit der „Schwarzen Reichswehr" sind auf dem Wege über die in den Jahren 1922/23 geschilderten Arbeitstrupps des Wehrkreiskommandos III wiederholt auch die Dienststellen des Reichsheers in Beziehung gebracht worden. Die Trupps sind seit Oktober 1923 aufgelöst. In Uebereinstimmung mit dem Chef der Heeresleitung sind die Behauptungen, daß es sich dabei um militärische Formationen außerhalb der Reichswehr handelte, stets entschieden abgelehnt worden. Der Generaloberst von Seeckt hat die von rechtsradikaler Seite gekommene Anregung zur Bildung einer solchen Schwarzen Reichswehr ebenso in scharfer Form zurückgewiesen wie die von der Linken kommende, „schwarzrotgoldene" Bataillone aufzustellen.

Eine weitere Denkschrift, die von neun kommunistischen Reichstagsabgeordneten verfaßt worden ist, um dem Antrag des Oberreichsanwalts auf Strafverfolgung wegen Hochverrats im Putschwinter 1923/24 entgegenzutreten, beschäftigt ebenfalls die Oeffentlichkeit. Die Denkschrift trägt bereits bekannte Tatsachen zusammen mit Neuem vor. Auch sie wird dem Reichstagsuntersuchungsausschuß wertvolles Arbeitsmaterial bringen. In der Denkschrift werden zunächst die Vorgänge des Jahres 1923 eingehend behandelt und vor allem die eigenartige Rolle, die der Führer des Alldeutschen Verbandes, Justizrat Claß, der Leiter des Landbundes der Provinz Brandenburg, von Oppen-Buchow, und der Mecklenburger Landbundführer von Wendorff sowie der Reichswehr-Oberstleutnant Bock, der General von Tschischwitz in Stettin, der Major von Ondarza in Schwerin gespielt haben. Neu ist in der Denkschrift der Vorbereitungsakt für den in der Nacht vom 29./30. September geplanten Putsch. Ein Kommando z. b. V. („zur besonderen Verfügung"), das im großen und ganzen aus den Fememördern des Oberleutnants Schulz zusammengesetzt war, sollte die Regierung aktionsunfähig machen durch folgende „Vorarbeit": Nachts 2 Uhr, 1 Stunde vor Sammeln der Truppen sollten ohne weiteres erschossen werden: der Reichspräsident Ebert, der Reichskanzler Stresemann und der Minister Severing. Alle andern Minister sollten verhaftet, bei dem geringsten Widerstand jedoch ebenfalls erschossen werden. Der Stadtkommandant von Berlin sollte gleichfalls über die Klinge springen, sobald er irgendwelchen Widerstand bereitete. Im übrigen werden recht dunkle Beziehungen zwischen dem Oberstleutnant Bock, dem Justizrat Claß, den Wehrkreiskommandanten, vor allem dem General von Tschischwitz angedeutet, die nur vor dem Untersuchungsausschuß geklärt werden können. —

Geschäftsbericht der Reichsbahn.

Die Reichsbahn veröffentlicht soeben ihren Geschäftsbericht über das erste Geschäftsjahr, das die Zeit vom 1. Oktober 1924 bis 31. Dezember 1925 (15 Monate) umfaßt.

Verkehr und Betrieb. Die Wagengestellung erreicht im Geschäftsjahr 1925 annähernd 93 Prozent der Wagengestellung im Jahre 1913 und steigt in den Monaten des stärksten Herbstverkehrs auf 97 Prozent der Vorkriegsleistung an. Der Gütermagenpark war im allgemeinen nicht voll beschäftigt. Ein großer Teil mußte zeitweise aus dem Verkehr gezogen und als Reserve aufgestellt werden. Die Geschwindigkeit der Durchgangsgüterzüge ist unter Ausnutzung der durch die Druckluftbremse gegebenen Möglichkeiten überall, wo es wirtschaftlich gerechtfertigt war, von 30 und 35 auf 40 Kilometer erhöht. Die Geschwindigkeit der Eilgüterzüge wurde von 50 auf 60 Kilometer gebessert und ein Netz dieser schnellfahrenden Züge nach einheitlichen Gesichtspunkten zwischen den großen Verkehrszentren geschaffen. Im Nahverkehr wurden zur Ueberbrückung von Fahrplanlücken „leichte Züge" mit verminderter Personalbesetzung eingerichtet. Die Umstellung des Zug- und Rangierdienstes auf die nahezu abgeschlossene Einführung der Druckluftbremse konnte wesentlich gefördert werden. Der Verbrauch an Brenn- und Schmierstoff lag im Oktober 1925 gegenüber dem Vormonat um 8,6 bzw. 12 Prozent niedriger, obwohl die Zuglasten gestiegen sind. Von 27 748 Dampflokomotiven waren am 1. November 1925 rund 4700 ausgestellt. Der Ausbesserungsstand betrug 21 Prozent. Der elektrische Zugbetrieb wurde auf den Fernstrecken München—Garmisch—Partenkirchen nebst Abzweigung Tutzing—Kochel und Weilheim—Peißenberg, sowie auf den Strecken München—Herrsching, München—Landshut, Magdeburg Hbh.—Magdeburg-Rothensee aufgenommen, ebenso auf der Vorortsstrecke Gesundbrunnen—Oranienburg.

Tarife. Bezüglich der Wünsche der Wirtschaft, allgemeine Tarifermäßigungen vorzunehmen, wird betont, daß bei den durch eine solche Maßnahme bedingten Ausfällen auf deren Wiedereinbringung durch entsprechende Verkehrszunahmen nicht zu rechnen war. Sie konnten deshalb nicht vorgenommen werden. Dagegen konnte eine systematische Durchprüfung der Normaltarife und des allgemeinen Kohlenausnahmetarifs eingeleitet werden, die sich u. a. auf die vertikale und horizontale Staffelung der Frachtlage in den nahen Entfernungen, die Abfertigungsgebühren usw. erstrecken und die einander vielfach widersprechende Wünsche der einzelnen Wirtschaftszweige ausgleichen soll.

Finanzen. Die Betriebsergebnisse für das Geschäftsjahr (vom 1. Oktober 1924 bis 31. Dezember 1925) stehen noch nicht fest. Im ganzen ist es gelungen, neben den laufenden Betriebsausgaben und den Aufwendungen für werbende Anlagen fristgemäß die Zahlungen für den Dienst der Reparations-Schuldverschreibungen zu leisten. Außer diesen Ausgaben hat die Gesellschaft für die Wiederinstandsetzung der Rhein- und Ruhrbahnen erhebliche Mittel aufgewendet.

Personalwesen. Im Berichtsjahr wurde die Gesamtzahl des Personals von 771 193 auf 711 381 Köpfe gesenkt. Bezüglich der Lohnbewegung werden detaillierte Angaben gemacht. Danach beträgt der Mehraufwand infolge Erhöhung der Grundgehalte, Aenderung des Ortsklassenverzeichnisses usw. pro Jahr 280,1 Millionen Mark. —

Zerreißung der Knappschaftskassen.

In der Mittwochssitzung des Sozialen Ausschusses des Reichstags kam es bei der Weiterberatung der Knappschaftsnovelle zu heftigen Zusammenstößen der Sozialdemokraten mit den bürgerlichen Parteien. Der Zentrumsabgeordnete Imbusch hatte unter der begeisterten Zustimmung des deutschnationalen Zechenbesitzers Leopold den Antrag gestellt, die bisher einheitliche Krankenkasse der Knappschaft künftig für die Arbeiter und Angestellten in zwei völlig getrennte Organisationen zu zerreißen, nachdem die bürgerlichen Parteien schon einige Tage vorher die Zulassung der Ersatzkassen beschlossen hatten.

Die Redner der Sozialdemokratie, Aufhäuser, Giebel, Hoch und Janschek, warnten eindringlich davor, den letzten Rest einer einheitlichen Sozialversicherung in Deutschland, nämlich die Krankenkassen, auch noch zu zersplittern. Es sei unverkennbar, daß hier entgegen allen versicherungstechnischen Zweckmäßigkeitsgründen nur dem politischen Ziel und dem Willen der Zechenherren auf Isolierung der Angestellten von den Arbeitern Rechnung getragen werden soll.

Der rein politische Zweck ging aber den sämtlichen bürgerlichen Parteien über alle sachlichen Argumente. Sie nahmen bedenkenlos die starke finanzielle Belastung der beiden getrennten Krankenkassen für die Knappschaft und den Bergbau, ebenso auch die Erschwerung eines Risiken-Ausgleichs in den Kauf und stimmten geschlossen für die Trennung der Angestellten und Arbeiter in der Knappschaftskrankenkasse. Die Unternehmer und die Gelben werden der Mehrheit des Sozialen Ausschusses für diesen Beschluß dankbar sein. Für die Sozialdemokratie ist die Sache noch keineswegs erledigt. —

Der verklagte „Immer-feste-druff".

Der demokratische „Montag Morgen" veröffentlichte vor einiger Zeit eine Skandalgeschichte, die mit dem deutschen Exkronprinzen in Oels zusammenhängt. Der Lokomotivführer Rappich wehrte sich dagegen, daß seine Tochter mit dem seiner Weibergeschichten wegen berühmten „Immer-feste-druff" Beziehungen hatte und wurde eines schönen Tages ins Irrenhaus gesperrt. Durch die Veröffentlichung der Geschichte kam der Lokomotivführer wieder in Freiheit, trotzdem das Landgericht in Oels nochmals empfahl, ihn einer Irrenanstalt zuzuführen.

Der Veröffentlichung dieses Skandals wegen hatte der Exkronprinz von „verleumderischen Nachrichten" im „Montag Morgen" gesprochen, worauf das demokratische Blatt die „Frechheit" besaß, den Kaisersproß zu — verklagen. (Da soll man noch nicht auf die Republik schimpfen?)

Jetzt ist diese Klage mit einem für den langen „Immerfeste-druff" nicht gerade schmeichelhaften Vergleich abgeschlossen worden, der dadurch zustande kam, daß Wilhelm von Oels erklärte, mit dem Ausdruck „verleumderisch" nicht den „Montag Morgen" gemeint zu haben. —

Der Sieg der Farbe.

Der bekannte Kunstschriftsteller Adolf Behne hat für die Photographische Gesellschaft in Berlin vierzig Gemälde ausgesucht, die, in Farbenlichtdrucken vervielfältigt, die „entscheidende Zeit unsrer Malerei" darstellen sollen. Der Titel für dieses gewiß begrüßenswerte Unternehmen „Der Sieg der Farbe" ist allerdings etwas anreißerisch — indessen ist man im Zeitalter der tönenden Reklame gegen dergleichen nicht mehr allzu empfindlich. Es soll damit ausgedrückt werden, daß die Farbe seit dem Impressionismus das aufbauende Element in der Malerei geworden ist und daß es infolgedessen nicht mehr genügt, diese neuere Malerei immer nur schwarzweiß zu reproduzieren.

So einfach und selbstverständlich der Satz klingt, daß an einem Gemälde die Farbe das Entscheidende sein muß — es ist noch gar nicht so sehr lange her, daß man ihn völlig mißachtete. Seit dem Klassizismus, also in Deutschland seit Napoleons Tagen, hat man der Zeichnung den Vorrang eingeräumt und sich im übrigen damit begnügt, die Leinwand in jenes berüchtigte Galeriebraun, in die „holländische" — von den alten Niederländern zweifellos bis zum letzten Grade abgeschaute — „Soße" zu tauchen. Das war das Rezept, nach dem unsre Romantiker — Schwind und Richter nicht ausgenommen — gemalt haben, und erst recht die literarische Richtung, die Historienmaler unter Kaulbach und Piloty und die Genremaler unter Vautier, Knaus' und Defreggers Führung. Aber auch Landschafter wie Lessing und die Achenbachs waren ihm verfallen. Als Feuerbach und der junge Menzel sich davon zu befreien suchten, ernteten sie nur Hohn und Spott.

Die Aufhellung der Palette, die kühlen grauen und bläulichen Töne als Grundlage des Farbenempfindens, haben erst die Franzosen vollendet. Damit wurde die Farbigkeit der Malerei zugegeben. Noch ehe die eigentlichen Impressionisten, ein Manet und Renoir, in der Zeit des zweiten Kaiserreichs den Satz erfochten, gab es in Frankreich Verkünder für ihre Lehre, vor allem Courbet. Aber man hatte neben ihm und seinem überraschenden „Frühstück im Freien" gerade einen Feuerbach und Menzel zeigen können, die in dieser Zusammenstellung Daumier fehlen. Nur einer ist von ihm berücksichtigt worden: der ganz verstorbene Berliner Blechen, von dem eine italienische Landschaft gezeigt wird.

Im allgemeinen ist von jedem der führenden Meister ein Bild gezeigt: aus Blechens Zeit Honoré Daumier, der Tiermaler Troyon, der Landschafter Daubigny und Corot. André Derain verdient ebenfalls besondere Aufmerksamkeit, weil er schon hart an die Schranke heranrückt, die die großen Kompositionskünstler von denen trennt, die nur den augenblicklichen Eindruck, die „Impression" im engern Sinne, festzuhalten suchen. Wir sehen dann, wie in Cézanne, Gauguin und van Gogh und neben ihnen in den Pointillisten Signac und Croß jene Auflösung der festen Form bis zum Flimmernden und Schwebenden sich vollzieht — der Vorgang, daß das Sonnenlicht die Lokalfarben aufsaugt — jene Auflösung, aus der die Schüler der letzten, der „Neo-Impressionisten", sich nur mit krampfhafter Anstrengung, auf abstraktem, expressionistischem Wege, wieder auf festen Boden hinüberzuhelfen suchen. Mit mathematischen Formeln oder Bildern von Maschinenteilen, also auf mechanischem Wege, immer mit Ausschaltung der an der Wirklichkeit genährten Phantasie, soll das verlorne Paradies der malerischen Form wiedergewonnen werden. Das Einzige, was sich aus dem Auflösungsprozeß gerettet hat, ist die Farbe; auch sie lehnt jede Beziehung zur Wirklichkeit ab und tritt grell, ungebrochen, von Luft und Licht nicht beeinflußt, auf.

Die Entwicklung der deutschen Malerei vollzieht sich parallel zur französischen. Max Liebermann und Wilhelm Leibl vertreten den Impressionismus auf seinem Höhepunkt, Hans von Marées und Ferdinand Hodler versuchen ihm eine Art von neuem Idealismus einzupflanzen, indem sie ganz bewußt die Bildarchitektur pflegen — auf die Gefahr hin, daß sie zuweilen in Konstruktion ausartet. Die folgende Generation malt mit vollem, weichen Pinsel und verzichtet auf Luftperspektive und Licht und Schatten: so malt Franz Marc, von den alten chinesischen Künstlern begeistert, seine Tiere. Dann kommen Made und Nolde und Schmidt-Rottluff und feiern Farbenorgien, wie man sie in Frankreich nie gekannt hat — die Franzosen sind immer disziplinierter gewesen als die Deutschen. Es ist, als ob über die eingerissenen Dämme der Zeichnung hinweg die ungebändigten Fluten der Farbe strömten. Auch bei Kandinsky triumphiert noch die Farbe in einem willkürlichen losgelösten Spiele der Linien — dann aber, bei Klee und Feininger, in der ernüchternden Atmosphäre des Bauhauses trocknet die Phantasie ein, und wie bei den gleichzeitigen Franzosen, Italienern, Russen bleibt nur die nackte Verstandesarbeit, die Konstruktion mit mathematischen Formeln übrig.

In solch lehrreichen Vergleichen und Betrachtungen regt die Ausstellung der Farbenlichtdrucke bei Heinrichshofen an, die wertvollen genannt werden können und uns dem Ziele genauer Wiedergabe farbiger Blätter ein gutes Stück näher bringen. H.

Konzert des Magdeburger Sängerchors. In dem Konzert, das am Freitag stattfindet, interessieren vor allem zwei Chorwerke: Mendelssohns „Walpurgisnacht" und ein modernes, das hier noch nicht zu Gehör gekommen ist: „Die Hekatoncheiren" von Ernst G. Elsäßer. Von den drei Chorkantaten, die Mendelssohn geschaffen hat, ist die auf Goethes „Erste Walpurgisnacht" die bedeutendste. Sie ist auf des Meisters italienischer Reise entstanden, in Erinnerung an die nordischen Wälder mit ihrem mystischen Zauber, und schildert den Triumph des untergehenden Heidentums, der Naturreligion, über das Christentum. Der Dichter und mit ihm der Komponist sind zum Anwalt der von der Neuzeit bedrängten Poesie der Vorzeit geworden. Die erste Aufführung des Werkes fand im Jahre 1843 statt. — Die „Hekatoncheiren" waren nach der griechischen Göttersage drei zur Gefangenschaft im Erdinnern verurteilte Riesen mit hundert Händen (daher der Name, der „Die Hunderthändigen" bedeutet) und fünfzig Köpfen, die von den Göttern zu Hilfe gerufen wurden im Kampfe gegen die Titanen. Karl Weiser hat die Umdeutung dieser Riesen auf das moderne Proletariat vorgenommen, das dereinst aus der Verborgenheit zum Kampfe gegen die Machthaber ans Licht treten wird. Das Werk, für Baritonsolo, Chor und Orchester komponiert, ist vom Verlag des Deutschen Arbeiter-Sängerbundes angekauft und in Erfurt am 31. August 1913 von dem dortigen Arbeiter-Sänger- und Frauenchor aus der Taufe gehoben worden; am 14. September wurde mit seinen Klängen der denkwürdige Jenaer Parteitag eröffnet. Unser Magdeburger Sängerchor unter Neulings Leitung hat damit eine schwere, aber dankbare Aufgabe übernommen. Das Konzert verdient lebhaften Zuspruch. —

Die weiße Weste. Für die vom 17. bis 19. März in Berlin tagende Vertreterversammlung der Bühnengenossenschaft hat die Ortsgruppe Neues Schauspielhaus Königsberg einen Antrag gestellt, der fordert, „den Mitgliedern des Präsidiums jedwede bühnenschriftstellerische Tätigkeit zu untersagen, die sie in Abhängigkeitsverhältnisse zu Mitgliedern des Direktorenverbandes bringen kann". Das geht auf den Präsidenten Gustav Rickelt, der dem Direktor James Klein den Text zu seiner Revue „Von A bis Z" geliefert hat. —

Skizzen Constables gestohlen. In der Royal Academy in London sind vier Oelskizzen Constables gestohlen worden, die dort im Treppenhaus hingen. Die gestohlenen Oelskizzen bildeten den Teil einer Sammlung von 16 Skizzen des Meisters der englischen Landschaft. Sie sind der Royal Academy vor etwa 40 Jahren von Miß Constable geschenkt worden. Der Wert der gestohlenen Skizzen ist recht beträchtlich. Von dem Diebe fehlt noch jede Spur. —

Gegen Partikularismus und Reaktion.

Die Mittwochsitzung des Reichstags wird um 1¼ Uhr vom Präsidenten Löbe eröffnet. Einem kommunistischen Antrag, die Landauer Konferenz der Arbeitsminister auf die heutige Tagesordnung zu setzen, wird vom Zentrum widersprochen.

Es folgt die zweite Beratung des Haushalts des Innern. Ueber die Verhandlungen des Haushaltsausschusses berichtet Abg. Schreiber (Ztr.): Der Ausschuß beantragt die Erhöhung einiger Ausgaben für wissenschaftliche und künstlerische Zwecke, ferner mehrere Entschließungen zur Verwaltungsreform und zur Vereinfachung der Verwaltung, zur Unterstützung der notleidenden Künstlerschaft, zur Förderung des Turn- und Sportwesens und an Stelle der Technischen Nothilfe eine andre Sicherung der Notstandsversorgung, vor allem durch ein wirksames Schlichtungs- und Schiedsverfahren und durch den Abschluß von Notstandsverträgen bei besonderer Sicherstellung der Arbeits- und Existenzbedingungen der mit lebenswichtigen Arbeiten Beschäftigten und schließlich die Beseitigung aller verfassungswidrigen Hemmungen bei der Durchführung des Volksbegehrens.

Reichsinnenminister Külz:

Nach den Ereignissen von 1918 muß Deutschland wieder in die Mächtekonstellation der Welt und die deutsche Wirtschaft in die Weltwirtschaft eingegliedert werden. Darüber dürfen die innern staatlichen und kulturellen Aufgaben nicht vernachlässigt werden. Das Ziel ist, den Staat zu festigen auf der Grundlage der Verfassung. Daraus ergebe sich auch das Problem des Verhältnisses zwischen Reich und Ländern. Verfassungsgemäß ist Deutschland ein Bundesstaat. Föderalismus und Unitarismus sind aber keine Gegensätze. Die Staatlichkeit der Länder ist historisch gegeben, sie muß sich aber eingliedern in das Energiezentrum des Reiches. Nie zuvor ist eine solche Zusammenfassung so notwendig gewesen wie jetzt. Bei den jetzigen

Umschichtungen in der Welt

muß jedes Land ins Hintertreffen geraten, das nicht alle seine Kräfte innerlich zusammenfaßt. Wir erkennen unsre Not noch nicht als die Not des deutschen Volkes. Keine Not des Kapitalismus, keine Not der andern Schichten, sondern die allgemeine deutsche Not. Ohne zwingende Notwendigkeit darf die Verfassung nicht geändert werden. Die republikanische Staatsform ist gesichert, aber sehr langsam entwickeln sich alle Deutschen zu Staatsbürgern. Bei der Kritik des Parlamentarismus vergißt man, daß auch Monarchien den Parlamentarismus haben, daß wir ihn in Zeiten der Not bekommen haben und daß er ungeheure Aufgaben zu lösen hat. Es kommt nicht auf die Reform des Wahlrechts, sondern auf die Tätigkeit der Abgeordneten an. Ohne Treue der Beamten zu dem Staat ist eine Festigung der Staatsautorität nicht möglich. Dazu gehöre ein gutes Funktionieren des staatlichen Organismus. Ein Ausgleich zwischen den Interessen von Reich, Ländern und Gemeinden und eine Vereinfachung der Verwaltung ist notwendig. Festigung des Staatsgefühls, Kulturpolitik zu treiben, das sind die großen Aufgaben des Innenministeriums. Nach dem Rückschlag des kulturellen Lebens durch den Krieg müssen jetzt alle Zweige der Wissenschaft, der Erziehung und der geistigen und körperlichen Bildung, aber auch die internationalen wissenschaftlichen Beziehungen gefördert werden. Der Alkoholmißbrauch muß energisch bekämpft, eine wesentliche Einschränkung des Alkoholverbrauchs muß erzielt werden. Das ist aber mehr eine Frage der Erziehung als der Gesetzgebung. Das Erziehungs- und Bildungswesen der Länder muß unterstützt werden. Es kommt aber nicht auf die Art der Schulen an, sondern welche Menschen wir heranziehen wollen. Das Recht der Menschen auf Bildung findet seine Grenze allein in der Begabung und dem Willen des Bildungsbedürftigen. Diese Bildungsmöglichkeiten müssen über das Schulwesen hinaus entwickelt werden. Es ist zu hoffen, daß die Aufnahme im Völkerbund die geistige Zusammenarbeit mit andern Nationen fördert und auch das kulturelle Schicksal unsrer deutschen Minderheiten erleichtert. Dem Reiche liegt jede kulturelle Unterdrückung der in seinem Staatsgebiet wohnenden Minderheiten fern. Der Minister versicherte zum Schluß, daß er seine ganze Kraft in den Dienst dieser Arbeit stellen werde. (Beifall.)

Abg. Sollmann (Soz.):

Für uns gilt der Grundsatz, daß der Staat seinen Bürgern ermöglichen soll, sich dasjenige Maß von Kultur und Bildung anzueignen, das der einzelne sich nicht zu erwerben vermag. Wenn wir den Staat erobern wollen, so gerade zu dem Zweck, um die Kultur des Ganzen zu erhöhen, und das kulturelle Leben des einzelnen zu vertiefen und damit eine höhere deutsche und internationale Kulturgemeinschaft zu schaffen. Von diesem kulturellen und sozialen Staat der Zukunft ist freilich in dem uns vorliegenden Etat wenig zu spüren. Wir sehen darin wohl Positionen zur Förderung der Wissenschaft, Beiträge für Museen, für das Schulwesen, für das Turn- und Sportwesen, zur Unterstützung der Volksgesundheit, zur Pflege von Physik und Chemie. Aber alle diese Aufgaben werden doch erst in Umrissen sichtbar. Wenn wir uns die Summen im einzelnen ansehen, dann finden wir, daß die Ausgaben für Kulturzwecke noch außerordentlich gering sind. Im ganzen sind dafür nur 18 Millionen eingesetzt. Was will das bedeuten gegenüber einem Gesamtetat des Reiches von 9 Milliarden Mark? (Hört, hört! bei den Soz.) Das ist die gleiche Summe, die die Reichswehr für Kraftwagen und Pferde braucht. Für die Technische Nothilfe sind 2 850 000 Mark eingesetzt, für das Reichsgesundheitsamt nur 1 330 000 Mark. Zur Förderung der Volksgesundheit sollen 500 000 Mark ausgegeben werden, dagegen braucht die Reichsmarine für Pferdehaltung und Kraftwagen 650 000 Mark. (Hört, hört! bei den Soz.) Wir wissen, daß die Länder und Gemeinden große Summen für kulturelle Zwecke ausgeben, aber das hindert uns nicht, festzustellen, wie außerordentlich

dürftig der deutsche Kulturetat

ausgestattet ist. Wir unterstreichen alles, was der Minister über die Förderung der Wissenschaften gesagt hat. Im Gegensatz dazu steht aber die Tatsache, daß die deutschen Hochschulen noch immer einen ganz entschiedenen und brutalen Klassencharakter tragen. (Sehr wahr! bei den Soz.) Unter den 31 000 Studenten der preußischen Universitäten befinden sich im ganzen 425 Kinder von Arbeitern. (Hört, hört!) Kaum 1,3 Prozent der deutschen Studenten entstammt der deutschen Arbeiterschaft. Aus den Kreisen der selbständigen Gewerbetreibenden kommen 8327 Studenten, das macht den Klassencharakter der Universitäten ganz deutlich, die doch aus den Mitteln des ganzen Volkes unterhalten werden. Sehr beklagenswert ist es, daß gerade in diesem Ressort der Ministerwechsel so stark ist, wie in keinem andern Ministerium. Wir haben seit 7 Jahren im ganzen 10 Minister gehabt, keiner der Herren hat im Durchschnitt ein Jahr amtiert. Es hat also keiner der Minister bisher Zeit gefunden, die großen Probleme der Verwaltungsreform zu durchdenken oder ernsthaft in Angriff zu nehmen.

Im Ausschuß hat der Minister Richtlinien für seine Beamtenpolitik vorgelegt, denen wir zustimmen können. Heute hat er sich nicht ganz so klar und energisch wie damals ausgesprochen. Ich würde es bedauern, wenn von der ersten Frische und Energie schon einiges abgeblaßt wäre. (Ruf links: „Er ist schon zu lange Minister!") Der Minister sollte seinen guten Worten nicht nur im Reiche, sondern auch in den Ländern Nachdruck geben. Es ist unerträglich, wenn z. B. in Bayern sich noch Beamte weigern, die Kokarde, das Wahrzeichen des Staates, zu tragen. Die innere Verbundenheit mit dem heutigen Staat muß aber auch für die Reichsminister Geltung haben. Sie müssen sich gegen die Mißachtung und Verächtlichmachung der Republik bei offiziellen Veranstaltungen wenden. Wenn z. B. in Köln bei der Befreiungsfeier von den Studenten die Reichsfarben mißachtet werden, so ist es die

Pflicht der Reichsminister,

die Beteiligung an solchen Feiern zu unterlassen. (Sehr wahr! bei den Soz.) Beamten der alten Zeit, die es mit ihrem Gewissen für vereinbar halten, der Republik zu dienen, müßten nunmehr auch Zeit gefunden haben, sich innerlich mit der neuen Staatsform zu verbinden. Gegen Leute natürlich, die in 24 Stunden ihre Gesinnung wechseln, wird man ein Gefühl der Unsicherheit nicht los. Heute werden in der Republik vielfach in der Beamtenschaft nicht die Monarchisten, sondern die Republikaner benachteiligt. In Thüringen ist z. B. Frau Oberschulrat Siemsen gemaßregelt worden. Auf ihre Beschwerde antwortete der Minister persönlich, sie habe sich in unzulässiger Weise politisch betätigt, weil sie bei einer Schulfeier ein Hoch auf die deutsche Republik ausgebracht und damit eine Vergewaltigung Andersdenkender begangen habe. Der Minister hoffe, daß sich ein solches Hoch in Zukunft nicht mehr wiederhole. (Hört, hört! links.) Der bayrische Minister des Innern hat gegenüber den Kommunisten ausgeführt, daß eine Partei, die zugestandenermaßen ihre Ziele durch Hochverrat zu erreichen suche, an den Vorrechten des Staates nicht teilnehmen könne. Damit wird also eine große Partei außerhalb des Staates gestellt. Ein solcher Standpunkt widerspricht der Reichsverfassung. Solange eine Partei in ihren Reden, Schriften und Handlungen auf dem Boden der Gesetze bleibt, dürfen solche vorbeugenden Maßnahmen gegen sie nicht unternommen werden. Auch in andern Ländern kommen solche Dinge vor. In Tübingen ist ein Student der Philosophie wegen der Einladung zu einem kommunistischen Vortrag auf 2 Jahre von der Universität verwiesen worden. (Hört, hört! bei den Soz.)

Wie steht es mit dem Ausführunggesetz zum

Artikel 48

der Reichsverfassung? Auf eine weitere Hinausschiebung dieses Gesetzes können wir uns unter keinen Umständen einlassen. Mit keinem andern Artikel der Verfassung ist ein solcher Mißbrauch getrieben worden wie mit diesem. Es sind schon vor Monaten Gerüchte aufgetaucht, daß auf Grund des Artikels 48 die Wahlreform dem Volk aufoktroyiert werden solle. Wir haben jetzt erst Mitteilungen erhalten, wonach noch immer in maßgebenden Kreisen mit diesem Gedanken gespielt wird. (Hört, hört! bei den Soz.) Wir ersuchen den Minister, klar und unzweideutig sich zu dieser Frage zu äußern. Wir lassen keinen Zweifel darüber, daß wir die Aufzwingung einer Wahlreform auf Grund des Artikels 48 geradezu als einen verbrecherischen Akt, als

eine Revolution von oben

ansehen und dagegen die entsprechenden Maßnahmen auch außerhalb des Parlaments ergreifen werden. (Sehr wahr! bei den Soz.) Ich erwarte, daß der Minister in einer offiziellen Erklärung diese Pläne weit von sich weist und ich hoffe, daß er das auch im Namen des Reichskanzlers und des Reichspräsidenten tun wird.

Gegen eine Neueinteilung der Wahlkreise und technische Verbesserungen werden wir uns nicht wenden, aber wir werden alle Mittel anwenden, um zu verhindern, daß man Millionen das Wahlrecht nehmen will. Wir halten die Kritik an dem jetzigen Wahlrecht für übertrieben. Wir wenden uns auch gegen die unsachliche Darstellung, als ob der Abgeordnete eine Sinekure innehabe. Es gibt viele Abgeordnete, die eine außerordentliche Arbeitslast zu bewältigen haben. Man darf die Abgeordneten nicht nach den Reden beurteilen, die sie im Plenum halten, sie haben darüber hinaus noch eine ganz andre Tätigkeit zu leisten. Die Abgeordneten haben heute viel mehr Pflichten als früher zu erfüllen, sie sollten sich selbst gegen die geringe Einschätzung ihrer Arbeit zur Wehr setzen. Wir dürfen auch keine Verringerung der Zahl der Mitglieder des Reichstags anstreben. Deutschland hat von allen Ländern das kleinste Parlament. Die Verringerung der Abgeordnetenzahl würde nur zur Ueberlastung der Abgeordneten führen, die jetzt schon viel arbeiten. Das wäre auch eine Sparsamkeit am falschen Platze. Bei dem Gesamtetat von 9 Milliarden erfordert der Reichstag nur eine Ausgabe von 6½ Millionen. Es ist kennzeichnend, daß alle die Herren, die so viel über den Abbau des Parlaments sprechen, nicht den Mut finden, über den

Abbau der Vielheit der deutschen Parlamente

zu reden. Dieselben Leute, die den Abbau der Volkskammer verlangen, fordern ein neues Oberhaus, also ein neues Parlament, wie es die Deutschnationalen in ihrem Antrag tun. Die deutsche Republik kann im 20. Jahrhundert nur als soziale Demokratie bestehen. Das Schicksal der Republik wird nicht entschieden durch die deutschnationale und völkische Demagogie, sondern ob es gelingt, ihr einen sozialen Inhalt zu geben. Die schönen Worte des Ministers von der Volksgemeinschaft aller Deutschen entsprechen nicht den realen Tatsachen. Solange die Klassenunterschiede da sind, solange gibt es eine Volksgemeinschaft nur in der Theorie. (Sehr richtig! bei den Soz.)

Zu der Frage: Unitarismus oder Föderalismus? sagen wir, daß die jetzige Gliederung des Reiches so unnatürlich wie möglich ist und daß sie nicht für alle Zeiten so bleiben kann. Die Grenzpfähle in Deutschland sind nicht vom Volke, sondern von den Dynastien aufgerichtet worden. Mit dem Sturze der Dynastien haben die Grenzpfähle in Deutschland nichts mehr zu suchen. (Lebh. Beifall b. d. Soz.)

Abg. Berndt (dt.-natl.) vermißt in der Ministerrede eine Begründung für die Verzögerung des Reichsschulgesetzes und die Betonung des Wortes „christlich" in den Ausführungen über das Kultur- und Bildungswesen.

Abg. Freiherr v. Karborff (D. Vpt.) kann in der Republik keine bessere Staatsform als in der Monarchie erblicken. Die Beamten müßten ohne Rücksicht auf Parteizugehörigkeit und Konfession wirken. Ohne eine starke Mitarbeit der Besitzenden und Gebildeten lasse sich die Republik nicht regieren. Der Redner wendet sich gegen den Plan, den Reichstag aufzulösen, um ein neues Wahlrecht zu schaffen. Das würde ein glatter Verfassungsbruch sein.

Abg. Bertz (Komm.) führt aus, daß die Sabotage des Volksentscheids über die Fürstenenteignung fortgesetzt werde. Der bayrische Innenminister habe eine kommunistische Broschüre für die Fürstenenteignung verboten, weil darin das alte Hederlied zitiert wurde.

Abg. Petzold (Wirtsch. Vgg.) bezeichnet es als eine Selbstverständlichkeit, daß die Beamten sich auf den Boden der gegebenen Tatsachen stellen, nur sollte man von ihnen nicht verlangen, daß sie auch republikanisch denken. Man müsse sich gegen die Herabwürdigung des Reichstags wenden, wie sie besonders in Varietés erfolge.

Gegen 7 Uhr wird die Weiterberatung auf Donnerstag mittag 1 Uhr vertagt. —

Ein Hengst 600000 Mark.

Der Hauptausschuß des Preußischen Landtags erledigte am Mittwoch die Generaldebatte über den Etat der landwirtschaftlichen Verwaltung. In der darauffolgenden Beratung des Gestütsetats spielte der Ankauf des Hengstes „Poisoned Arros" durch die Gestütsverwaltung eine große Rolle.

Abg. Peters (Soz.) forderte Vorlage von weitaus schauenden Betriebsstatistiken, fachmännische Beratung auch der kleinern Pferdezüchter durch die Landwirtschaftskammer. Bei jedem Etat wird auf den furchtbaren Steuerdruck, auf die Verelendung des Volkes, auf das Hinsiechen der Gesamtwirtschaft hingewiesen. War dann in jetzigen Zeiten der von der Gestütsverwaltung vorgenommene Hengstkauf für 30 000 englische Pfund (600 000 Goldmark) und 1500 Pfund Provision nicht überflüssig? Wie steht es mit dem Preise, den Vermittlungsgebühren und mit der berühmten Abstammung dieses Hengstes?

Die Abgeordneten Roeingh (Ztr.), Stender (D. Vpt.) und Wachhorst de Wente (Dem.) befürworten den Ankauf des Hengstes.

Der Oberlandstallmeister entgegnete dem Abg. Peters, daß wir seit 50 Jahren das Bestreben hätten, in großen Gebieten Deutschlands eine einheitliche Pferdezucht zu ermöglichen. Der Hengst sei das beste Pferd, das für Deutschland zu erlangen war. Der Preis von 600 000 Mark sei unter den heutigen Verhältnissen als angemessen zu bezeichnen.

Abg. Frau Wohlgemuth (Soz.) erwiderte: Wenn bei jedem andern Etat die bürgerlichen Parteien so für die Menschen unsers Staates eintreten würden wie hier für die Pferde, würden die katastrophalen gesundheitlichen Verhältnisse Preußens bessere sein. Eine Ausgabe von 600 000 Mark für einen Hengst in einer Zeit, wo nach den Berichten der Kreisämter die Mittel für die Bekämpfung der Tuberkulose, der Säuglings- und der Kindersterblichkeit nicht ausreichen, ist unverständlich. Das Rennwesen selbst hat sich fast zu einer Seuche entwickelt, die auch den ärmsten Leuten den letzten Pfennig aus der Tasche reißt. Wir müssen uns in der Pferdezucht umstellen. In Ostpreußen muß ein Pferd gezüchtet werden, das dem kleinen Besitzer billig kommt und das er für seinen kleinen Betrieb gebrauchen kann. Der Staat muß vorbildlich als Arbeitgeber sein. Ich bitte das Landwirtschaftsministerium, bei Einstellungen die öffentlichen Arbeitsnachweise in Anspruch zu nehmen und die Leute nicht aus andern Provinzen in die Gestüte zu holen. Wir haben genügend tüchtige arbeitslose Landarbeiter in der Nähe der Gestüte.

Der Etat wurde schließlich mit einer Anzahl Streichungen angenommen. —

Aufhebung der Weinsteuer?

Der Reichstagsausschuß für die Notlage der Winzer beschäftigte sich am Mittwoch mit dem Plan der Aufhebung der Weinsteuer. Der Reichsernährungsminister verwies darauf, daß in Deutschland zurzeit etwa 1,2 Millionen Hektoliter Wein unverkäuflich in den Kellern lagern. Hinzu käme die mangelnde Konsumkraft der deutschen Verbraucher.

Das Finanzministerium ließ erklären, daß die Reichsregierung unter keinen Umständen in eine völlige Aufhebung der Weinsteuer einwilligen könnte, schon deshalb nicht, weil dadurch der Fonds zur Unterstützung der Winzer, der aus Mitteln der Weinsteuer gespeist wird, wegfallen würde und eine andre Möglichkeit, Mittel für diesen Zweck bereitzustellen, der Regierung nicht verbleibt.

Am Donnerstag wird sich der Ausschuß mit den Notstandskrediten für die Winzer beschäftigen. —

Einkaufsmethoden der Reichsbahn.

Der Reichsbahn ist in letzter Zeit der Vorwurf gemacht worden, daß sie für das laufende Wirtschaftsjahr wieder große Bestellungen von Schwellen im Ausland gemacht hat. So sollen z. B. Bestellungen von rund 500 000 Schwellen nach der Tschechoslowakei, nach Oesterreich und nach Albanien gegangen sein. Nebenbei gesagt, dürfte dabei die Gesellschaft nicht unerhebliche finanzielle Verluste erlitten haben, da eine Wiener Firma, der man größere Vorschüsse gegeben hatte, in Konkurs geriet, die empfangenen Summen nicht zurückgab, aber auch nicht lieferte. Der albanische Lieferant soll, nachdem er Vorschüsse erhalten hatte, die Lieferungen ebenfalls nicht vollzogen haben.

In einer längern Veröffentlichung gibt nun die Reichsbahn die Schwellenbestellungen im Ausland zu. Soweit wir wissen, steckt in der Herstellung einer Schwelle ein Arbeitslohn von rund 1 Mark, der natürlich der deutschen Arbeiterschaft, wenn die Schwelle aus dem Ausland bezogen wird, verlorengeht. Wenn die Reichsbahn nach dem Ausland Schwellenbestellungen gibt, können diese nur gerechtfertigt werden, wenn die deutsche Holzindustrie den Anforderungen der Reichsbahn nicht genügt, oder wenn der deutsche Preis höher als der ausländische ist.

Die Bahn hat immer in frühern Jahren Schwellen aus dem Ausland bezogen. Dabei galt aber der Grundsatz, daß der deutsche Lieferant in erster Linie in Betracht kam und daß er auch dann noch bevorzugt wurde, wenn seine Preisstellung (Verbrauchsort) nicht höher als 10 Prozent über dem Auslandspreis (Verbrauchsort) lag. Mit diesem Grundsatz scheint die Reichsbahn nun gebrochen zu haben. Soweit wir wissen, war die deutsche Schwellenindustrie durchaus in der Lage, den Anforderungen der Reichsbahn, besonders an Buchenschwellen, zu genügen. Wir wissen sogar, daß eine in der politischen Hetzpropaganda gegen die Republik vielgenannte rheinische Firma einen Auftrag von 150 000 Schwellen, den sie mühelos hätte bewältigen können, von der Reichsbahn zugesagt, später aber nur einen Auftrag von 35 000 Schwellen erhielt. Danach scheint man sich doch über die Leistungsfähigkeit der deutschen Holzindustrie nicht richtig informiert zu haben.

Ebenso schlecht scheint die Information über die Preise gewesen zu sein. Unsrer Auffassung nach hat die Reichsbahn sogar die Pflicht, im Ausland zu kaufen, wenn man ihr in Deutschland selbst unangemessene Preise stellt. Soweit nun Buchenschwellen in Frage kommen, stellt sich der Preis in Deutschland pro Schwelle auf ungefähr 7 Mark. Er könnte billiger sein, wenn der deutsche Holzerzeuger nicht hinter dem Schutzzollwall (gegen Holzeinfuhr aus Polen usw.) eben diesen Preis durchsetzen könnte. Im Ausland zahlt man durchweg für eine Buchenschwelle (Grenze) 5 Mark. Das ist erheblich billiger als bei uns und rechtfertigt ohne Zweifel den Ankauf durch die Reichsbahn im Ausland. Dazu kommt aber eine erhebliche Fracht, schließlich auch eine ganz unbegreifliche und unkaufmännische Zufuhr der Schwellen an den Verbrauchsort. So werden Schwellen z. B. in Ohlau in Schlesien imprägniert und später nach Mainz zur Verwendung „spazierengefahren", wodurch sich eine Fracht pro Schwelle von 2,20 Mark ergibt.

Das sind Dinge, die bei einem Unternehmen, das sich bei Lohnverhandlungen immer auf seine „kaufmännischen" Grundsätze beruft, sehr eigentümlich berühren. Geklärt ist die Angelegenheit durch die Veröffentlichung der Reichsbahn keineswegs, so daß die Oeffentlichkeit sicherlich ein Recht auf detaillierte Angaben hat, um sich ein Bild über die Einkaufspraxis der Reichsbahn zu machen. —

Aus der Gewerkschaftsbewegung.

Das Fehlurteil gegen die Eisenbahner.

In dem Prozeß der Eisenbahnerorganisationen gegen die Reichsbahngesellschaft ist bereits am Mittwoch die Begründung des auf Abweisung der Klage lautenden Urteils des Landgerichts I Berlin bekanntgegeben worden. Das Gericht hat den Standpunkt der Reichsbahn, daß sie gegenüber dem allgemeinen Schlichtungsverfahren in gewisser Hinsicht eine Sonderstellung einnehme, als berechtigt anerkannt und sich dabei besonders auf den § 22 des Reichsbahngesetzes berufen.

Dem § 22 des Reichsbahngesetzes, heißt es in der Begründung, liegt der Gedanke zugrunde, daß die Besoldungs- und Lohnverhältnisse zunächst im Wege freier Vereinbarung geregelt werden sollen. Falls aber der Versuch, zu einem freiwilligen Abkommen zu gelangen, nicht zum Ziele führt, tritt nach § 22 der Erlaß einer Lohnordnung unter Beachtung der Bestimmungen des Gesetzes selbst und des § 15 der Satzung an Stelle der freien Vereinbarung. Für eine Anwendung des Artikels I § 6 der Schlichtungsordnung ist dann kein Raum. Der in den Bestimmungen des Gesetzes vorgesehenen, auf freien Willensentschluß beruhenden „Vereinbarung" kann eine Zwangsvereinbarung nicht gleichgesetzt werden. Nur die Verwaltungsorgane, heißt es weiter, Vorstand und Verwaltungsrat, vermögen zu beurteilen, wie sie dem besonderen Erfordernis des § 2 des Gesetzes unter gleichzeitiger Berücksichtigung des Arbeitsfriedens am ehesten genügen können. Ein Unternehmen, bei dem die Personalausgaben 65 Prozent aller Ausgaben machen, und das außerdem mit einer Schuld von seltenem Ausmaß belastet ist, läßt sich nicht ohne weiteres in das allgemeine Schlichtungsverfahren hineinpressen, wie jede beliebige andre Unternehmungsform. Da die Beklagte hinsichtlich der Reglung von Lohnfragen, wie überhaupt ihrer sonstigen Geschäftsführung, unabhängig gestellt worden ist, verträgt sich mit ihrer besonderen Stellung im deutschen Wirtschaftsleben eine Bestimmung wie der § 6 der Schlichtungsordnung unter keinen Umständen. Nur durch ihre in den Verwaltungsrat delegierten Mitglieder und durch Anrufen des Sondergerichts bei Verletzung des § 2 des Gesetzes wegen Gefährdung und Störung des Arbeitsfriedens vermag die Reichsregierung den über § 6 der Verordnung erstrebten Erfolg zu erreichen.

Aus jeder Zeile dieser Begründung spricht das Fehlurteil, das hier von Richtern gefällt wurde, denen die wesentlichsten Begriffe der Schlichtungsordnung fremd sind. —

Mahnung der Gewerkschaften.

Am Mittwoch fand die Aussprache der Vertreter der gewerkschaftlichen Spitzenorganisationen mit dem Reichsarbeitsminister statt, um diesen vor seiner Abreise zu der Londoner Ministerbesprechung über das Washingtoner Abkommen noch einmal die Auffassungen der Gewerkschaften zur Arbeitszeitfrage wie zum Washingtoner Abkommen vorzutragen. Der Vorsitzende des Allgemeinen deutschen Gewerkschaftsbundes, Genosse Leipart, erklärte, daß die deutschen Gewerkschaften, obwohl sie am Abkommen nicht mitwirken konnten, entschieden die Ratifizierung verlangen. Aber die Vorschrift des Washingtoner Abkommens dürften für die gesetzliche Arbeitszeitreglung in den einzelnen Ländern nur als Minimalvorschriften gelten. Der Zweck der Londoner Konferenz, eine einheitliche Auslegung einzelner Vorschriften zu finden, dürfe nicht zu einer Abschwächung des Washingtoner Abkommens führen.

Der Reichsarbeitsminister erwiderte, daß er mit der festen Absicht nach London gehe, eine Grundlage für eine Ratifikation durch alle Industriestaaten zu schaffen. Gerade weil die Arbeitszeitfrage in Deutschland der gesetzlichen Lösung entgegendränge und ein Entwurf dem Rechtsausschuß vorliege, seien wir interessiert, daß Gleiches auch im Ausland geschehe. Schwierigkeiten bereite, daß die Vorschriften des Washingtoner Abkommens angesichts der Verschiedenheiten in den einzelnen Ländern zum Teil sehr eng seien. So ergebe die völlig verschiedene Behandlung des Sonntags Schwierigkeiten bezüglich der Bemessung der Arbeitswoche. Während England den Sonntag unter Stillegung des Verkehrs (!) und der Vergnügungsstätten puritanisch feiert und Deutschland den Verkehr verstärkt, um vermehrte Gelegenheit zur Erholung zu bieten, ist in den romanischen Ländern die Sonntagsarbeit noch stark verbreitet. Große Unterschiede bestehen für bestimmte Saisongewerbe, bezüglich der Familienmitglieder und dergleichen. Zu enge Bestimmungen gefährden daher die Durchführung des Washingtoner Abkommens.

Nach längerer Aussprache wurde betont, daß die Gewerkschaften sich entschieden gegen Einengungen der Auslegungen wenden müßten. —

Zengen und Tänzler abgebaut.

Zu den Personalveränderungen in der Geschäftsführung der Vereinigung deutscher Arbeitgeberverbände, die auf Grund der Untersuchungsergebnisse des Fememordausschusses vorgenommen worden ist, wird von unterrichteter Seite folgendes geschrieben:

Herr Dr. Tänzler und Herr v. Zengen haben dem Druck der Verhältnisse weichen müssen und sind aus der Geschäftsführung der Vereinigung ausgeschieden. Aber Herr Meißinger, der Hauptschuldige, hat es mit großem Geschick verstanden, sich aus der Affäre zu ziehen, und ist die Treppe hinaufgefallen. Er ist die rechte Hand des an die Stelle von Dr. Tänzler tretenden ehemaligen Regierungspräsidenten Brauweiler geworden, der wegen seiner reaktionären Haltung aus dem Amte scheiden mußte und wohl deshalb für die Vereinigung der rechte Mann ist.

Meißinger ist der Verfasser der „Aktennotiz", die er über vertrauliche Besprechungen mit dem Reichsarbeitsministerium ausgegeben hatte. Ebenso ist Meißinger in die Affäre „Erdmann" verwickelt. Der Verleger Erdmann stand im Solde der Vereinigung. Manuskripte, die vertrauensselige Verfasser zur Drucklegung an den Verlag schickten, wurden von Erdmann Herrn Meißinger zugeleitet. Dieser nahm entsprechende „Korrekturen" vor. Meißinger nahm verschiedentlich an großen Gelagen teil, die auf Kosten der Vereinigung in der Zehlendorfer Villa des Herrn Erdmann stattfanden. Beim Prozeß Schubert — Kassierer der Vereinigung, der rund 6000 Mark unterschlagen hat — stellte sich heraus, daß Meißinger in die Tausende gehende Vorschüsse von der Vereinigung erhalten hat.

Man muß sich unwillkürlich fragen: Wie kann die Vereinigung deutscher Arbeitgeberverbände einen solchen Mann an maßgebender Stelle halten? Sollte Herr Meißinger etwa zuviel wissen? Oder hielt man Meißinger für besonders geeignet, gerade wegen seiner Vergangenheit? Jedenfalls sind die Personaländerungen in der Vereinigung deutscher Arbeitgeberverbände bezeichnend für den Geist, der dort herrscht. Es ist der Geist bewußt antirepublikanischen Rückwärtertums, das nicht gemildert wird durch die moralische Schlamperei. —

Gegen den Rußland-Delegationsrummel.

Der Beschluß des schweizerischen Gewerkschaftsausschusses betreffend die Entsendung einer Delegation nach Rußland, lautet folgendermaßen:

Der Gewerkschaftsausschuß nimmt Kenntnis von der unter Mitwirkung einiger Gewerkschaftskartelle und Zentralverbände erfolgten Konstituierung eines Initiativkomitees für die Organisierung der Reise einer Arbeiterdelegation nach Rußland. Er stellt fest, daß die Beteiligung an diesem Komitee unvereinbar ist mit dem organisatorischen Grundsatz der Unterordnung der Minderheit unter die Beschlüsse der Mehrheit, der auch im Gewerkschaftsbund gelten muß. Der Gewerkschaftsausschuß erklärt, sich durch die Tätigkeit solcher von einer politischen Partei inspirierten Komitees in keiner Weise beeinflussen zu lassen, und sich an einer solchen Art organisierten Rußlandreise nicht zu beteiligen. In Anbetracht, daß bei einer derart mangelhaft und ohne Programm vorbereiteten Reise, wie der beabsichtigten, deren einziger Zweck für die schweizerische Arbeiterschaft, die Orientierung über die wirtschaftlichen, politischen und kulturellen Verhältnisse in Rußland, nicht erreicht werden kann, empfiehlt der Gewerkschaftsausschuß der organisierten Arbeiterschaft, die Bestrebungen des sogenannten Initiativkomitees weder durch Geldleistungen aus den Kassen der Verbände oder Sektionen, noch durch Sammlung von Mann zu Mann, noch auf irgendwelche andre Weise zu unterstützen.

Die Entsendung einer Delegation, heißt es am Schluß, kann nur im Einverständnis mit den angeschlossenen Verbänden und unter Mitwirkung des Internationalen Gewerkschaftsbundes ins Auge gefaßt werden. —

Thomas ist optimistisch.

Der Direktor des Internationalen Arbeitsamtes, Albert Thomas, reist am Freitag abend zu der Konferenz der Arbeitsminister nach London. Er empfing am Dienstag in den neuen, geradezu vorbildlichen Räumen des Internationalen Arbeitsamtes den Sonderkorrespondenten des Sozialistischen Pressedienstes in Genf, um ihm seine Auffassung über den Gang und die Aussichten der Londoner Konferenz zu übermitteln.

Thomas ist der Ueberzeugung, daß die Konferenz unter guten Vorzeichen beginnt. Er glaubt, daß die Besprechungen in bezug auf die Ratifikation des Washingtoner Abkommens zu einem positiven Ergebnis führen werden, und seine anfänglichen Befürchtungen, daß die Konferenz teilweise Vereinbarungen über den Achtstundentag in bestimmten Industrien ergeben würde, nach den Erklärungen Baldwins im Unterhaus überholt sind. Wörtlich sagte Thomas:

„Ich hatte zuerst einige Befürchtungen, als ob man auf der Konferenz schließlich nur zu Teilabmachungen über gewisse englische Industrien kommen wollte. Erwägungen, die im Lager der englischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer angestellt worden waren, hatten diese Befürchtungen bei mir wachgerufen. Aber seither hat der englische Ministerpräsident Baldwin im Unterhaus eine Rede gehalten, die mich beruhigt hat, da er darin in der unzweideutigsten Weise ankündigte, daß England zur Ratifizierung bereit sei. Außerdem habe ich auch Erklärungen des deutschen Reichsarbeitsministers Brauns gelesen, die den Willen Deutschlands zum Ausdruck bringen, die Ratifikation durchzuführen."

Am Schlusse der Unterredung erklärte Albert Thomas: „Alles in allem und ohne die Schwierigkeiten, die es noch zu überwinden gelten wird, irgendwie zu unterschätzen, sowie in vollem Bewußtsein, daß ein großes Stück Arbeit noch zu leisten sein wird, fahre ich doch in optimistischer Stimmung zur Londoner Konferenz, überzeugt davon, daß die fünf dort vertretenen Staaten sich darauf einigen werden, die volle Ratifikation des Washingtoner Abkommens herbeizuführen."

Thomas sieht das Ergebnis in der gegenseitigen Verpflichtung der Minister zur Ratifikation, zu deren Verwirklichung sich dann die einzelnen Teilnehmer der Konferenz in ihren Parlamenten einsetzen müssen. Die entsprechenden Verträge werden nach dieser parlamentarischen Aktion im Sekretariat des Völkerbundes entsprechend der Völkerbundakte hinterlegt werden. —

Vereine und Versammlungen.

Mieterversammlung in Südost.

Die Bezirksgruppe Südost des Reichsbundes deutscher Mieter E. V. hielt ihre diesjährige Generalversammlung ab. Der Besuch der Versammlung war ein äußerst starker. Nach Ehrung der im Geschäftsjahr verstorbenen Mitglieder hielt Dr. Thesing einen Vortrag über „Wohnungsnot und Tuberkulose". Der Vortragende erläuterte an Hand von Zeichnungen die Gefahren dieser Krankheit. Verschiedene Fälle, die Dr. Thesing aus eigner Erfahrung, auf Grund seiner ärztlichen Praxis, anführte, ergaben einen erschreckenden Einblick in die Wohnungsnot in die Stadt Magdeburg. Ganze Familien sind durch diese Krankheit ausgestorben. Die Wohnhöhlen bilden die Brutstätten für die Tuberkulose und sind die größte Gefahr für die Volksgesundheit. Die Regierung sollte nicht vergessen, durch genügende Bereitstellung von Mitteln zum Wohnungsbau, die Volksseuche Tuberkulose zu bekämpfen. Nach dem Referat wurden noch einige geschäftliche Angelegenheiten erledigt. —

Modell- und Segelflugverband.

In Halle fand die Jahreshauptversammlung der Mitteldeutschen Arbeitsgemeinschaft des Deutschen Modell- und Segelflugverbandes statt. Nach der Begrüßung der auswärtigen Vereinsvertreter durch den Vorsitzenden des Flugtechnischen Vereins Halle, eröffnete der Flugwart der Mitteldeutschen Arbeitsgemeinschaft, Thiele (Leipzig), die Tagung und widmete dem verstorbenen Vorsitzenden Noack (Leipzig) gedenkende Worte. Er wies auf die großen Verdienste hin, die sich Noack um das deutsche Modellflugwesen erworben hat. Die Neuwahl des Vorstandes hatte folgendes Ergebnis: Vorsitzender Polter (Dessau), Flugwart und Flugprüfer Thiele (Leipzig), Däter (Halberstadt), Fischer (Halle).

Von folgenden Vereinen werden in diesem Jahre Modellwettfliegen veranstaltet: Interessengemeinschaft für Segelflug Dessau im Mai; Flugtechnischer Verein Halle im Juni; Luftverkehr Halberstadt im Oktober; außerdem wird wahrscheinlich im September das deutsche Modellwettfliegen in Halle stattfinden. Zum Gedächtnis des verdienstvollen verstorbenen Vorsitzenden wurde beschlossen, jedes Jahr einen Max-Noack-Gedächtnis-Preis zum Austrag zu bringen. Der Gedächtnis-Preis fällt demjenigen zu, der mit sämtlichen Modelltypen zu Ende des Jahres die besten Leistungen zu verzeichnen hat. Als Leistungen kommen die Punktzahlen nach der Verbandswertung in Betracht.

Der Flugbetrieb im Verein für Segel- und Modellflugsport wird wieder reger. Schon in nächster Zeit werden weitere Modelle für das neue Flugjahr herausgebracht. Das erste Wettfliegen des Vereins findet am 21. März als „Frühjahrs-Wettfliegen" statt; am 28. März werden sich wahrscheinlich mehrere Magdeburger in Dessau um das Modellflieger-Abzeichen bewerben, welches hohe Anforderungen an Kenntnisse und Fähigkeiten des Bewerbers stellt. Für die Erzielung von 500 Meter Flugstrecke ist für das Jahr 1926 ein Rekordpreis gestiftet, der mit jedem beliebigen Modell gewonnen werden kann. —

Die Passion.

Roman von Klara Viebig.

(73. Fortsetzung.) (Nachdruck verboten.)

Frau Alsheim, wie sie sich nannte, wohnte im neuen Westen, dem einstmaligen Dorfe Schöneberg, das jetzt längst keine Ahnung mehr hat von seinen Kornfeldern, seinen Wiesen, seinen Bauernhäusern und seinen Kuhställen. Im Stadtpark war Frau Alsheim morgens früh spazieren gegangen. Sie brauchte eine Brunnenkur, denn Herrn Alsheim war es unangenehm, wenn sie dick wurde. Er liebte mir das Rassige, Schlanke. Auf einer Bank hatte sie ein Mädchen sitzen gefunden, das sah sehr blaß und sehr trübselig aus. Sie hatte sich auch auf die Bank gesetzt; da sie gern sprach, weiß aber niemand zum Sprechen hatte, fing sie eine Unterhaltung an: „Ein schöner Morgen!"

Eva antwortete erst gar nicht, dann einsilbig, fast unwillig: was kam die, setzte sich auf ihre Bank und störte sie auf?! Aber etwas war an diesem blassen Gesicht, und so wie die das Haar trug, in der ganzen Art der Erscheinung, was sie ein bißchen an ihre Mutter erinnerte. Nicht wie die ausgesehen hatte, als sie mit Hans Wechsommer verheiratet war, aber vorher. Eva ließ sich nun doch in ein Gespräch ein.

Und dann kam es so, daß Frau Alsheim erfuhr, in welcher Lage Eva jetzt war: keine Stellung, keinen Anhalt, um ihr Geld bestohlen. Frau Alsheim dachte eine Weile nach, ihr Blick glitt über das Mädchen: das sah ja etwas reduziert aus, aber wer das ein Bruder, nach solcher Nacht hier im Freien, und nach dem Schrecken über das gestohlene Portemonnaie? Wenn die sich wieder herrichtete, anzöge, war die gar nicht so übel. Jedenfalls keine ganz gewöhnliche Person.

„Ich könnte Sie ja vielleicht mieten," sagte sie zögernd.

„Aber mein Buch ist nicht gut," sagte Eva. Ach, sie hatte gar keine Lust, noch einmal anzufangen.

Aber auf das Buch legte Frau Alsheim wenig Wert: das brauchte ja nicht alles wahr zu sein. Geschriebenes war wie Gesprochenes, oft sehr belanglos, man mußte nur nicht so dumm sein, alles zu glauben. Sie überflog das Buch nur flüchtig: „Ich miete Sie doch!" Bedenken hatte sie eigentlich wegen Herrn Alsheim. Der sagte, wenn er schlecht gelaunt war, und das war er meistens: „Wozu brauchst Du ein Mädchen? Mach Dir's alleine. Du bist doch keine Prinzessin!" Freilich, als sie noch Handschuhe verkaufte bei Wertheim und früher zu Hause in der kleinen Stadt, wo es so ärmlich gewesen war, da hatte sie ordentlich 'ran müssen. Aber jetzt war sie bequem geworden, faul geworden durch die ersten Jahre, in denen Herr Alsheim sie so verwöhnte, mit ihr Auto fuhr, sie köstlich kleidete — die elegantesten Kleider von seinem Lager hing er auf sie — und als sie noch immer mit ihm reiste. Wenn sie ihm darüber Vorwürfe machte, daß er das jetzt nicht mehr tat, sah er sie so an, daß sie sich unwillkürlich duckte; aber sie schwieg doch nicht, sie hatte ja Rechte, Rechte. Unschuldig und arglos war sie nach Berlin gekommen; froh, daß sie gleich in solch großem Geschäft angenommen wurde, hatte sie harmlos ihre Handschuhe verkauft. Da hatte er ihr die Finger gedrückt, wenn sie ihm Handschuhe anprobierte, und wenn niemand hersah, auf ihre Hände Küsse gehaucht, hatte sie nicht in Ruhe gelassen, hatte sie von da fortgerissen, hatte ihr die Ehe versprochen. Und nun hatte er sie doch noch immer nicht geheiratet. Sie wußte es ganz genau: er war ihrer überdrüssig. Erst war er jeden Abend gekommen, jetzt nur ein-, zweimal die Woche. Er kommandierte, sie mußte für ihn laufen, ihn wie ein Dienstmädchen bedienen, und wenn sie ihm dann alles nach Wunsch hergerichtet hatte, dann durfte sie vielleicht mit ihm beim Abendbrot sitzen. Er herrschte sie an.

„Lassen Sie sich das doch nicht gefallen," sagte Eva jetzt. Sie war bereits ein paar Tage bei Frau Alsheim. „Wie können Sie bloß?"

Frau Alsheim weinte: „Was soll ich denn machen? Wenn er doch nun mal so ist!"

Herr Alsheim war heute besonders unfreundlich, er hatte Eva entdeckt. Es war ihr freilich anempfohlen worden, wenn er käme, sich vorerst nicht sehen zu lassen, aber Frau Alsheim, die nicht ahnte, daß er kommen würde — schon die ganze Woche hatte sie nichts von ihm gehört —, war ausgegangen, und nun stand Herr Alsheim plötzlich vor Eva. Er hatte selbst aufgeschlossen, er mußte es also sein. Ein großer starker Mann, mit Ansatz zum Bauch und einem glattrasierten vollen Gesicht. „Wo ist das Fräulein?"

„Sie ist ausgegangen."

„Und was machen Sie denn hier? Wer sind Sie?"

„Ich bin das Dienstmädchen."

„Zum Teufel noch mal," hörte Eva ihn dann, als das Fräulein gekommen war, drinnen brüllen, „Du denkst wohl, ich kann das Geld nur so für Dich 'rausschmeißen! Du hast es nötig, Dir eine Dienstmagd zu halten. Da hört doch alles auf. Noch so eine faule Protestierin!"

Was sie darauf erwiderte, konnte Eva nicht hören, er überschrie sie auch: „Sei still, das ist durchaus keine Notwendigkeit für Dich! Einsam, einsam — na, wenn es Dir denn so einsam ist, such Dir doch Gesellschaft, meinetwegen! Nur mich darf sie nichts kosten. Wenn ich herkomme, heißt es: Geld, zahlen muß ich, immer zahlen. Zwei Haushalte muß ich erhalten, das ist mir zuviel!"

„Heirate mich," schrie sie jetzt hoch und schrill, „heirate mich! Dann hast Du nur einen Haushalt."

Da lachte er überlaut.

Das Fräulein kam bald darauf in die Küche, ließ sich auf einen Schemel fallen, drückte das Gesicht in die Hände und weinte laut. Eva stand betroffen dabei: also er wollte nicht, daß hier ein Dienstmädchen war? Dann würde sie eben wieder gehen. Sie wollte nicht, daß das Fräulein ihretwegen litt. Sie rührte die Weinende an die Schulter: „Sagen Sie nur Herrn Alsheim, daß ich gehe. Ich kann morgen schon gehen."

„Nein, nein!" Die Weinende fuhr auf, schlang ihre Arme um Eva und legte ihren Kopf an deren Brust. „Du darfst nicht gehen. Ich lasse Dich nicht gehen. Er meint das ja gar nicht so. Bist Du es nicht, so ist es etwas andres, er sucht ja nur einen Anlaß. Aber ich mache mir so viel daraus!" Sie schnippte mit den Fingern, strafte sich aber selber Lügen, denn die Tränen rannen ihr übers Gesicht. „Pah, ich mache mir gar nichts draus! Er soll es nur aufs Aeußerste treiben, dann gehe ich auch bis zum Äußersten. Ich weiß manches, er wird sich wohl hüten!" —

Herr Alsheim hatte keinen guten Namen im Haus: er wäre kein solider Geschäftsmann, und daß das Fräulein oben gar nicht Frau Alsheim war, sich nur so nannte — Alsheim stand am Türschild —, das wußte auch jedermann. Sonst war dieser Person äußerlich nichts nachzusagen; sie verhielt sich ruhig und still, sie hatte gar keinen Verkehr; aber doch sprach keiner im Hause mit der immer sehr hübsch gekleideten Blondine, und wenn man ihr auf der Treppe begegnete, tat man fremd und grüßte nicht. Es war ein sehr feines Haus; Herr Alsheim hatte Wert darauf gelegt, solche Wohnung zu mieten.

Ohne daß sie es hören wollte, hörte Eva manches. Daß Herr Alsheim nicht reell war, schon einmal Konkurs gemacht hatte, bei dem es nicht mit rechten Dingen zugegangen sein sollte, das wollte sie eher glauben, aber daß das Fräulein keine liederliche Person war, das konnte sie versichern. Sie hatte Sympathie für das Fräulein. Nur daß Fräulein Frieda immer klagte: „Was soll ich bloß tun, was soll ich nur machen?" sich fast die Augen ausweinte und doch alles beim alten ließ, das begriff sie nicht. „Dann geht man eben. Warum gehen Sie nicht, Fräulein? Sie sind doch noch nicht alt, Sie könnten doch auch wieder bei Wertheim ankommen!"

Was, sie sollte noch einmal von vorn anfangen?! Der Gedanke entsetzte das Fräulein. Und dann womöglich noch einmal einem zum Opfer fallen? Noch einmal wieder anfangen — oh, schrecklich! „Nein, das kann ich nicht!" Sie schüttelte sich vor Grauen.

Und das begriff Eva. Das Nicht-noch-einmal-wieder-anfangen-Mögen. Sie war sich dessen ganz bewußt: wenn es hier zu Ende war, dann ging sie. —

Herr Alsheim trank an diesem Abend mehrere echte Biere, Eva mußte spät nach frischer Füllung ins Restaurant laufen, und das Fräulein kredenzte ihm noch verschiedene Liköre. Sie hatte sich die roten Augen gekühlt, den fleckig geweinten Teint gepudert und sich in ein zartes Negligé geworfen, das ihr sehr gut stand. Sie schienen sich jetzt wieder vertragen zu haben, die Stimmung hob sich, wurde intimer.

(Fortsetzung folgt.)

Kleine Chronik.

Ein Einbruch mit Böllerschüssen. Mit geradezu unglaublichem Raffinement haben am Mittwoch abend drei Diebe in einer der belebtesten Gegenden Berlins einen Ueberfall auf ein Goldwarengeschäft ausgeführt. Es handelt sich um einen Fall, der in der Geschichte der großen Berliner Diebstähle einzig dasteht. Gegen ¾7 Uhr abends ertönte in der Schönhauser Allee ein lauter Knall, dem gleich ein zweiter folgte. An der Ecke der Kastanienallee, in unmittelbarer Nähe des Hochbahnhofs, schien sich eine Explosion ereignet zu haben, und die Menschenmenge, die um diese Zeit die verkehrsreiche Schönhauser Allee bevölkert, strömte an der „Unglücksstelle" zusammen. In demselben Augenblick wurde auf das Goldwarengeschäft von Bonneck, in dem Hause Schönhauser Allee 45, Ecke Danziger Str., auf der andern Seite der Schönhauser Allee, ein Ueberfall verübt. Gegen die Schaufensterscheibe wurde ein schwerer Gegenstand geschleudert; das Glas zerbrach, und die Auslage in dem hell erleuchteten Fenster lag für die Diebesfinger frei. Der Mann, der das Fenster eingeworfen hatte, griff mit ungeheurer Schnelligkeit in die ausgelegten Gegenstände, raffte die in der Mitte des Fensters liegenden Gegenstände zusammen und verschwand im Flur des Hauses. Die Menschenmenge auf der andern Seite der Straße hatte inzwischen die Ursache der „Explosion" nicht klären können; man sah nichts als zwei Männer, die eilends davonliefen. Der Inhaber des Goldwarengeschäftes, der sich während des Diebstahls im Laden befunden hatte, konnte nur noch feststellen, daß ihm außerordentlich wertvolle Schmuckstücke entwendet worden waren, so u. a. mehrere achtkarätige Ohrringe, im ganzen Gegenstände im Werte von etwa 45 000 Mark. Besonders bemerkenswert und bezeichnend für die Frechheit der Diebe ist, daß sie den Ueberfall auf ein Geschäft ausführten, in dessen unmittelbarer Nähe sich ein Polizeirevier befindet. Vor dem Hause selbst steht ständig ein Verkehrspolizist. Die Untersuchung durch die Kriminalpolizei führte bis zu den späten Abendstunden zu keinem Ergebnis. Es konnte nur festgestellt werden, daß die „Explosion" durch zwei Böllerschüsse hervorgerufen war. Sie hatte den Zweck, die Aufmerksamkeit der Passanten auf die dem Goldwarengeschäft gegenüberliegende Straßenseite zu lenken, und dieses Ziel ist auch erreicht worden. Wie gut vorbereitet der ganze Diebstahl gewesen ist, geht daraus hervor, daß der Verbrecher, statt nach der Tat die Straße entlang zu fliehen, durch den Hausflur auf den Hof lief, auf dem eine Leiter an die Mauer gelehnt war. Der Dieb hat die Leiter erklettert und ist auf den Hof des Nebenhauses gelangt, von wo er sich anscheinend als harmloser Passant wieder auf die Straße begeben hat. Bisher fehlt von dem Diebestrio noch jede Spur. —

Eine Liebestragödie. In dem Hause Friedelstraße 39 in Neukölln wohnte die 32 Jahre alte Witwe Frieda Fechner mit ihrer Mutter zusammen im 1. Stock. Vor geraumer Zeit lernte sie den 25 Jahre alten Buchhalter Bruno Jarnetzki aus Adlershof kennen und verliebte sich in ihn. Dienstag abend ging das Paar aus und kehrte erst in später Stunde zurück. Mittwoch früh um 7½ Uhr hörte die Mutter aus dem Schlafzimmer ihrer Tochter einen Knall, dachte aber nicht an einen Schuß, glaubte vielmehr, daß etwas umgefallen sei. Als sie aber bald darauf nach der Küche ging, vernahm sie dasselbe Geräusch. Jetzt ging sie in das Schlafzimmer und fand ihre Tochter und den Mann in ihrem Blute liegend auf. Als die alarmierte Polizei eintraf, waren beide schon tot. Jarnetzki hatte Frau Fechner mit der Pistole ihres verstorbenen Mannes in die linke Schläfe geschossen und sich später durch einen Kopfschuß ebenfalls getötet. Nach einem Briefe, den er hinterließ, scheinen seine Eltern wegen des Altersunterschiedes gegen eine eheliche Verbindung gewesen zu sein. Daß die Witwe freiwillig gemeinsam mit ihm in den Tod gegangen ist, wird nicht angedeutet. Es ist auch nicht wahrscheinlich, denn Frau Fechner war sehr lebenslustig und hat niemals Aeußerungen fallen lassen, die auf einen freiwilligen Tod schließen ließen. Vermutlich hat Jarnetzki gefürchtet, sie zu verlieren, weil er die Ehe für ausgeschlossen hielt, und sie wider ihren Willen getötet. —

Der Mann mit 50 Liebschaften. Der 36 Jahre alte Techniker Hermann Jaeger in Berlin war zwei Jahre lang in verantwortlicher Stellung in den Gummiwerken bei Siemens-Schuckert tätig. Auf Grund eines raffiniert ausgeklügelten Betrugsmanövers wußte er sich fortgesetzt in den Besitz bedeutender Summen zu setzen, um auf großem Fuße leben zu können. Er legte sich, wie aus der gerichtlichen Verhandlung hervorging, nicht weniger als 50 Liebschaften zu. Das kostete Geld, weswegen er folgendes Betrugsmanöver anwandte: Er knüpfte mit den Fabrikanten Alfred Marx aus Charlottenburg, Fritz Liers aus Lichtenberg und Richard Sander aus Neukölln geschäftliche Verbindungen an. Er gab ihnen Bestellungen auf Werkzeuge für seine Abteilung. In den Bestellbüchern fälschte er die erforderliche Unterschrift seines Vorgesetzten. Ab und zu erfolgten einige Lieferungen, das meiste wurde aber nicht geliefert: Luftgeschäfte. Die Rechnungen fälschte Jaeger ebenfalls. Die Kasse zahlte prompt und der ungetreue Angestellte erhielt stets den dritten Teil der abgehobenen Gelder. Auf diese Weise wurde Siemens um eine Viertelmillion betrogen. Als der Schwindel aufgedeckt wurde, flüchtete J., wurde aber später gefaßt. Den von ihm betrogenen Frauen hatte er sich unter dem Namen seines Lieferanten Sander genähert. Dieser war nicht wenig überrascht, als ihn einige der Frauen aufsuchten und Forderungen stellten, denn bei einigen ist der Verkehr nicht ohne Folgen geblieben. Das Spandauer große Schöffengericht urteilte milde. Es erkannte gegen den Hauptangeklagten Jaeger auf 1 Jahr 9 Monate Gefängnis, wovon 6 Monate durch die Untersuchungshaft verbüßt sind, gegen Marx auf 6 Monate, gegen Liers auf 8 und gegen Sander auf 5 Monate Gefängnis. —

Wieder Unterschlagungen in einem Berliner Bezirksamt. Beim Bezirksamt Kreuzberg ist man neuerdings wiederum Unterschlagungen auf die Spur gekommen, die diesmal das Unterstützungsamt betreffen. Als ehrenamtlicher Wohlfahrtskommissar war hier der kaufmännische Vertreter Dürenhoff tätig, dem die Auszahlung der laufenden Renten und der Sonderzuweisungen an bedürftige Einwohner des Bezirksamts Kreuzberg oblag. Erst jetzt hat man nun entdeckt, daß D. mindestens ein Jahr hindurch diese Beträge nicht ordnungsmäßig an die betreffenden Personen abgeführt, sondern sich größere oder kleinere Abzüge für seine eigne Tasche gemacht hat. Insgesamt dürfte sich die Summe der veruntreuten Gelder auf etwa 3000 Mark belaufen. Diese Ziffer bedeutet erfreulicherweise keinen allzu großen Schaden, doch ist zu berücksichtigen, daß die Unterschlagungen zum Nachteile von Kleinrentnern, Witwen und Unterstützungsbedürftigen verübt worden sind. —

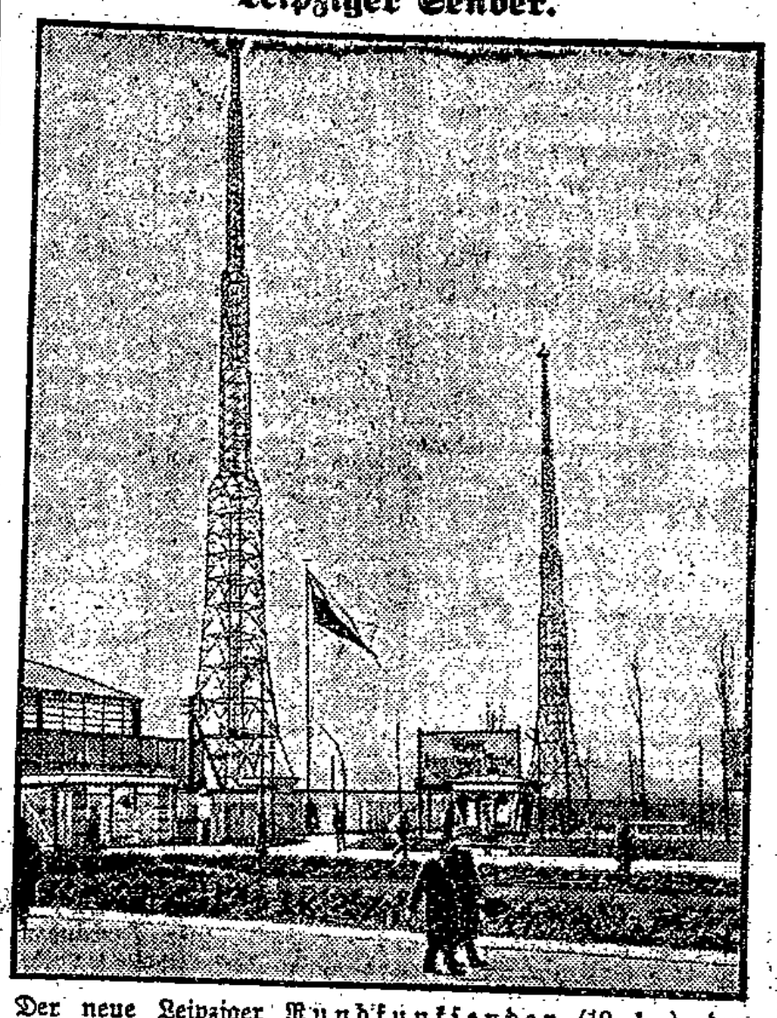
Das Ende einer Studentenliebe. Bei einem Liebespaar, das in Leipzig erschossen aufgefunden wurde, handelt es sich um den 24 Jahre alten Studenten der Technischen Hochschule in Köthen Engelbert Trüller, der in Königshütte in Schlesien geboren ist. Das junge Mädchen heißt Irmgard Hoffmann und stammt aus Köthen. Die beiden unterhielten ein Liebesverhältnis, das von den Eltern des jungen Mädchens nicht gebilligt wurde. In Leipzig hatten die beiden jungen Leute ein Varieté besucht. Während der Nacht begaben sie sich in das Rosenthal, wo Passanten gegen 2 Uhr drei aufeinanderfolgende Schüsse gehört haben. Der junge Mann hat zuerst seine Braut, dann sich selbst erschossen. Das junge Mädchen wurde auf dem sorgfältig ausgebreiteten Mantel des Studenten liegend aufgefunden. —

Vier Skifahrer verschollen. Vier Skifahrer, die am Donnerstag über Lötschenlücke-Aletschgletscher nach der Konkordiahütte gingen, werden vermißt. Man vermutet, daß sie durch einen plötzlich eintretenden Schneesturm die Orientierung verloren haben und umgekommen sind. Eine Rettungskolonne fand in der Egon-von-Steiger-Hütte in den Rucksäcken den Routenvermerk, konnte jedoch die Vermißten nicht auffinden. Die Opfer sind vier Einwohner aus Kippel, darunter drei Brüder. —

Sie werden einen Verlust haben . . . Auf der Anklagebank sitzt Frau Klimatsch, Waschfrau, im Norden Berlins. Sie ist wegen Diebstahls wiederholt bestraft. In den Abendstunden fanden sich in ihrer Wohnung die Frauen und Mädchen der Umgebung ein, um sich von Mutter Klimatsch wahrsagen zu lassen. Die gute Seele nahm nichts dafür, sie tat es nur „aus Gefälligkeit"! Bis eines Tages eine junge Frau, die an so viel Uneigennützigkeit nicht glauben konnte, die „Gefälligkeit" näher untersuchte. Richter: Zeugin, erzählen Sie, wie Sie die Angeklagte entlarvten! — Zeugin: Erstens glaubte ich an den ganzen Unsinn nicht, zweitens fiel es mir auf, daß eine Prophezeiung immer eintraf: der Verlust, den Frau Klimatsch fast in allen Fällen voraussagte! Eines Abends bin ich zu ihr gegangen und habe meinen Mann heimlich vor der Tür warten lassen. Frau Klimatsch saß im dunkeln Zimmer. Ich legte meine Handtasche auf den Tisch, sie ergriff meine Hände und murmelte allerlei Beschwörungsformeln. Plötzlich fühlte ich, daß ihre Hand nach meiner Tasche langte, mit der andern hielt sie meine Hände fest. Dann murmelte sie: „Sie werden einen Verlust haben! Sie können ihm nicht entgehen! Ferner . . . ." Weiter ist sie nicht gekommen, denn ich habe meinen Mann hereingerufen, wir haben Licht gemacht und bei ihr meinen Geldschein gefunden, den ich gezeichnet hatte! — Richter zu der Angeklagten Frau Klimatsch: Wollen Sie Ihr Leugnen nicht aufgeben? — Angeklagte (dreist): Herr Rat, ich mußte mir doch meine Kundschaft halten! Es mußte doch etwas von meinen Prophezeiungen eintreffen!

Dieses Mal mußte Frau Klimatsch einen Verlust haben. Vier Monate Freiheit für die „Gefälligkeit" aufgeben! —

Leipziger Sender.



Der neue Leipziger Rundfunksender (10 kw), der auf dem Gelände der Technischen Messe errichtet wurde. Er hat zwei Türme, von denen jeder die stattliche Höhe von 100 Meter aufweist.

Im Schneesturm verunglückt. Bei heftigem Schneesturm ist der 34 Jahre alte Förster Pohl aus den Leierbauden bei Spindelmühle auf einer Schneeschuhtour in die große Schneegrube gestürzt. Nach mehrtägigem Suchen wurde die Leiche Pohls im Schnee tief vergraben, in der Schneegrube gefunden. In den letzten Tagen sind in Tirol auf dem Semmering und in der nähern und weitern Umgegend große Schneefälle und auch Lawinen niedergegangen, wodurch Straßen und Bahnlinien teilweise versperrt wurden, so daß die Züge Verspätungen erlitten und auch der Automobilverkehr gehemmt ist. Auch im Hochgebirge herrschen heftige Schneestürme. —

Die Schwiegermutter als Rächerin. Der beim Madrider Publikum sehr beliebte Komiker Alfonso Mertinez de Tudel ist seit 15 Jahren verheiratet; seit etwa einem Jahre war der eheliche Frieden wiederholt durch Liebschaften des Gatten gestört, der sich sogar nicht scheute, seine Verhältnisse gelegentlich mit nach Hause, also in die Wohnung, in der sich auch seine Frau und seine Kinder befanden, zu nehmen. Die Mutter der Frau lebte mit dem Ehepaar zusammen und wurde so des öftern Zeugin sehr unerquicklicher Auftritte. Am Vorabend des Verbrechens hatte die Frau ihren Gatten im Theater aufgesucht und ihm dort bereits Vorwürfe über sein Verhalten gemacht. Die Szene hatte sich dann mit noch größerer Heftigkeit daheim in der Wohnung fortgesetzt; es soll sogar zu Tätlichkeiten gekommen sein, und die Intervention der Schwiegermutter zugunsten ihrer Tochter trug begreiflicherweise nicht dazu bei, Frieden zu stiften. Gegen Morgen scheint dann eine gewisse Beruhigung eingetreten zu sein, und die Frau ging in gewohnter Weise aus, um ihre Einkäufe zu machen. Kurz darauf schnitt die Schwiegermutter, eine siebzigjährige Frau, dem Schauspieler, der noch im Bett lag und schlief, mit einem Rasiermesser die Kehle durch. Wenn auch die Verwundung eine sehr schwere ist, so scheinen doch die Aerzte der Ansicht zu sein, daß eine Rettung möglich ist. Das erstaunliche ist, daß die alte Dame, nachdem sie ihre schreckliche Tat vollbracht hatte, nicht einen Augenblick die Ruhe verlor und vollständig unter dem Eindruck zu stehen scheint, daß sie nur ihre Pflicht getan habe und es eben kein andres Mittel gab, um die Tochter zu retten. —

Seine Frau verkauft hat der Mechaniker Allan in Leeds in England. So mußte er sich wegen des „Geschäfts" vor dem dortigen Gerichtshof verantworten. Die englischen Richter neigten zu der Ansicht, daß es dem Wesen der Ehe widerspreche, seine Frau an einen andern Mann gegen Entschädigung abzutreten. Allan hat seine Frau, wie der Prozeßbericht ergab, aus Liebe geheiratet. Diese Liebe dauerte jedoch nicht in gleicher Stärke an. Geldsorgen machte sie tot. Da erschien eines Tages ein Fabrikbesitzer und reicher Kaufmann namens Philips. Bei einem Glas Wein hatte Herr Philips mit Herrn Allan eine Unterredung, in deren Verlauf man sich über die Abtretung der Frau gegen eine „Abfindungssumme" von 500 Pfund einigte. Das Nachspiel der Geschichte fand vor dem Gerichtshof in Leeds statt. Der Staatsanwalt hielt sich für befugt, ausdrücklich zu erklären, daß man in England lebe und nicht in einem Negerreich und zu betonen, daß die Ehe kein Kaufvertrag, sondern die Grundlage des Staatswesens sei. So wurde der Mechaniker Allan zu einer Kerkerstrafe von 19 Monaten verurteilt. —

Neuer Fund gefälschter Franknoten. Ueber den Fund weiterer gefälschter 1000-Frank-Noten wird gemeldet: Der Präsident der Staatsanwaltschaft in Budapest erhielt ein anonymes Schreiben des Inhalts, die von den Franzosen gesuchten restlichen 1000-Frank-Noten befänden sich in einem Koffer in der Garderobe des Westbahnhofs. Dem Briefe lag ein Gepäckschein bei. Der Präsident verständigte sofort die entsandten französischen Herren, während sich zwei Staatsanwälte zum Westbahnhof begaben, wo sie den Koffer übernahmen. Der Koffer mit drei Bündeln Noten wurde beschlagnahmt. Die Staatsanwaltschaft hat Weisungen erlassen, um den anonymen Briefschreiber und den Hinterleger des Koffers zu ermitteln. Auf die Anzeige hin nahm die Polizei den Hörer der Medizin Wladislaus Szendah in Gewahrsam, der bei dem Verhör gestand, er habe 1923 von einem Bekannten ein verschlossenes Paket zur Aufbewahrung erhalten. Als die Frankfälscheraffäre bekannt wurde, öffnete er aus Neugier das Paket und fand darin zwei Franklischees, die er bei einem Freund in der Provinz deponierte. Darüber, von wem er die Klischees erhalten und wem er sie weitergegeben habe, verweigert Szendah jede Auskunft. Die Ermittlungen werden fortgesetzt. —

Um einen Edelstein. „Der Florentiner" heißt ein Edelstein aus dem Besitztum des ehemaligen Kaisers von Oesterreich, der zusammen mit dem „Kohinur" und dem „Regent" das wertvollste Schmuckstück der Welt darstellt. Seinetwegen ist die Exkaiserin Zita soeben in Paris eingetroffen, um gegen den letzten habsburgischen Vermögensverwalter, den „Baron" Steiner de Valmont, einen Rechtsstreit anzustrengen. Exkaiser Karl hatte in seinem Schweizer Exil um einen Spottpreis den habsburgischen Kronschatz weggegeben. Um welche Werte es sich dabei handelt, kann man am besten ermessen, wenn man die heute in der Schatzkammer der Wiener Hofburg leerstehenden Glaskästen betrachtet. In einer dunkeln Oktobernacht des Jahres 1918 hatte Graf Berchtold die kostbarsten Stücke des habsburgischen Kronschatzes aus der Schatzkammer entführen und über die Schweizer Grenze schaffen lassen. Unter den Kronjuwelen befand sich jener „Florentiner", ein Diamant von 133 Karat, der drittgrößte Brillant der Welt. Dieser „Florentiner" hat seine eigne Geschichte, die von Karl dem Kühnen von Burgund, der ihn zu seinem Talisman erwählt hatte, bis in die Gegenwart reicht. Er hat seinen Besitzern durchweg Unglück gebracht, so daß der abergläubische Kaiser Franz Joseph den gefährlichen Diamanten in ein Geheimfach der Schatzkammer in der Hofburg einschließen ließ. Bei den Friedensverhandlungen wurde um den Stein viel gestritten. Die italienische Königsfamilie verlangte ihn, da er seinerzeit auf dem Boden der oberitalienischen Fürstentümer zuerst bekannt geworden ist. Exkaiser Karl aber verweigerte die Rückgabe und beharrte auf seinem Entschluß, den Diamanten in der Schweiz zu verkaufen. Selbst eine grobe „Note", die in energischen Worten die Herausgabe des Edelsteins forderte, blieb fruchtlos, und so harrt man heute immer noch auf den Verkauf des drittgrößten Diamanten der Welt. —

Von 58 Staatsanwälten gesucht. Der „Meisterdieb" von Paris, Georges Louis Râme, spukt wieder in den Köpfen der Pariser Gesellschaft, und man schließt wieder einmal Wetten ab, ob Louis Râme gefangen sitzt oder nicht. Georges Louis Râme ist das Schreckenskind der französischen Polizei und sicherlich der gesuchteste Mann im ganzen Land. Er ist mehr Spezialist für Ausbruch als für den Einbruch und hat bereits in den verschiedensten Gefängnissen Frankreichs „gearbeitet". Dabei wandte er meistens denselben Trick an: Er verfertigte sich aus irgend einem Kleidungsstück einen Strick, kletterte zum vergitterten Fenster hoch und öffnete sich durch eine „schwache Stelle" der Wand ein Loch, durch das er die Freiheit gewann. Der Coup glückte anscheinend immer. Nun ist Louis Râme von 58 französischen Staatsanwälten gesucht; 21 Haftbefehle sind allein im Departement der Seine gegen ihn ausgefertigt worden. Bei seiner letzten Festnahme — es war die achte in diesem Jahre — erklärte er den Polizisten lächelnd: Er müsse doch sämtlichen Haftbefehlen Genüge leisten und deshalb noch einige dutzendemale aus dem Gefängnis ausbrechen. —

Das Hochzeitsgeld. Um heiraten zu können, hat ein 20jähriger Bursche in einem kleinen Orte bei Bordeaux einen Müller, der in einem einsam gelegenen Hause für sich allein lebte, plötzlich überrascht und erschossen. Nach seiner Festnahme erklärte er, daß er den Plan zur Tötung des Müllers zusammen mit seiner Braut und ihrer Mutter ausgeheckt habe, um am andern Morgen — seine Hochzeit feiern zu können. —

Rockefellers Marmorhaus niedergebrannt. Das „berühmte" Palais des Milliardärs Rockefeller ist einem verheerenden Brande zum Opfer gefallen, durch den beinahe das ganze aus Marmor erbaute Haus zerstört wurde. Unzählige unersetzliche Kunstschätze und Antiquitäten sind von dem Feuer vernichtet worden. Der durch das Feuer verursachte Schaden beläuft sich auf mehrere Millionen Dollar. —

Unwetter im ganzen Reiche.

Aehnlich wie am Donnerstag voriger Woche, da wir das erste Frühlingsgewitter hatten, trat auch Mittwoch abend ein plötzlicher Witterungsumschlag nicht nur bei uns, sondern fast in ganz Deutschland ein. Der Witterungswechsel trat mit gleichzeitiger Abkühlung schlagartig um 9 Uhr abends ein und brachte die Temperatur von 10 Grad Wärme, die am Tage gemessen wurde, auf 2 Grad herunter. In Schlesien, besonders im Riesengebirge, sind starke Gewitter niedergegangen. Gleichzeitig haben in den Bergen verschiedentlich Schneefälle eingesetzt, die die Gipfel und Abhänge wieder zu Winterlandschaften gemacht haben.

Ueber die der gegenwärtigen Wettererscheinung zugrundeliegenden Ursachen meldet der Wetterdienst folgendes: Bei dem jetzigen Witterungswechsel handelt es sich um einen ganz typischen Kälteeinbruch, der von starken Winden begleitet ist, den Abschluß einer Zyklone, eines Tiefdruckgebietes, das mit einer Winddrehung von Südwesten nach Nordwesten uns kalte Luftströmungen herüberbringt. Während bisher mit den Südwestwinden warme Luftmassen vom Ozean hier zu uns herübergedrungen sind und starke Erwärmung gebracht haben, ist durch die jetzigen Nordwestwinde eine beträchtliche Abkühlung eingetreten. Diese Abkühlung ist in England erfolgt, zu uns gedrungen und nach dem Osten bis in die Gegend von Pinsk (Polen) fortgeschritten.

Leider ist nicht damit zu rechnen, daß nach dem bereits längere Zeit dauernden unbeständigen Wetter eine Beruhigung eintritt, vielmehr haben wir weiter richtiges Aprilwetter zu erwarten. Die Abkühlung dürfte wieder einer Erwärmung weichen, die aber wiederum von trübem Wetter abgelöst werden dürfte, so daß die Wetteraussichten für die allernächste Zeit nicht rosig sind.

Die Hamburger Seewarte gab Mittwoch abend erneut Sturmwarnungen heraus und kündigte Nordweststurm an. Nachdem am Nachmittag die Windstärke bereits eine Geschwindigkeit von 22 Metern in der Sekunde erreicht hatte, sprang der Sturm am Abend plötzlich von Südwest nach Nordwest um und stieg in Böen auf reichlich 31 Meter in der Sekunde. Infolge der Sturmschäden wurde die Hamburger Feuerwehr von verschiedenen Seiten zu Hilfeleistungen in Anspruch genommen. So wurde sie nach dem Hauptbahnhof gerufen, dessen Mitteldach in 200 Quadratmetern Ausdehnung vom Sturm aufgerissen worden war. In andern Straßen hat der Sturm die Starkstromleitung der Straßenbahn beschädigt, ein Gerüst umgeworfen, das Dach eines Neubaues abgedeckt, einen Schornstein umgeweht sowie zahlreiche Bäume geknickt. An der schleswig-holsteinischen Nordseeküste und in dem Gebiet der Elbe-, Weser- und Emsmündung ist das Wasser stark gestiegen, so daß mit Sturmfluten zu rechnen ist.

In Mitteldeutschland hat der Sturm in den letzten Tagen viel Schaden angerichtet. In Eckstedt trat eine Windhose auf. Das große Dach einer Schäferei wurde mit Balken und Ziegeln abgehoben und über mehrere Häuser hinweggetragen, bis es dann mit großer Wucht auf die Häuser der Nachbarstraße niederfiel, wo es die Decken eindrückte, ganze Zimmer freilegte und Wände umwarf. Ein Haus fiel durch die Wucht der Windhose vollständig in sich zusammen. Auf der Landstraße wurde ein Fuhrwerk von dem kreisenden Winde erfaßt und mitgerissen. Die Frau stürzte vom Wagen und wurde überfahren. Zwei Kinder wurden verletzt. —

Auf

Teilzahlung

zu billigsten Preisen

äußerst günstigen Zahlungsbedingungen

in großer Auswahl:

Herren-Kleidung

Sakko-Anzüge, Tanz-Anzüge, Sport-Anzüge
Burschen-, Jünglings-, Kinder-Anzüge
Manchester-Anzüge, Streifenhosen, Arbeitshosen
Breecheshosen, Windjacken

Frühjahrsmäntel
Herren-Gummimäntel
in verschiedenen Fassons und guten Stoffen.

Damen-Kleidung

Mäntel, Kostüme, Complets
Lederolmäntel, Gummimäntel, Kostümröcke

Wollkleider, Seidenkleider
in großer Auswahl und sehr sparten Farben.

Kleiderstoffe
Cheviot, Popeline, Wollrips
Streifen, Karos
Waschseiden, Musseline
Satin in schwarz u. farbig

Baumwollwaren
Hemdentuche, Renforcé
Linon, Damast
Bettstreifen, Hausmusch
Inlett, Unterbettdrell
in guten Qualitäten.

Bettwäsche, Leibwäsche
Tischwäsche, Frottierwäsche
Trikotagen, Strickwesten
Oberhemden, Schirme

Teppiche
in Axminster, Velour
Bouclé, Perser-Imitation
Bettvorlagen, Brücken
Chaiselongudecken
Steppdecken
Wollbettdecken
Tischdecken, Klavierdecken
Kaffeedecken

Gardinen
Künstler-Gardinen in
Engl. Tüll, Etamin, Madras
Halbstores
in Engl. Tüll und Etamin
Tüll-Bettdecken
Rollosstoffe in Köper
und Damast

Vorteilhafte Zahlungsbedingungen

Waren für	30.00 Mark	Anzahlung	6.00 Mark
Waren für	50.00 Mark	Anzahlung	10.00 Mark
Waren für	75.00 Mark	Anzahlung	15.00 Mark
Waren für	100.00 Mark	Anzahlung	20.00 Mark

Wochenrate von 2.00 Mk. oder monatl. von 8.00 Mk. an

Ausweispapiere sind mitzubringen.
Sämtliche Waren können sofort mitgenommen werden.
Stadt- und Landgemeinde besonders Vergünstigungen.

Kaufhaus

Merkur

Magdeburg
Breiter Weg 227 (Ecke Moltkestr.)
Nähe Hasselbachplatz.
Beachten Sie meine 4 Schaufenster!

Kredit nach auswärts zu gleichen Bedingungen.
Auswärtige Kunden erhalten Fahrtvergütung.

Bei Barzahlung 15 Prozent Sonderrabatt!

Betten

und alles, was zum Schlafzimmer gehört, kaufen Sie in bester Qualität direkt von der Fabrik gegen

bequeme Teilzahlungen.

1 Holzbettstelle
1 Stahldrahtmatratze
1 Auflegematratze } zus. 50 Mk.

Holzbetten, eiche, nußb. gem.	v. 35.—	an
Metallbetten,	v. 27.—	an
Kinderbetten, Holz u. Met.	v. 20.—	an
Auflegematratzen	v. 13.—	an
Stahlmatratzen	v. 12.—	an
Chaiselongues	v. 38.—	an
Sofas	v. 75.—	an
Federbetten, la. Inlett	v. 27.—	an

Kleider- und Wäscheschränke, kompl. Schlafzimmer, Küchen, äußerst billig, gegen bequeme Teilzahlung.

15 Proz. Kassenrabatt bei Barzahlung.

Fabriklager:
Magdeburg, Tischlerbrücke 11, II
Vertreter: Wilhelm Heil.
Kein Laden. 587 Kein Laden.

Eudenburg. Eudenburg.

/ Tapeten /

in auserwählten schönen Mustern

Enorm billig! Enorm billig!

Neu aufgenommen:
Qualitätsmarken und -farben,
Leinölfirnis gar. rein pro Kilo 90 Pf.

Lafage
Lack- u. Farben-Handelsgesellschaft m. b. H.
Halberstädter Straße 52 a, neben dem Straßenbahn-Depot. Telephon 12065.

---

2 Waggons

Schreibtische

gute Qualitäten, zu fabelhaft billigen Preisen verkauft

Jürgens & Co.
Möbel-Vertriebs-Gesellschaft m. b. H.
Altes Zeughaus, Eing. Domplatz
— Tel. 8361. —

Ich rufe den Arbeitern zu,

daß sie die geschichtliche Entwicklung beschleunigen, wenn sie sich selbst bilden und veredeln und den Mächten des Gedankens und der Sittlichkeit sich hingeben!

Ferdinand Lassalle

Der Bücherkreis

Der Bücherkreis liefert jedem Mitglied für **3 Mark** für Vorzugspreise (1 Mark Monatsbeitrag) ein bisher unveröffentlichtes Werk zirka 200—300 Seiten stark, in künstlerischem Ganzleinenband und daneben allmonatlich die reich illustrierte, in Vierfarbenkunstdruck erscheinende Zeitschrift

Der Bücherkreis

ermöglicht jedem Arbeiter durch **Teilzahlungen** die **Mitgliedschaft.**

Auskunft erteilt die

Buchhandlung Volksstimme
Magdeburg,
Große Münzstraße Nr. 3.

Der Bücherkreis weist bisher folgende Veröffentlichungen auf.
1. Werk
Friedrich Wedel:
Das 19. Jahrhundert in der Karikatur.
2. Werk
Karin Johannes Wedel:
Die Gräfin.
3. Werk
Paul Zech:
Die Geschichte einer armen Jungfrau.
4. Werk
Paul Zech:
Das Land der Sehnsucht.
5. Werk
Karin Wedel:
Der Garten der Träume.
6. Werk
Engelbert R. Wolff:
Die Arbeitskraft der Zukunft.

Darum hinein in den Bücherkreis

Einige hundert

Konfirmanden -Anzüge

aus unseren **„EIFA"-Werkstätten**
dunkelblau, dunkelfarbig, gute, haltbare Ausführung.

Hauptpreislagen:

22.— 24.— 29.—
32.— 35.— 39.—

Beachten Sie unsere Fenster

Heinrich Casper

Breiter Weg 133
Gegründet 1884.

Teilzahlung
Federbetten
gut und sehr preiswert
Chaiselongues
stark gepolstert **45 Mk.**
Matratzen, Auflagen rc.
Korbmöbel
Müller & Co., Hauptwache 3, Eg. Gr. Marktst.

Klavier, Geige evtl. Cello oder Jazz-Band frei, auch nach außerhalb. Mirewicz, Schöninger Str. 6. Tel. 42382.

Chaiselongue,
Auflege-Matratzen, reelle Werkstattarbeit, äuß. preisw. zu verkaufen.
Karl Beucke,
Spezial-Polsterwerkst.
Apfelstraße 3, part.

Sie brauchen

nicht viel Geld, um bei mir zu kaufen!

Manchester-Kinderanzüge 654	Gr. 1 bis 6	nur	9.75
Konfirmanden-Anzüge	27.—	22.—	15.—
Sportanzüge	29.—	25.—	21.—
Windjacken	11.50	9.50	6.90
Breecheshosen	9.50	7.—	4.50
Zwirnhosen			nur 3.—
Pilothosen	5.50	4.50	3.75
Blaue Jacken	3.75	3.25	2.50

in **Preßlers Textilhalle**
nur Buttergasse 8.

Freitag und Sonnabend
Kalbfleisch billiger!

Keule, Niere, Rücken } à Pfd. nur **85** ₰
Brust Pfd. n. 70 ₰
Kalbsköpfe Stück 40 ₰
Kalbsl., -zunge, -gehirn, -lunge

Schweinefleisch billiger!

Schinken, Nacken, Karbonade } à Pf **1.20**
Bauch Pfd. n. 1.00
Schweinsk. Pfd. 65 ₰

Ochsen-Gefrierfleisch, frisches Rindfleisch, fettes Hammelfleisch alles sehr preiswert.
Frisches Kuheuter Pfd. 45 ₰, bei 5 Pfd. 40 ₰

Richard Bosse, nur Gr. Marktstr. 20.

Kinderwagen-Verdecke werden in all. Farben sauber, schnell u. konkurrenzlos billig mit la. Ledertuch **neu überzogen** u. **ausgefüttert.** Klappwag.-Verdecke 6 bis 8 ℳ, größere Kinderwag.-Verdecke 8 bis 10 ℳ. **Gebr. Kinderwagen** finden bei mir schnelle Käufer
Eggert, Faßlochsberg 11, Ecke Alt. Fischerufer

Bekanntmachung.

Betrifft die Anmeldung der Ostern 1926 schulpflichtig werdenden Kinder.

Die Anmeldung derjenigen Kinder, die bis zum 30. September 1926 das 6. Lebensjahr zurückgelegt haben werden, hat behufs Einschulung in die städtischen Grundschulen wie folgt stattzufinden:

1. Sämtliche Knaben, die eine evangelische Schule besuchen wollen, in der Comeniusschule am Montag den 15. März 1926, vormittags von 10 bis 12 Uhr, im Schulgebäude an der Klosterstraße, 2. Eingang.
2. Sämtliche Mädchen, die eine evangelische Schule besuchen wollen, in der Pestalozzischule am Montag, den 15. März 1926, vormittags von 10 bis 12 Uhr, im Lehrerzimmer dieser Schule in der Kapellenstraße.
3. Sämtliche Knaben und Mädchen, die die Sammelschule (weltliche) besuchen wollen, in der Diesterwegschule am Montag den 15. März 1926, vormittags von 10 bis 12 Uhr, im Rektorzimmer dieser Schule im Gebäude der Mädchenmittelschule.
4. Für die katholische Volksschule am Montag den 15. März 1926, vormittags von 10 bis 12 Uhr, in Klasse III dieser Schule in der Blumenthaler Straße.

Bei der Anmeldung der Kinder ist ein ihre Vor- und Zunamen und ihre Wohnung (Straße und Hausnummer) enthaltender Zettel zu übergeben. Auch ist von allen Lehranfängern der Impfschein, von nicht in Burg geborenen Kindern auch der Geburtsschein vorzulegen.

Den Eltern werden bei der Anmeldung Fragebogen für schulärztliche Zwecke mitgegeben werden. Wir ersuchen dringend, im Interesse der Kinder und der Schule wie auch der guten Sache überhaupt, diese Fragebogen gewissenhaft auszufüllen, aufzubewahren und bei der Einschulung zusammen mit dem Aufnahmeschein zurückzugeben.

Burg, den 9. März 1926.

Der Magistrat.

Bekanntmachung.

Zur Bekämpfung der Rattenplage werden auf Grund der Polizeiverordnung betr. Rattenvertilgung vom 25. Januar 1922 die Eigentümer oder deren gesetzliche Vertreter sämtlicher in Magdeburg vorhandenen Hausgrundstücke, Lager- und Schuttplätze, auf denen Ratten sind, verpflichtet, wirksame Rattenvertilgungsmittel an geeigneten Stellen ihrer Grundstücke in der Zeit vom 15. bis 27. März 1926 auszulegen. Die Hausverwalter der öffentlichen Gebäude werden besonders darauf aufmerksam gemacht, daß die Auslegung des Giftes mit der nötigen Energie und Sorgfalt durchzuführen ist. Die Hauseigentümer bzw. deren Vertreter und die Hausverwalter der öffentlichen Gebäude sind jedoch berechtigt, einen Rattenfänger oder einen andern auf dem Gebiet der Rattenvertilgung bewährten Fachmann mit dem Auslegen des Giftes an den bezeichneten Tagen zu beauftragen und dies durch die Bescheinigung des Beauftragten dem Polizeirevier nachzuweisen.

Als geeignetes Gift soll Phosphorlatwerge oder ein Meerzwiebelpräparat (Ratinin, Delitia oder frische Meerzwiebeln) verwendet werden. Die Abgabe von Phosphorlatwerge und Ratinin (dies für Haustiere weniger gefährlich) an die Interessenten erfolgt einschließlich des üblichen Merkblattes kostenlos und ohne Giftschein in den zuständigen Polizeirevieren. Die in den Merkblättern enthaltenen Vorschriftsmaßregeln sind genau zu beachten.

Die Polizeiorgane werden nachkontrollieren, insbesondere ob in den allgemein als verseucht bekannten Grundstücken die Bekämpfungsmittel richtig ausgelegt sind

Das Halten von Katzen wird empfohlen. Die Nichtbeachtung der Anordnung dieser Bekanntmachung ist gemäß der oben angegebenen Polizei-Verordnung mit Strafe bedroht.

Magdeburg, den 10. März 1926.

Der Polizeipräsident. Dr. Menzel.

„Dir mein Lieber fehlt das Stuvkamp-Gefühl."

„Von nun an nimmst Du jeden Morgen Dein Stuvkamp-Salz. Es ist das wirksamst. Mittel, Deine inneren Organe (Leber, Nieren, Magen) i. guter Funktion zu halten. Du wirst Dich wieder jung u. gesund fühlen!"

Rheumatismus, Ischias, Gicht, allgemeine Abgespanntheit und frühzeitiges Altern sind meistens die Folgen unreinen Blutes. Stuvkamp-Salz hilft auf natürliche Weise das Blut von Schlacken und Ablagerungen reinigen und leistet somit dem gesunden Menschen hervorragende Dienste als vorbeugendes Mittel.

Stuvkamp-Salz

in Original-Packungen zu Mk. 3.— und Mk. 2.— überall zu haben.
Generalvertreter:
Fa. Gustav Fichtler, Magdeburg, Straßburger Straße 1. — Fernruf 9841.

Klassiker

kauft man am besten in der

Buchhandlung Volksstimme.

Sperling Inserat. ein Jahr, [illegible] Sperling, Schlangenbr., Sperling, g. Sperling Werk [illegible] Sperling, Eisenbahnstr. 1. Zeitg. z. Bilder. 713

Ehepaar [illegible] Sudenstr. 11, p. 1 Mk.

Schlachtpferdfleischerei am Freitag den 12. März.

Der geehrten Einwohnerschaft von Magdeburg zur gefälligen Kenntnis, daß ich bei der

Fleischerei des Herrn Walter Meyer
Neustädter Straße 12

Wiederum [illegible] habe. Mein Bestreben wird es sein, meiner werten Kundschaft nur gutgeschätzte Qualitäten zu Wurst- und Kochzwecken zu liefern, um mich weiter Interessen gütigst empfehlen zu können.

Hochachtungsvoll

Karl Lippelt.

Die Lage in Genf.

Während die Mehrzahl der in Genf anwesenden Berichterstatter am Dienstag die Lage schwarz in schwarz malten, klangen die am Mittwoch eintreffenden Nachrichten wieder recht optimistisch, obwohl sich inzwischen nichts weiter ereignet hatte, als daß Briand aufs neue französischer Ministerpräsident geworden war und Zusammenkünfte zwischen den Vertretern Deutschlands und denen einiger Ratsmächte stattgefunden hatten. Vielleicht wird die Stimmung bald wieder umschlagen, aber wir werden gut daran tun, uns durch die Pressemeldungen vom Sitze des Völkerbundes nicht allzusehr beeinflussen zu lassen und mit Sorgfalt die Spreu der Tagessensationen von dem Weizen einer sachlichen und ruhigen Berichterstattung zu trennen.

Wenn zur Beobachtung einer Konferenz einige hundert Journalisten versammelt sind, von denen jeder natürlich etwas Besonderes und möglichst Alarmierendes telephonieren möchte, so ist es nicht immer leicht, sich aus den Zeitungen ein zutreffendes Bild von den tatsächlichen Vorgängen zu formen. Im vorliegenden Falle kam außerdem hinzu, daß durch die französische Ministerkrise und durch die Abreise Briands nach Paris eine unvorhergesehene Pause in den Verhandlungen eintrat, und daß in den Stunden, wo eigentlich nichts Positives zu melden war, all denen, die ein besonderes Bedürfnis nach Verbreitung von Krisennachrichten haben, ein großer Spielraum gegeben wurde.

Sehen wir die Dinge mit nüchternen Augen an, so dürfen wir feststellen, daß bis jetzt die Frage der Ratssitze noch keineswegs völlig geklärt ist, daß aber nach wie vor alle Aussicht auf die alleinige Zulassung Deutschlands besteht. Daß Polen neuerdings mehr in den Hintergrund getreten ist und sich dafür die spanischen Ansprüche nachdrücklicher bemerkbar machen, ändert daran nichts. Deutschland hat sich von Anfang an nicht speziell gegen Polen erklärt, sondern die Auffassung vertreten, daß zurzeit eine Erweiterung des Rates über seine eigne Zulassung hinaus nicht in Betracht kommen könnte. Durch diese These kann sich kein einzelner Staat verletzt fühlen, denn sie ist gegen keinen einzelnen Staat gerichtet, und ob nun Spanien, Polen oder Brasilien das größere Anrecht auf einen ständigen Ratssitz haben, das mag in einem Ausschuß geprüft werden, den der Völkerbund zu diesem Zwecke einsetzt. Auch dieses Komitee wird sich allerdings nicht nur mit den Bewerbungen der genannten Länder zu befassen haben sondern darüber hinaus sich in grundsätzlichen Beratungen mit der Zweckmäßigkeit einer Vermehrung der ständigen und nichtständigen Ratssitze befassen müssen.

Wenn behauptet worden ist, Spanien oder Brasilien würden sich, falls ihre Wünsche jetzt keine Berücksichtigung fänden, aus dem Völkerbund zurückziehen, so müssen natürlich auch solche Nachrichten mit allergrößter Vorsicht aufgenommen werden. Der Völkerbundsgedanke mag immerhin noch nicht so fest wurzeln, daß Erschütterungen des Gefüges als ausgeschlossen erscheinen können, aber ein Mitgliedsstaat, zumal ein europäischer, wird es sich doch sehr überlegen, ob er sich von dem Bunde lösen soll, weil ein von ihm erhobener Anspruch nicht ohne weiteres als berechtigt anerkannt wird.

Wir haben also einstweilen keinen Grund, nervös zu werden, und können die weitere Entwicklung der Dinge ruhig abwarten. Schließlich wird niemand die Verantwortung auf sich laden wollen, das, was in Locarno geschaffen wurde, schon nach ein paar Monaten wieder der Gefahr der Zerstörung auszusetzen. —

*

Deutschlands Verpflichtungen erfüllt.

Der Untersuchungsausschuß der von der außerordentlichen Völkerbundsversammlung eingesetzten ersten Kommission beschloß am Mittwoch einstimmig, die Verpflichtungen Deutschlands in bezug auf die Entwaffnung als erfüllt anzusehen. Entgegen den bestehenden Gepflogenheiten wurde dieser Beschluß gefaßt, ohne vorher einen deutschen Vertreter zu hören. Damit haben sich die Gerüchte, nach denen der italienische Delegierte Scialoja in der Kommission eine Frage an Deutschland richten wolle, als falsch erwiesen.

Am Donnerstag wird die Vollkommission dem Beschluß ihres Unterausschusses zustimmen. Am Mittwoch abend fand in dem Quartier des englischen Außenministers ein Empfang der Mitglieder des Rates statt, zu dem auch die deutschen Hauptdelegierten eingeladen waren.

An der inoffiziellen Besprechung der Ratsmitglieder über die Rekonstruktion des Rates nahm im Einverständnis Deutschlands auch der polnische Außenminister Skrzynski teil, obwohl Polen dem Rate nicht angehört. Der Reichsaußenminister Stresemann hatte vor der offiziellen Ratstagung eine längere Aussprache mit dem schwedischen Außenminister Unden. —

*

Sonderbesprechungen.

Den Sonderbesprechungen zwischen den führenden Delegierten Englands und Frankreichs mit Luther und Stresemann folgte am Mittwoch die offizielle Wiederaufnahme der am Sonntag begonnenen Verhandlungen zwischen allen am Locarnovertrag beiteiligten Mächten. Die Besprechung begann um 10½ Uhr und endete um 1 Uhr mittags. Das gesamte Interesse konzentriert sich natürlich auf den Verlauf der Debatte zwischen den französischen und den deutschen Vertretern.

Im allgemeinen wird von den Delegationen strengstes Stillschweigen über den Gang der Verhandlungen beobachtet. Der Sonderkorrespondent des „Sozialistischen Pressedienstes" in Genf konnte jedoch einiges erfahren. Vor allem wurde das Mißverständnis, als ob die deutsche Regierung ein formelles Veto gegen irgendwelche, etwa auch später zu erfolgende Ratserweiterung einlegen werde, aufgeklärt. Als der französische Delegierte Paul Boncour auf die Unmöglichkeit eines solchen Vetos hinwies, erwiderte Reichskanzler Luther, daß er ausdrücklich bitte, den deutschen Standpunkt nicht mißzuverstehen. In keinem Augenblick habe die deutsche Regierung daran gedacht und denken können, ein Veto einzulegen, da sie ja noch nicht einmal Mitglied des Völkerbundes sei. Die Sache stände so, daß der Eintritt Deutschlands in den Völkerbund unter ganz bestimmten, allgemein bekannten Umständen beantragt worden sei und durch die plötzlich aufgeworfene Erweiterung des Rates nach deutscher Ansicht eine neue Situation geschaffen wäre, die, wenn man auf dieser etwa noch im Laufe der außerordentlichen Session zu erfolgenden Erweiterung bestehen würde, die deutsche Delegation zwingen könnte, eine neue Verständigung mit dem gesamten Reichskabinett und dem Reichstag herbeizuführen. Damit solle keineswegs die Drohung ausgesprochen werden, daß Deutschland seinen Antrag auf Eintritt in den Völkerbund zurückziehen wolle.

Diese Erklärung sollte zweifellos den Delegationen, die bisher auf die sofortige Erteilung von Ratssitzen an Spanien und Polen drängten, eine Revision ihres Standpunktes erleichtern. Die Besprechungen endeten unter dem allgemeinen Eindruck, daß die praktische Arbeit zur Anbahnung eines Ausgleichs eingesetzt hat. Es wurde im Einverständnis mit Deutschland vereinbart, nachmittags um 5 Uhr die Ratsfrage zunächst einmal ohne Hinzuziehung der deutschen Delegation in einer inoffiziellen Sitzung der zehn Ratsmächte zu besprechen. Diesen Erörterungen werden am Donnerstag vormittag in Anwesenheit Briands weitere Verhandlungen mit den deutschen Delegierten folgen. —

*

Spaniens Ansprüche.

In einem Briefe, den der erste spanische Delegierte im Völkerbund, Quinones de Leon, am Mittwoch im „Journal de Genève" veröffentlicht, wird betont, daß die Kandidatur Spaniens für einen ständigen Sitz ganz unabhängig von der Aufnahme Deutschlands erfolgt sei. Die Kandidatur sei schon 1921 aufgestellt worden, und damals hätten Frankreich und Großbritannien dafür gestimmt.

Seitdem habe die stillschweigende Vereinbarung bestanden, daß Spanien den ständigen Sitz erhalten solle, sobald aus irgendeinem Grunde die Zusammensetzung des Rates eine Aenderung erfahre. Dieser Augenblick sei jetzt gekommen, und deshalb bestehe Spanien auf der Erfüllung seines Wunsches und würde sich in seiner Würde verletzt fühlen, wenn ihm der ständige Sitz verweigert werden sollte.

Aus diesem Briefe darf man schließen, daß Spanien seine Drohung, den Völkerbund zu verlassen, wenn ihm der ständige Sitz nicht sofort erteilt wird, keinesfalls weiter aufrechterhält. —

Delegationsführer in Genf.

Von links nach rechts:
Scialoja (Italien), Vandervelde (Belgien), Luther (Deutschland), Briand (Frankreich) und Stresemann (Deutschland).

Notizen.

Gegen Dittmanns Marineenthüllungen. Der deutschnationale Brunnenverlag in Berlin hat jetzt die angekündigte Broschüre „Dittmanns Enthüllungsschwindel", für die der Exsozialdemokrat Kloth als Verfasser zeichnet, herausgebracht. Wer in schüreirgend etwas Neues oder gar Originelles erwartet hat, wird bitter enttäuscht. Denn in ihr ist lediglich das bekannte Geschimpfe auf die Sozialdemokratie beider früherer Richtungen zusammengetragen. Mit welcher Sachkenntnis und Skrupellosigkeit dabei verfahren worden ist, zeigt die Angabe auf Seite 51 der Broschüre, in der der frühere bayrische General und Reichstagsabgeordnete Häusler, der dem Zentrum angehörte, zum Sozialdemokraten gestempelt wird. Die deutschnationalen Partei- und Arbeiterorganisationen entfalten bereits eine fieberhafte Agitation für das Machwerk. Für den größten Unsinn haben die Leute immer noch Geld übrig, nur wenn Steuern oder Löhne gezahlt werden sollen, sind sie arme Sünder. —

Französische Polizei in München. Zu der Blättermeldung, daß in München ein Delegierter der Bank von Frankreich und ein französischer Polizeiinspektor von Budapest kommend eintrafen, um aufzuklären, ob das für die falschen Tausendfranknoten verwendete Papier aus München stamme oder durch eine Münchner Persönlichkeit beschafft worden sei, wird von maßgebender Stelle bestätigt, daß die französischen Persönlichkeiten in München eingetroffen sind. Sie haben der Polizeidirektion ihre Wünsche bezüglich der Erhebungen vorgetragen, denen entsprochen werden wird. —

Ordnungsgewalt in den Untersuchungsausschüssen. Die sozialdemokratische Fraktion des Preußischen Landtags hat einen Gesetzentwurf über die Ordnungsgewalt in den parlamentarischen Untersuchungsausschüssen eingebracht. Danach soll in Untersuchungsausschüssen, die gemäß Art. 25 der preußischen Verfassung eingesetzt sind, in öffentlichen Sitzungen der Vorsitzende bzw. sein Stellvertreter für die Aufrechterhaltung der Ordnung sorgen; die Bestimmungen der Paragraphen 177 bis 182 des Gerichtsverfassungsgesetzes finden entsprechende Anwendung. Für die Vollstreckung der hiernach verhängten Ordnungsstrafen soll das Amtsgericht Berlin Mitte zuständig sein. —

Julius Barmat im Lazarett. Julius Barmat ist am Mittwoch in der Berliner Charité, dem Antrag seiner Verteidiger entsprechend, ärztlich untersucht worden. Nach der Untersuchung wurde Barmat nicht mehr in einer Zelle des Untersuchungsgefängnisses, sondern in dem Lazarett untergebracht. Das Gutachten der ärztlichen Untersuchung soll die Grundlage für die Entscheidung über den Haftentlassungsantrag bilden. —

Noch nicht angenommen. Die für Dienstag in Aussicht genommene Niederlegung der Ratifikationsurkunden des Locarno-Paktes im Archiv des Völkerbundes konnte noch nicht stattfinden, da die Ratifikation durch den französischen Senat noch fehlt. —

Memel-Delegation. Zur Tagung des Völkerbundes ist eine Abordnung aus dem Memelgebiet eingetroffen, um dem Völkerbund im Auftrag des memelländischen Landtags eine Denkschrift über die Verlängerung des Memelabkommens zu überreichen. —

Depeschen.

Deutschlands Aufnahme beschlossen.

Wb. Genf, 11. März. Die Aufnahmekommission hat heute vormittag in einer kurzen Sitzung von kaum 15 Minuten Dauer den von ihrem Unterausschuß vorgelegten Bericht über die Aufnahme Deutschlands in den Völkerbund ohne Diskussion einstimmig genehmigt und ihren Vorsitzenden, Sir Austen Chamberlain, zum Berichterstatter vor der Völkerbundsversammlung berufen. —

Sicherheitsvertrag gegen den Anschluß?

Wb. London, 11. März. „Times" vermutet, daß nach verschiedenen Nachrichten zwischen Nintschitsch und Mussolini ein neues Abkommen zwischen Italien und Jugoslawien entworfen worden sei, in dem u. a. vorgesehen ist, daß jedem Versuch einer Einigung Oesterreichs und Deutschlands entgegengetreten werden soll. Jugoslawien verzichtet auf Anlegung eines Konkurrenzhafens für Fiume. Italien wird die jugoslawischen Forderungen auf weitgehende kommerzielle Erleichterungen in Saloniki unterstützen. In diesem Zusammenhang weist „Times" auch auf den Besuch des griechischen Außenministers und des Verkehrsministers in Rom hin. —

Frankenfälscher-Verhaftung.

Wb. Budapest, 11. März. Wie die Blätter melden, hat der gestern verhaftete Mediziner Wladislaus Szendey bei seiner polizeilichen Vernehmung gestanden, daß er die zwei Franklischees von dem Privatdozenten Dr. Julius Meszaros erhalten habe. Er wisse aber nicht mehr, ob im Jahre 1922 oder 1923. Im übrigen weigerte sich Szendey, irgendwelche weiteren Daten auch in bezug auf die Personen, denen er die Klischees übergab, zu machen. —

Arbeitslosigkeit und Landesgrenzen.

Paris, 11. März. (Radio.) Der Verwaltungsrat der Internationalen Handelskammer, der seit dem 11. November auch Deutschland angehört, ist am Mittwoch in Paris zu einer Sitzung zusammengetreten. Das Referat über die allgemeine weltwirtschaftliche Lage erstattete der Präsident der Internationalen Handelskammer Leaf, der aus den von den einzelnen Ländern vorliegenden Berichten folgende Schlußfolgerungen zog:

Ueberall, fast ohne Ausnahme vernimmt man Klagen über Schwierigkeiten, Absatzmärkte für die Erzeugnisse zu finden. Die Produktionsfähigkeit ist bedeutend größer als in der Vorkriegszeit. Aber die Waren lassen sich nicht absetzen infolge ausländischer Zölle und Handelsbeschränkungen. Daher Arbeitslosigkeit, Stagnation der Industrie und ein bedauernswertes Brachliegen leistungsfähiger Menschenenergie. Der Lebensstandard wird herabgedrückt durch künstliche Einschränkung der Leistungsfähigkeit der Menschen. Ein europäischer Wirtschaftsbund würde offene Märkte schaffen, im gleichen Maße wie in den Vereinigten Staaten. Europa leidet unter nationalen Eifersüchteleien. —

Zwei neue Weltrekorde Rademachers.

Wb. Neuyork, 11. März. Rademacher konnte im Neuyorker Athletenklub zwei neue Weltrekorde aufstellen, und zwar: für 100 Yards mit 1 Minute 8⅘ Sekunden (1 Yard gleich 0,914 Meter) und für 100 Meter mit 1 Minute 15⅘ Sekunden. —

Dorf abgebrannt.

Wb. Konstanz am Bodensee, 11. März. In der bei Stockach (Bodensee) gelegenen kleinen Ortschaft Besetze äscherte ein Brand, dessen Bekämpfung bei dem starken Westwind und infolge Wassermangels sehr schwierig war, vier Wohnhäuser und zwei Scheunen ein. Durch den Brand sind fünf Familien obdachlos geworden. Da bei einem früheren Brande vor nicht langer Zeit bereits mehrere Häuser abgebrannt sind, stehen jetzt von der kleinen Gemeinde nur noch zwei Häuser. Es liegt Verdacht der Brandstiftung vor. —

Sie müssen unsere Strümpfe sehen!

Nur fehlerfreie Ware!
Ein Angebot ohne gleichen!

Damen-Strümpfe Seidenflor **90 ₰** Paar
schwarz u. alle modernen Farben, feine klare Ware mit Doppelsohle u. Hochferse

Damen-Strümpfe Seidenflor **1.50** Paar
Prima Qualität, schwarz u. farbig m. Doppelsohle u. Hochferse

Damen-Strümpfe Seidenflor **1.90** Paar
„Der Strumpf der Dame." In geschmackvollen feinsten Farbtönen m. Doppelsohle u. Hochferse

Damen-Strümpfe Kunstseide **1.35** Paar
feines, klares Gewebe mit Naht, alle modernen Farben m. Doppelsohle u. Hochferse

Damen-Strümpfe Kunstseide **2.25** Paar
Marke „Cristall" schwarz u. jede moderne Farbe m. Doppelsohle u. Hochferse

Damen-Strümpfe Waschseide **2.50** Paar
Der elegante Strapazierstrumpf. In neuesten Farbtönen, von Tramaseide kaum zu unterscheiden

Damen-Strümpfe Tramaseide **3.50** Paar
6fach Trama, schwarz u. feine Farben, klare, reine Ware

Herren-Socken Seidenflor u. Waschseide **1.40** Paar
in modernen Mustern und vorzüglichen Qualitäten.

Siegfried Cohn
Webereiwaren
Breiteweg 58/60

Liebe Hausfrau!

Die Zeiten sind schwer.
Das Haushaltsgeld ist knapp.
Die Butter ist teuer.
Sie müssen sparsam wirtschaften.
Das ist einfacher, als Sie glauben.
Sie geben für jedes Pfund Butter 2 Mark aus,
„Blauband" können Sie für die Hälfte kaufen.
Die anderen Hausfrauen tun es,
Sie sind restlos zufrieden.
Ihre Kinder erhalten zu jedem Pfund gratis die bunte Kinder-Zeitung „Die Blauband-Woche" und sind glücklich darüber.
Kaufen auch Sie deshalb heute noch für:

50 Pfennig
1/2 Pfd

Feinkost-Margarine
Blauband statt Butter

Fordern Sie die „Blauband-Woche" zu jedem Pfund.

Spickaal
keine ausländische Dökelware!
Seit 10 Jahren nicht so billig wie heute.
Pfund **2.50**
nur
Mittelstück ½ Pfd. 1.35

Ia. Vollfettbückl.
Pfd. **30 ₰**
Kiste **1.30**

Fettsprotten
1½-Pfund-Kiste **65 ₰**

Ia. Maatjesheringe
gr., hervorragend schön . Stück **30 ₰**

Ia. Salzheringe
nur vom Besten d. Beste, Riesen, 26er Fang
3 Stück **25 ₰**

Fettheringe Stck. von **10 ₰** an

Russ. Sardinen Pfd. **50 ₰**

Ia. Rollmops, ganz. Fisch, **15 ₰**, in Mayonnaise ganz. Fisch **20 ₰**

Meine so sehr beliebten **sauren Heringe** mit Mayonnaise verarbeitet tafelfertig, Stück nur **20 ₰**

Echte norweg. Anschovis
Pfund **75 ₰**

Ia. Pfeffergurk. Pf. **1.00**

Mein Riesenlager in hochfeinen **bestgepflegten** echt poringies. und norweg. **Oelsardinen**
Dose von **25 ₰** an

Mix Pickles Glas **1.25**

Sämtl. Fischmarinaden
nur Qualitätsware, die 2-Pfund-Dose **78 ₰**

8-Ltr.-Dose **Bratheringe 3.00**
4-Liter-Dose **2.00**, Stück . . . **10 ₰**

Geleehering Dose **48 ₰**

Bratheringe 2-Pfund-Dose **50 ₰**

Hamburger Fischhaus
(Flach-Richter)
mehrfach prämiiert
Magdeb., Peterstr.
Telephon 9318
Post- und Bahnversand

Billige Möbel
Schweres Speisezimm. m. 2 Mtr. breitem Büfett 400 Mk.; eich. Herrenzimmer mit gr. Steiliger Bibliothek nur 550 Mk.; Schlafzimmer mit groß. Spiegelschrank 350 Mk.; 1 Kinbgarnitur, echt Leder, 250 Mk.; Wohnsalon 400 Mk.; Schreibtisch 75 Mk. Sofa 75 Mk.; groß. Trumeau-Spiegel 65 Mk.; Chaiselongue 28 Mk.; gr. Schrank 85 Mk.; Schreibsessel 25 Mk.; Bettstelle 25 Mk.; Stühle 8 Mk.; Matratzen 15 Mk.; Waschkommode 60 Mk.; Bücherschrank 85 Mk.; Ausziehtisch 45 Mk.; Herrenzimmertisch 35 Mk.; eich. Büfett 200 Mk.

Jentsch,
1 Große Münzstraße 1

Magdeburg-Neustadt

Verkauf von
Kleiderstoffen
Baumwollwaren
Gardinen
Linoleum
ab heute wieder
Lübecker Straße 20
(altes Lokal)

Kauf Haus **Selma Rutkowsky**

Magdeburg-Neustadt

Prima Ochsen-Gefrierfleisch! 651

Suppenfl. Dünning	Pfd. 58 ₰	Roastbeef ohne Kn.	Pfd. 90 ₰
Hohe Rippe	Pfd. 70 ₰	Roastbeef mit Kn.	Pfd. 70 ₰
Schmorfleisch	Pfd. 80 ₰	Gulasch	Pfd. 80 ₰
Rouladen	Pfd. 90 ₰	Leber	Pfd. 80 ₰

Gehacktes . . . Pfund 70 ₰

Weiter empfehlen wir frisches **Rind-, Kalb-, Hammel- und Schweinefleisch** sowie **sämtliche Wurstwaren** in **bekannter Güte zu den billigsten Tagespreisen.**

Für die Altstadt:
Otto Schumburg, Jakobstr. 31
Adolf Angrick, Jakobstr. 46
Wilh. Kahrstedt, Anhaltstr. 13
Herm. Voigt, Johannisberg 16

Für Sudenburg:
Aug. Dugas, Halberstädter Straße 36d

Für Buckau:
Franz Kirsten, Martinstr. 11

Für Neue Neustadt:
Rud. Hofmann, Lübecker Straße 102

Verkaufsstellen von zollfreiem Gefrierfleisch

Wie die Hohenzollern enteigneten.

Die „Deutsche Tageszeitung", das Berliner deutschnationale Organ, liefert in ihrer Nummer vom 25. Februar 1926 einen instruktiven Beitrag zum Thema, wie die Hohenzollern zu „Privat"vermögen kamen.

Sie schildert das Schloß in Friedrichsfelde, das sich jetzt im Besitz der Familie von Treskow befindet. Das Schloß war ursprünglich im Besitz der Hohenzollern, die es jedoch verkauft haben. Wie sind aber die Hohenzollern zu diesem Schlosse gekommen? Es gehörte einst dem Generaldirektor der kurfürstlich brandenburgischen Marine, Benjamin Raule, der das Gut Rosenfelde erwarb und dort das Schloß erbaute. Ueber den Besitzwechsel heißt es in der „Deutschen Tageszeitung":

Nach des Kurfürsten Tode fiel Raule durch die Intrigen seiner Neider in Ungnade. Sein Besitz und sein Vermögen wurde konfisziert. Friedrich III. nahm Rosenfelde in Besitz und änderte seinen Namen in Friedrichsfelde um; dorthin ließ der Herrscher auch die wertvolle Einrichtung aus Raules Berliner Wohnung bringen.

Nach dem Zeugnis der deutschnationalen „Deutschen Tageszeitung" haben die Hohenzollern Benjamin Raule entschädigungslos enteignet, und zwar zu ihren Gunsten. Der Gegenwert für die wertvolle Besitzung, die sie später veräußert haben, gehört heute zu ihrem „unbestreitbaren Privatvermögen". Dieses „Privatvermögen" das nur dadurch entstehen konnte, daß die Fürsten das Privatvermögen ihrer Untertanen mißachteten, soll heute unantastbar sein, nur damit die Monarchisten von der Republik Geld bekommen, um gegen sie zu arbeiten? Kein vernünftiger Mensch kann das wollen. Jeder muß sich einzeichnen in die Listen zum Volksbegehren. —

Landbund-Terror.

Nach dem Sabotage-Versuch der Terror. Der Landbund hat zunächst versucht, das Volksbegehren auf dem Lande unmöglich zu machen, indem er Gutsvorsteher und Gemeindevorsteher zur Verweigerung ihrer gesetzlichen Pflicht aufreizte. Jetzt organisiert er den Terror gegen Landwirte, die das Volksbegehren unterstützten. Im „Landbund", dem Landbundorgan für die Grenzmark Posen-Westpreußen, findet sich die folgende Landbundbekanntmachung für den Netzekreis:

Fürstenenteignung. Die Listen werden vom 4. bis 17. März bei den Gemeindevorstehern zur Eintragung ausliegen. Behufs Aufstellung einer Statistik bitten wir unsre Ortsgruppenführer, uns am 17. März mitzuteilen, ob sich irgendwelche Landwirte in die Listen eingezeichnet haben, um den Diebstahl zu unterstützen.

Die Durchführung dieser Terroraktion setzt voraus, daß die Gemeindevorsteher den Ortsgruppenführern des Landbundes Einsicht in die Listen geben. Das ist eine grobe Pflichtverletzung! Dagegen muß ebenso scharf wie gegen jeden Sabotageversuch eingeschritten werden. Trotz aller Landbundbemühungen aber, die an finsterstes Mittelalter erinnern, wird es nicht gelingen, den Diebstahl der Fürsten in einen Diebstahl des Volkes umzukehren. Einen gemeinern Versuch dieser Art gab es noch nie, aber von preußischen Junkern kann man kaum etwas andres erwarten. —

Der Zerschmetterer.

Der sich für den Mittelpunkt der Welt haltende, durch Speichellecker und Liebediener zum überspitzten Selbstbewußtsein hinaufgesteigerte ehemalige deutsche Kaiser Wilhelm 2. leistete sich im Laufe seiner „Regierungs"-Zeit viele Gemeinheiten seinem Volke gegenüber. Aber das Gedächtnis mancher Menschen ist kurz, darum sei hier mal wieder an einige erinnert: Bei dem Empfang der streikenden Bergleute am 14. Mai 1889 sagte ER:

Sollten Ausschreitungen gegen die öffentliche Ordnung vorkommen, sollte sich der Zusammenhang mit sozialdemokratischen Kreisen herausstellen, so würde ich nicht imstande sein, Eure Wünsche mit Meinem königlichen Wohlwollen zu erwägen, denn für Mich ist jeder Sozialdemokrat gleichbedeutend mit Reichs- und Vaterlandsfeind.

Und bei dem Festmahl des Brandenburgischen Provinziallandtags am 5. März 1890 sprach Er die berühmten Worte: „Ich gedenke nach Kräften mit meinem Pfunde so zu wirtschaften, daß Ich noch manches andre hoffentlich werde dazulegen können. Diejenigen, die Mir dabei behilflich sein wollen, sind Mir von Herzen willkommen. Diejenigen, welche sich Mir bei dieser Arbeit entgegenstellen, zerschmettere ich."

Mit dem „Zerschmettern" ist's ja nun nichts mehr, aber das Wirtschaften versteht er noch aus dem ff. Und wenn nicht alle Deutschen auf der Hut sind, schafft er's sogar und ergattert sich aus der Not des Volkes noch einen ungeheuern Reichtum. Da noch immer seine Liebediener am Werke sind, heißt es aufmerken und werben für das Volksbegehren. —

Eintragungsliste

für ein Volksbegehren nach § 1 Nr. 3 des Gesetzes über den Volksentscheid.

Die unterzeichneten Eintragungsberechtigten begehren, daß dem Reichstage folgender Gesetzentwurf unterbreitet werde:

Entwurf eines Gesetzes über Enteignung der Fürstenvermögen.

Der Reichstag hat auf Volksbegehren das folgende Gesetz beschlossen, die mit Zustimmung des Reichsrats hiermit verkündet wird.

Auf Grund des Artikels 153 der Reichsverfassung wird bestimmt:

Artikel I.

Das gesamte Vermögen der Fürsten, die bis zur Staatsumwälzung im Jahre 1918 in einem der deutschen Länder regiert haben, sowie das gesamte Vermögen der Fürstenhäuser, ihrer Familien und Familienangehörigen werden zum Wohle der Allgemeinheit ohne Entschädigung enteignet.

Das enteignete Vermögen wird Eigentum des Landes, in dem das betreffende Fürstenhaus bis zu seiner Absetzung oder Abdankung regiert hat.

Artikel II.

Das enteignete Vermögen wird verwendet zugunsten:

a) der Erwerbslosen,
b) der Kriegsbeschädigten und Kriegerhinterbliebenen,
c) der Sozial- und Kleinrentner,
d) der bedürftigen Opfer der Inflation,
e) der Landarbeiter, Kleinpächter, und Kleinbauern durch Schaffung von Siedlungsland auf dem enteigneten Landbesitz.

Die Schlösser, Wohnhäuser und sonstigen Gebäude werden für allgemeine Wohlfahrts-, Kultur- und Erziehungszwecke, insbesondere zur Errichtung von Genesungs- und Versorgungsheimen für Kriegsbeschädigte, Kriegerhinterbliebene, Sozial- und Kleinrentner sowie von Kinderheimen und Erziehungsanstalten verwendet.

Artikel III.

Alle Verfügungen — einschließlich der hypothekarischen Belastungen und Eintragungen —, die mit Bezug auf die nach diesem Gesetz enteigneten Vermögen oder ihre Bestandteile nach dem 1. November 1918 durch Urteil, Vergleich, Vertrag oder auf sonstige Weise getroffen wurden, sind nichtig.

Artikel IV.

Die Ausführungsbestimmungen zu diesem Gesetz werden durch ein Reichsgesetz festgelegt, das innerhalb 3 Monaten nach amtlicher Feststellung des Abstimmungsergebnisses zu erlassen ist. Dieses Reichsgesetz hat insbesondere die näheren Bestimmungen zur Ausführung des Artikels II dieses Gesetzes über die Verwendung der enteigneten Fürstenvermögen durch die Länder zu treffen.

Kreis oder Amtsbezirk: _____

Gemeinde: _____

Lfde. Nr.	Zuname (bei verheirateten od. verheiratet gewesenen Frauen auch Geburtsname)	Vorname	Stand, Beruf oder Gewerbe	Wohnung	Bemerkungen
1	Müller	Richard	Schlosser	Straßstr. 98	
2	Maria	Klein	Plätterin	Petersburg 34	
3	Kern	Otto	Kaufmann	Berliner 98	
4	König	Karl	Voz-Bankier	Jüterbogkstr. 32	
5	Sommer	Matilde	Kriegerwitwe	Grünberg 8	
6	Schmidt	Emil	Schlosser	Forbolstr. 116	
7					
8					
9					
10					
11					
12					

Ein Stammtischbruder!

In solche Einzeichnungsliste müssen sich alle Wahlberechtigten bis zum 17. März eintragen. Jeder muß dafür sorgen, daß seine Bekannten und seine Nachbarn dort hingehen, wo die Einzeichnungslisten für das Volksbegehren ausliegen, und sich dann einzeichnen.

Die Agitation für das Volksbegehren muß vor allem eine persönliche sein. Deshalb muß immer wieder auf die Notwendigkeit der Einzeichnung von Mund zu Mund hingewiesen werden.

Wochentags nur nachmittags von 2 bis 8 Uhr, Sonntag nur vormittags von 9 bis 2 Uhr.

Nachrichten aus der Provinz.

Kreis Wanzleben.

Zusatzrenten für Kriegshinterbliebene.

Die Auszahlung der Zusatzrenten für Kriegerhinterbliebene für März findet statt in

Groß-Ottersleben am Montag den 15. März, vormittags von 9 bis 12 Uhr bei Neuberg.

Wanzleben am Dienstag den 16. März, vormittags von 9 bis 12 Uhr im Landratsamt. Kreiswohlfahrtsamt.

*

Diesdorf. Auf zur Versammlung! Jeder, der nicht will, daß den ehemaligen Fürsten Milliardenwerte zugeschanzt werden, muß am Freitag abend bei Albert Thiele zu einer öffentlichen Protestversammlung erscheinen. Auch diejenigen, denen es noch nicht klar ist, weshalb sie das Volksbegehren auf entschädigungslose Enteignung der Fürsten unterstützen müssen, dürfen nicht versäumen, diese Versammlung zu besuchen. Sollten außerdem Leute in unserm Orte vorhanden sein, die eine Volksausplünderung durch die Fürsten gutheißen, wäre ihnen der Besuch dieser Versammlung dringend anzuraten. —

Groß-Ottersleben. Ein Frauenwelt-Abend findet am Sonntag, abends 7 Uhr, bei Görn statt. Die Männer beteiligen sich am Nachmittag an der Demonstration, die Frauen nehmen an dem Frauenwelt-Abend teil. Reichstagsabg. Genossin Arning spricht in der Frauenveranstaltung. Außerdem ist für eine gute Tasse Kaffee Sorge getragen. — Eine große Demonstration gegen die Fürstenhabgier findet am Sonntag nachmittag 3 Uhr statt. Alle Einwohner, die gegen die Fürstenabfindung sind und wollen, daß die Mittel für Hilfsbedürftige Verwendung finden sollen, müssen an dieser Demonstration teilnehmen. —

Etgersleben. Schulentlassungsfeier. Am Sonntag den 14. März, abends 8 Uhr, wird die Arbeiterjugend des Werbebezirks Egeln im Klockmannschen Saal eine Schulentlassungsfeier veranstalten. Arbeiteretern, euch allen wird sich schon die Frage aufgedrängt haben, was wird mit unsern Kindern, wenn sie die Schule verlassen haben? Wer unterstützt uns, damit sie aufrechte Menschen werden? Da tritt nun die Sozialdemokratische Arbeiterjugend auf, um in Musik, Liedern, Volkstanz, Reigen, Rezitationen und Schattenspielen zu zeigen: Das sind, das tun und das wollen wir. Laßt den Ruf der Jugend nicht ungehört verhallen und bringt eure Kinder mit. —

Egeln. Oeffentliche Versammlung am Sonnabend den 13. März, abends 8 Uhr, im Gesellschaftshaus (Teute). Reichsbannersekretär Wiegner (Magdeburg) spricht über die Fürstenenteignung. Pflicht eines jeden Genossen ist es, rege für diese Versammlung zu agitieren. —

Westeregeln. Die Eintragungen für das Volksbegehren zur Fürstenenteignung nehmen einen guten Fortgang. Alle Freunde der Sache des Volkes müssen die Zeit bis zum 17. März noch tüchtig ausnutzen, um die Indifferenten aufzuklären und die Lauen und Zaghaften aufzurütteln und an ihre Pflicht zur Eintragung erinnern. Am Freitag den 12. März, abends 8 Uhr, spricht Gausekretär Ernst Wille (Magdeburg) bei Willi Drewes über Volksnot und Fürstenenteignung. Unsre Anhänger werden ersucht, für guten Besuch dieser Versammlung Sorge zu tragen. —

Kreis Jerichow 1 und 2.

Gommern. Stadtverordneten-Sitzung. Alle Stadtverordneten waren zur Stelle; auch einige Zuhörer hatten sich eingefunden. Leider ist der Sitzungsraum zu klein, so daß nur wenige Einwohner Platz haben. Dieser Uebelstand bedarf dringend der Abänderung. Der stellvertretende Vorsteher Brandt gedachte mit ehrenden Worten des so plötzlich verstorbenen Stadtverordneten-Vorstehers, Genossen Hermann Köppe, und führte aus, daß der Verstorbene in den 7 Jahren seiner Tätigkeit als Vorsteher die Geschäfte mit Umsicht und Geschick geleitet und überall sein reges Interesse für die Verhältnisse unsrer Stadt bewiesen habe. Sein frühzeitiges Hinscheiden bedeutet für die Stadt einen schmerzlichen Verlust. Ein dauerndes, dankbares Andenken ist ihm sicher. Die Versammlung erhob sich von den Plätzen. Hierauf gab der stellvertretende Vorsteher Brandt den Geschäftsbericht vom vergangenen Jahre. Eine Unterlassungssünde der bürgerlichen Stadtväter ist wieder gutgemacht, indem sämtliche Beamte der Stadt in die Ruhegehaltskasse übernommen sind, was für die Steuerzahler eine gewaltige Entlastung bedeutet. Auch die neuzeitliche Einrichtung der Stadtsparkasse ist für die Stadt und die gesamte Wirtschaft ein bedeutender Fortschritt. Die Organisierung der Polizeiverwaltung durch den Magistrat ist besonders zu begrüßen. Lähmend wirkten die Steuerzuschläge besonders für Hausbesitzer und Mieter. Diese Maßnahme war aber nicht zu umgehen, um den Etat nicht aus dem Gleichgewicht zu bringen. Auch das neue Jahr hat mit einer schweren wirtschaftlichen Krise und großer Arbeitslosigkeit in unsrer Stadt begonnen. Zur Linderung der Not sind Notstandsarbeiten in Angriff genommen und weitere werden folgen. Dann wurde die Einführung der Stadtverordneten Genossen Fritz Ebel, Johann Schellwig und des Schuhmachermeisters Krüger (Ordnungsblock) durch Bürgermeister, Genossen Lerche vorgenommen. Die Wahl des Vorstandes hatte folgendes Ergebnis: Stadtverordneten-Vorsteher wurde Genosse Hensel mit 8 Stimmen gegen 6 Stimmen, die für den Stadtv. Struhl (Ordnungsblock) abgegeben wurden. Stellvertreter wurde Stadtv. Brandt (unparteiisch) mit 8 Stimmen; erster Schriftführer Genosse Franke mit 8 Stimmen, Stellvertreter Stadtv. Erfurt (Komm.) mit 11 Stimmen. Dann folgte die Wahl der Kommissionen und Deputationen. In die Wohlfahrtsdeputation wurden die Stadtv. Schellwig (Soz.) und Krüger (Bürgerblock) und aus der Bürgerschaft Genosse Albert Sterzinski, Ernst Schulze und Rektor a. D. Helmstedt (bürgerl.) gewählt. Der Acker- und Wegedeputation gehören an die Stadtvv. Köpenack (Soz.) und Struhl (bürgerl.), aus der Bürgerschaft Hagendorf und Landwirt Panicke. In die Finanzkommission wurden gewählt Köpenack (Soz.) und Döring (bürgerl.). Der Deputation für die Kinderbewahranstalt gehören an die Stadtvv. Ebel (Soz.) und Bosse (bürgerl.); aus der Bürgerschaft Genossin Emma Brandt und Rektor Häbner. Der Kaufpreis für das städtische Siedlungsgelände am Rauheinerhospital wurde auf 0,50 Mark pro Quadratmeter festgesetzt. Eine Ausnahme (0,35 Mark) wurde wegen des hügeligen Geländes bei einer Parzelle gemacht. Einem Geländeaustausch mit der Firma Baugeschäft Strubl Nachfolger (Inhaber Robert Riemann) wurde zugestimmt. Der Ausbau der Volksschule wurde dadurch gefördert, daß die Mittelschule abgelehnt wurde und die bisher versuchsweise eingerichteten gehobenen Klassen bestehen bleiben. Der Beigeordnete Genosse Kuhn legte in übergangender Weise den Standpunkt des Magistrats in dieser Sache dar. Die Erhaltung der Mittelschule würde den städtischen Etat mit mindestens 25 000 Mark jährlich belasten. Einstimmig wurde der Beschluß gefaßt, die gehobenen Klassen bestehen zu lassen. Große Bestürzung beim Ordnungsblock erregte der Antrag unsrer Fraktion, daß als Antwort auf die unerhörten Verunglimpfungen des Lamprecht-Blattes gegen sozialistische Stadtverordnete und wegen des Artikels „Die Quasselbude" dem Verlag von der Stadt sämtliche Druck- und sonstige Aufträge entzogen werden sollen und daß dem Lamprecht-Blatt die Bezeichnung „Amtliches Publikationsorgan der Stadt Gommern" untersagt wird. Da die bürgerlichen Stadtverordneten versprachen, auf den Verleger des „Gommerner Anzeigers" einzuwirken, daß diese unerhörten Angriffe unterbleiben, nahm man von sozialdemokratischer Seite davon Abstand, den Antrag zur Abstimmung zu bringen und überwies ihn dem Magistrat. Die Kommunisten hatten einen Antrag eingebracht auf Vornahme einer Wahl zum Beirat des Strafgefängnisses, da im Strafgefängnis Zustände herrschen sollen, die unbedingt eine Aenderung erfahren müssen; der Tod des Arbeiters Müller durch Erhängen sei aus den schlechten Verhältnissen im Gefängnis zu erklären. Auch der Stadtv. Brandt bestätigte, daß der Arbeiter Müller sich wegen der Zustände im Strafgefängnis erhängt hätte. Der Vorsteher, Genosse Hensel, erklärte, daß trotzdem dieser Antrag in der Sitzung nicht erledigt werden könnte, da die Zuständigkeit nicht gegeben sei. Auch wegen Unterstützungsanträge wies Vorsteher Hensel darauf hin, daß die Kommunistische Partei sich auf Grund der Fürsorgepflichtverordnung an den Bezirksfürsorgeverband in Burg wenden müsse. Die Einrichtung eines Polizeigefängnisses wurde in geheimer Sitzung beraten, die Kostenanschläge wurden besprochen und die Einrichtung selbst beschlossen, da auch gleichzeitig eine Wohnung und ein Obdachheim für wandernde Erwerbslose damit geschaffen werden soll. —

Gommern. Die Volksversammlung der Partei war nicht so besucht, wie es bei der wichtigen Angelegenheit der Fürstenenteignung nötig gewesen wäre. In sehr eindrucksvollen Worten sprach die Reichstagsabgeordnete Genossin Arning über das Volksbegehren und die Fürstenenteignung. In der Aussprache gaben die Genossen W. Enderling und August Kühn Aufklärung über das Verfahren beim Volksbegehren, und Genosse Wenzel ermahnte nochmals alle Anwesenden, sich mit aller Kraft für die Einzeichnung einzusetzen und sich nicht nach den irreführenden Behauptungen bürgerlicher Zeitungen zu richten, sondern bei Bekannten und Verwandten sowie auf der Arbeitsstelle dafür zu sorgen, daß sich alle im Rathaus einzeichnen. — Die öffentlichen Konzerte der Reichsbannerkapelle des Sonntags werden von der republikanischen Einwohnerschaft mit großer Freude begrüßt. Besonders gefiel das am Sonntag auf dem Viktoriaplatz gegebene Konzert. — Die Werbeveranstaltungen der Konsum- und Spargenossenschaft für Gommern, Leitzkau und Loburg in Form von Familienabenden haben schon jetzt gute Früchte getragen. In der letzten Verwaltungssitzung konnte festgestellt werden, daß sich täglich neue Mitglieder anmelden und daß frühere Mitglieder, die während der Inflation der Genossenschaft den Rücken gekehrt hatten, nunmehr ihre Einkäufe wieder in der Genossenschaft tätigen. Der Umsatz hat im Laufe der letzten Wochen bedeutend zugenommen. Alle Genossenschaftler, und besonders die Frauen, müssen dauernd für die Genossenschaft werben. — Der Tanzabend, den der Ortsausschuß für Jugendpflege am Sonnabend veranstaltete mit der Tanzgruppe Alse Berthold Barzuski (Leipzig) war von allen Kreisen der Bevölkerung besucht. Die Volkstänze der Jugend fanden großen Beifall. Für die Jugend muß die Losung sein: Hinein in die sporttreibenden Jugend- und Sportvereine! Eltern, unterstützt diese Vereine! —

Plötzky. Eine Versammlung der Ziegeleiarbeiter nahm zu der Lage in den Ziegeleien Stellung. In den Ziegeleien ist kein Stein vorhanden, die Arbeitgeber aber tragen sich doch mit dem Gedanken, Verschlechterungen durchzuführen. Die Kündigung der gesamten Arbeiterschaft soll zum 31. März erfolgen, dann soll jedem Arbeiter ein Revers vorgelegt werden, wonach er zu unterschreiben hat, daß er zur Behebung der Notlage der Ziegeleibesitzer auf Urlaub usw. verzichtet, dafür wird dann dem Arbeiter freigestellt, so lange zu arbeiten, wie es ihm gefällt. Es wurde beschlossen, sich den Anweisungen der Arbeitgeber nicht zu fügen, sondern dafür Sorge zu tragen, daß sich alles organisiert. Wenn die Arbeitgeber glauben, ihr Spiel in diesem Jahre wiederholen zu können, so dürften sie dabei eine Enttäuschung erleben. Die Vorgänge haben gezeigt, daß die Arbeitgeber in den Ziegeleien zum übergroßen Teil die neue Zeit nicht verstehen und danach wird die Arbeiterschaft sich einrichten. Zum Schluß wies Harke noch auf das Volksbegehren hin. Die Befürchtung, daß uns durch die Enteignung der Fürsten Abbruch dadurch getan wird, daß sie Arbeit in Ziegeleien suchen, liegt nicht vor. Mit einem Hinweis, lebhaft für die Presse der Republik zu werben, wurde die gut verlaufene Versammlung geschlossen. —

Genthin. Oeffentliche Versammlung am Sonnabend abend 8 Uhr im „Konzerthaus" bei Gebhardt. Genosse Wille (Magdeburg), Gausekretär des Reichsbanners, spricht über die Fürstenenteignung. —

Stadtkreis Burg.

Gewerbliche Berufsschule. Am Sonntag den 14. März veranstaltet die gewerbliche Berufsschule eine Ausstellung von Schülerarbeiten des Metall- und Baugewerbes im Gebäude der Berufsschule an der Zerbster Promenade. Die Ausstellung ist geöffnet von vormittags 9 Uhr bis nachmittags 5 Uhr. Sie soll die Besucher bekanntmachen mit der neuzeitlichen Arbeitsweise der Berufsschule. Es werden gewiß viele sein, die darüber etwas sehen und hören wollen. Ein Besuch der Ausstellung ist darum allen Lehrmeistern, Eltern sowie Freunden und auch Gegnern der Berufsschule zu empfehlen. —

Verein der Schrebergärtner. Freitag abend 8 Uhr Mitgliederversammlung im Lokal zur guten Quelle, Kolonie 19. —

Sämtliche Parteiliteratur sowie passende Geschenke zur Jugendweihe und Konfirmation sind zu beziehen durch unsern Kolporteur Genossen O. Biegelsky, Pulverstraße 10. Dort sind auch Glückwunschkarten zur Jugendweihe und Konfirmation zu haben. —

Kreis Wolmirstedt-Neuhaldensleben.

Groß-Ammensleben. Die Gemeindevertreter-Sitzung beschäftigte sich mit dem Ausheben der Gräben der Ochsenwinkelwiesen, das als Notstandsarbeit von den Erwerbslosen verrichtet werden soll. Das Meter soll mit 35 Pfg. vergütet werden. Der Gemeindevorsteher wurde beauftragt, vorstellig zu werden beim Regierungspräsidenten, wegen Reinigung der Kreisstraße innerhalb des Ortes. Der Vorsteher macht den Vorschlag, die Gemeinde möge sich dem Preußischen Landgemeindeverband anschließen. Beschlußfassung wurde einstweilen zurückgestellt. Der Kupferschmiedemeister W. Zink soll beauftragt werden, in kurzer Zeit den Grund und Boden der Gemeinde wiederherzustellen. Genosse Rothjahn bemängelt, daß die Bekanntmachung zum Volksbegehren nur ausgehängt und nicht ausgeklingelt worden sei. Rothjahn erinnerte auch an den Trauergedenktag der Gefallenen und den Todestag des ersten Reichspräsidenten. Unser Gemeindebureau hätte die Pflicht gehabt, die Reichsfarben zu zeigen. Er bekam zur Antwort, daß man eine Fahne deshalb nicht gehißt habe, weil man keinem zu Liebe und keinem zu Leide sein wolle. In Zukunft aber werde man anders verfahren. —

Kreis Calbe.

Barby. Volksbegehren. Bis Montag abend hatten sich 1036 Personen in die Listen eingetragen. Bei etwas über 3000 Wahlberechtigten können wir mit diesem Teilergebnis schon recht zufrieden sein; denn unser Anteil an dem Gesamtaufkommen ist damit um das Dreifache schon überschritten. Trotzdem darf es keinen Stillstand geben. Genossen, tut eure Pflicht, werbt von Haus zu Haus, von Mund zu Mund weiter für die Eintragung zum Volksbegehren. Die Listen liegen täglich von 2 bis 8 Uhr in der Polizeiwache aus und das Eintragen ist mit keinerlei Kosten verbunden. — Versammlung. Am Sonntag nachmittag um 3 Uhr wird im „Rautenkranz" Genosse Landtagsabgeordneter Wittmaack (Magdeburg) zum Volksbegehren sprechen. Die gesamte Einwohnerschaft ist zu dieser Aufklärungsveranstaltung unsrer Partei eingeladen; wir ersuchen vor allem auch diejenigen Leute, die da Angst haben, daß der „arme" Kaiser verhungern könnte, in unsre Versammlung zu kommen. — Rentenempfängerversammlung. Die Ortsgruppe des Zentralverbandes der Arbeiterinvaliden hielt eine Mitgliederversammlung ab. Auch die Blinden waren anwesend. Wolter (Magdeburg) sprach zu den Veteranen der Arbeit und behandelte eingehend das Blindenwesen und die Blindenanstalten. Käse gab einen Bericht über die Kreiskonferenz in Schönebeck. — Auf dem Jahrmarkt. Ein Einwohner, der Schweine kaufen wollte, verlor 80 Mark. Ein Schüler von außerhalb wurde beim Stehlen in einer Zuckerbude ertappt. — Kultur- und Lehrfilm. Für hiesige und auswärtige Schulen wurde am Dienstag der Kultur- und Lehrfilm „Quer durch die Wüste Sahara" gegeben. —

Calbe. Mieterverein. In der Generalversammlung wurde der alte Vorstand einstimmig wiedergewählt und neun Mitglieder aufgenommen. Vom Vorsitzenden wurden interessante Mitteilungen über die Wohnungsnot und das Wohnungsgesetz gemacht. Es zeigte sich deutlich, wohin es führen würde, wenn die Wohnungsschutzgesetze fallen sollten. Er kritisierte besonders scharf die Lauheit der Mieter in Calbe, die trotz der großen Not in der sie sich befinden, nicht wissen, wohin sie gehören. Nur in Masse bringt die Kraft: Darum, Mieter, hinein in den Mieterschutzverband. — Die Polizei macht darauf aufmerksam, daß das unbefugte Abreißen von Plakaten an den Anschlagstafeln als Sachbeschädigung anzusehen ist und mit Gefängnis bis zu 2 Jahren bestraft werden kann. — Die Ortssatzungen für das demnächst hier in Tätigkeit tretende Kaufmanns- und Gewerbegericht liegen zur Kenntnisnahme im Rathaus, Zimmer 7, aus. — Reichszentrale für Heimatdienst. Am Freitag den 12. März, abends 8 Uhr, findet in der Aula der Realschule ein Staatsbürgerlicher Bildungstag statt. Vortrag des Dr. Schwanecke: „Die deutsche Außenpolitik von Bismarck bis zum Weltkrieg", sowie Pfarrers a. D. Buchholz: „Sozialpolitik und soziale Verantwortung". — Hilfe in der Not. Der Konsumverein hat sich entschlossen, den Erwerbslosen und Ausgesteuerten der Orte, an denen er Verteilungsstellen unterhält, (Calbe, Förderstedt, Atzendorf, Eickendorf, Barby, Nellnitz, Groß-Mühlingen und Brumby), in den kommenden Wochen zu helfen. In dieser Woche ist für jeden verheirateten Erwerbslosen und Ausgesteuerten vorgesehen: ein Brot und eine Büchse Wurst oder Fleisch. Auskunft erteilen die Arbeitsnachweise. Es sollte sich also jeder Genosse und jede Genossin zur Pflicht machen, die eignen Geschäfte zu unterstützen, daß öfter und reichlicher geholfen werden kann. — Volksentscheid. In den Einzeichnungslisten für das Volksbegehren sind bis jetzt 1400 Eintragungen erfolgt. Parteigenossen nutzt die Zeit aus. Agitiert von Mund zu Mund bei jeder Gelegenheit, die sich bietet. Auch der Deutsche Bauernbund hat in seiner letzten Versammlung seine Mitglieder darauf hingewiesen, sich in die Listen einzutragen, obwohl diese Mitglieder zum größten Teile der Volkspartei nahestehen. —

Eickendorf. In der hiesigen Postagentur, die doch der deutschen Republik gehört, prangt an der Innenseite der Tür zum Abfertigungsraum ein Werbeplakat für einen evangelischen Elternabend. Es dürfte doch wohl kein Geheimnis mehr sein, daß die evangelische Kirche, vor allem in unserm Orte, genug bewiesen hat, daß sie nationalistisch eingestellt ist und ihre Vertreter sich vollständig im Schlepptau der Deutschnationalen befinden. Was wäre wohl mit einem Beamten zu Wilhelms Zeiten passiert, wenn er in einen Dienstraum ein Werbeplakat für eine sozialdemokratische Versammlung aufgehängt hätte? Die Arbeiterschaft wird gebeten, von den Veranstaltungen der Kirche fernzubleiben und ihre Kinder zur Arbeiterjugend oder in die Arbeitersportvereine zu schicken. —

Felgeleben. Die Beteiligung unsrer Republikaner an der Massendemonstration in Schönebeck war gut. Sturm und Regen vermochten nicht der Kampfesstimmung Abbruch zu tun. Die Einzeichnungsziffer hatte bereits am Dienstag das 3. Hundert begonnen. Das Resultat muß noch viel besser werden. Verschiebe nicht die Einzeichnung auf Sonntag und auf die letzten Tage der Einzeichnungsfrist; wer irgend kann, muß jetzt schon gehen. Heute (Donnerstag) abend 8 Uhr werden alle Genossen und Republikaner mit ihren Frauen zu einem geselligen Beisammensein bei Kersten eingeladen. Erwartet wird, daß auch die Freunde des Gesangs vertreten sind und mit ihrem Können aufwarten. —

Frohse. Oeffentliche Versammlung am Donnerstag abend 8 Uhr in der „Grünen Tanne". Gen. Kunzeman (Magdeburg) hält einen Vortrag über die Abwehr des Raubzuges der Fürsten durch den Volksentscheid. Genossen, sorgt für guten Besuch, damit recht viele Wähler Aufklärung bekommen. Die Listen zum Einzeichnen liegen im Rathause in den Dienststunden von 8 bis 4 Uhr, am Dienstag und Freitag bis 7 Uhr und am Sonntag von 10 bis 12 Uhr aus. —

Glöthe. Eine machtvolle Kundgebung gegen die Fürstenabfindung fand in unserm Orte statt. Der Demonstrationszug zählte über 300 Mann. Im Anschluß hieran sprach Reichstagsabgeordneter Genosse Ferl (Magdeburg) in überfüllten Saale für die Fürstenenteignung. Seine treffenden Ausführungen fanden großen Beifall. Mit einem Appell an die Versammelten sich alle in die Listen einzuzeichnen und mit einem Hoch auf die Republik schloß der Redner seine Ausführungen. Gegner meldeten sich nicht zum Wort. —

Schönebeck. Gestern nachmittag gegen 3 Uhr ertönten die Feuersirenen. Es brannte aber nur eine Hofkuhle bei dem Buchhändler Rohde, Breiter Weg. Der Brand wurde auf seinen Herd beschränkt und gelöscht. — Weil sie ein Verkehrshindernis war, wurde die Plakatsäule in der Böttcherstraße niedergerissen. Sie wird etwa 30 Meter weiter wieder aufgebaut. — Auszahlung der Kleinrentnerunterstützung am Freitag den 12. März 1926, nachmittags 1 bis 2 Uhr, im Stadthaus. —

Schönebeck. Einen anregenden Verlauf nahm eine vom Fabrikarbeiterverband einberufene Versammlung. Einleitend wurden die Ursachen der Krise besprochen und es kamen dabei Fälle zur Sprache, wo Betriebe angeblich kein Material bekommen können, trotzdem wird in den liefernden Betrieben Kurzarbeit verrichtet. Auch in der chemischen Industrie mehren sich die Anzeichen, daß man eine künstliche Fortsetzung der Krise wünscht. Die Hauptursache scheint bei allen Industrien der Lohnabbau zu sein, die geistige Armut der deutschen Arbeitgeberkreise tritt dabei zutage, nur durch Druck auf die Arbeiter und Angestellten glaubt man das Wirtschaftsleben wieder in Gang zu setzen. Die rege Aussprache über die Krise zeigte, daß die Mitglieder nicht gewillt sind, alles in Kauf zu nehmen, sondern daß der Wille zu Abwehr und Angriff vorhanden ist. Bei der Aussprache über die Extrabeiträge wurde die Notwendigkeit eines Sonderbeitrages anerkannt und beschlossen, daß jedes Mitglied seine Pflicht erfüllt. Den noch nicht wieder eingestellten Kollegen in der Saline soll dadurch eine Sonderunterstützung gewährt werden. Bei der Erörterung des Salinenstreiks kam der Wunsch zum Ausdruck, daß unbedingt die Oeffentlichkeit mehr unterrichtet werden soll über Vorgänge, die sich nach dem Streik ereigneten. Nach Erledigung einiger Anfragen wurde die gut verlaufene Versammlung geschlossen. —

Staßfurt. Hoffmanns „Rote Sänger", noch in bester Erinnerung von ihrem ersten Auftreten, spielen wieder am Sonnabend abend 8 Uhr im „Hofjäger". Sie kommen in dieser Zeit wie gerufen. Darum besucht die Vorstellung. — Nun auch der Fall Linnemann! Die Entfernung Rohrlich und Henes aus der Leitung der Interessengemeinschaft Anhaltische Salzwerk-Concordia-Staßfurter chemische Fabrik hat auch Linnemann zu Fall gebracht. Nach dem Ausscheiden von Rohrlich und Hene war Generaldirektor Linnemann von der Concordia alleiniger Leiter der Interessengemeinschaft. Nun ist auch er ausgeschieden, nicht gegangen, nicht verabschiedet, sondern „abbe

(Fortsetzung des redaktionellen Teiles nächste Seite.)

Fay's echte Sodener Pastillen gegen Husten Heiserkeit Verschleimung

Magdeburger Angelegenheiten.

Magdeburg, den 11. März 1926.

Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold.

Zur Reichsbannerkundgebung zum Volksbegehren haben die Abteilungen Neue und Alte Neustadt vereinbart, gemeinschaftlich am Freitag abend in Neue Neustadt und am Sonnabend in Alte Neustadt den Umzug zu veranstalten. Die Abteilungen treten am Freitag abend an:

Neue Neustadt, Wintergarten, 6.45 Uhr,
Alte Neustadt, Sieverstorplatz, 6.30 Uhr,

Am Sonnabend treten die Abteilungen an:

Alte Neustadt, Vereinslokal, 6.30 Uhr,
Neue Neustadt, Wintergarten, 6 Uhr.

Die Abteilungen Fermersleben und Südost sind ebenfalls zusammengelegt und stehen beide Abteilungen in ihrer gesamten Stärke Sonnabend, 7.15 Uhr, bei R. Wolf (Salbke).

Am Sonntag 9.15 Uhr an derselben Stelle Antreten zur Kundgebung.

Die Kameraden der andern Abteilungen treten am Sonnabend an:

Altstadt, Fleischmarkt, 6 Uhr,
Spielleute, Fleischmarkt, 5.45 Uhr,
Wilhelmstadt, Körnerplatz, 7 Uhr,
Sudenburg, Lemsdorfer Weg, 6 Uhr,
Sudenburg II, Sammelplatz, 7 Uhr,
Buckau, Straßenbahndepot, 7 Uhr,
Friedrichstadt-Werder, „Schwarzer Adler", 8 Uhr,
Anger, Grasemann, 7.30 Uhr.

Am Freitag den 12. treten die Kameraden der Abteilung Friedrichstadt-Werder und Anger 7.30 Uhr zu der Kundgebung in Cracau am „Schwarzen Adler" an. Abteilung Cracau Freitag 8 Uhr, „Elbgarten".

Die Beteiligung aller Kameraden wird erwartet.

Der Vorstand.

Wir bekommen ja doch nichts!

„Wo willst Du denn hin, Liese?"

„Ich will mich in die Liste für das Volksbegehren eintragen. Hast Du Dich schon eingezeichnet, Lotte?"

„Nein, das hat ja doch keinen Zweck!"

„Dann willst Du also, daß die Fürsten, die doch die Hauptschuld tragen an unsrer Not und unserm Elend, als Belohnung dafür, daß sie uns jahrelang belogen und betrogen haben, noch 2½ Milliarden an Gold und Goldwert erhalten?"

„Das ist doch ganz gleich, ob die Fürsten es erhalten oder nicht. Wir bekommen ja doch nichts davon!"

„Nein, Lotte, wir beide bekommen nichts davon. Aber Dein Mann, der schon so lange erwerbslos ist, und Dein Bruder, der als Krüppel aus dem Kriege heimkehrte, und Deine Eltern, die in der Inflationszeit das bißchen Geld verloren haben, das sie sich in ihrem langen arbeitsreichen Leben mühsam erspart hatten — sie alle sollen etwas davon bekommen. Und sie haben es doch wohl redlicher verdient als die Fürsten, die selbst in der größten Notzeit des Krieges niemals Hunger und Sorgen gekannt haben, oder als der Kaiser, in dessen überfüllten Kellern die Lebensmittel verdarben, während „sein Volk" verhungerte! Und glaubst Du etwa, daß die Hunderte von Millionen, die die Fürsten in bar haben wollen, schon irgendwo auf der Bank bereitliegen? Das müssen wir alle bezahlen! Das wird von unsern Steuergroschen und Abgaben genommen!"

„Daran habe ich noch gar nicht gedacht!"

„Schlimm genug! Und dann alle die Schlösser, Wohnhäuser, Landgüter, Wälder, die von ihren Vorfahren zusammengeraubt — dem Volke geraubt worden sind!"

„Na, siehst Du, Liese, davon haben wir doch sowieso nichts!"

„So, meinst Du? Ich glaube, es könnte manchem Landarbeiter, Kleinbauern oder Kleinpächter geholfen werden, wenn man ihnen aus dem Landbesitz der Fürsten Siedlungsland geben würde. — Und wenn die Wälder dem Staate gehören, so können wir uns Sonntags in ihnen erholen und erfreuen. Gehören sie aber den Fürsten, dann wird es wieder, wie es früher meist war — da steht dann überall „Verbotener Weg!"

„Oder die Wälder werden ganz umzäunt, wie in meiner Heimat, wo die Wälder dem Fürsten K. gehören!"

„Siehst Du! Und denk einmal an Deinen Jungen, der immer so blaß und elend aussieht! Wie gut wäre es für ihn, wenn er einige Wochen sich auf so einem Schloß erholen könnte. Denn aus den Schlössern der Fürsten wollen wir Kinder- und Genesungsheime machen für unsre Kranken und Erholungsbedürftigen!

„Ich sehe schon Liese, Du hast recht: Es darf uns nicht gleichgültig sein, ob die Wälder und Güter und Schlösser dem Volke oder den Fürsten gehören."

„Und dann, Lotte, was hast Du für Deine 2000 Mark Kriegsanleihe, die Du gezeichnet hast, erhalten? Nichts! Vielleicht bekommst Du in 10 oder 20 Jahren einmal 125 Mark dafür! Für uns ist kein Geld da, aber die Fürsten sollen Millionen — Hunderte von Millionen! — erhalten! Sollen Werte erhalten, die nicht ihnen, sondern dem Volke gehört haben! Ist das gerecht?"

„Nein, Liese, das darf nicht sein! Schreibe mich nur gleich mit in die Liste ein!"

„Das geht leider nicht, Lotte. Da muß jeder selbst hingehen und seinen Namen eintragen. Aber hole Du nur schnell Deinen Wohnungsschein oder einen andern Ausweis und komm gleich mit!"

„Aber ich habe so wenig Zeit! und auf eine Stimme kommt es ja auch nicht an!"

„Doch, Lotte! Auf jede Stimme kommt es an. 4 Millionen Stimmen müssen wir aufbringen!"

„Und dann bleiben die 2½ Milliarden dem Volke?"

„Nein, dann wird erst die Regierung gezwungen, einen Volksentscheid darüber herbeizuführen."

„Ach, ist das umständlich! Dann müssen wir also noch einmal abstimmen?"

„Ja, das kommt daher, weil die Regierung nicht von sich aus für die Interessen des Volkes eintritt. Weil alle bürgerlichen Parteien für die Abfindung der Fürsten sind! Hätten die deutschen Männer und besonders die deutschen Frauen bei der letzten Reichstagswahl anders, besser gewählt, dann wäre diese ganze Geschichte mit dem Volksbegehren und Volksentscheid nicht nötig geworden!"

„Ich werde es mir merken, Liese! Das nächste Mal wähle ich nicht wieder bürgerlich! Und nun wart' einen Augenblick! Ich komme gleich mit! Wir wollen nicht noch einmal die Betrogenen sein!" —

Volk entscheide.

Volk entscheide — mach zuschanden
der Fürsten Gier, nach deutschen Landen.
Laß nicht alles dir entringen.
Im Volksbegehren,
kannst du s wehren,
dir Gerechtigkeit erzwingen.

Wend richtig an, dein heilig Recht,
als freier Mensch und nicht als Knecht
und laß dich dabei leiten
von deiner Not,
dem Kampf ums Brot
und der Fürsten Vergangenheiten.

— und bedenke: während Invaliden
und Arbeitslosen, die Not beschieden,
schwelgt die fürstliche Meute
auf prunkvollen Festen,
mit schmarotzenden Gästen
von der schon erpreßten Beute.

— und verlangen mehr, die Unverschämten,
von dir, du Volk, der Armen und Vergrämten
wollen Milliarden sie erpressen.
Außer für sich,
ihrem hochheiligen Ich,
auch den Huren und Mätressen.

Drum Volk entscheide — mach zuschanden
der Fürsten Gier, nach deutschen Landen.
Die selbst nach deinen Pfennigen dürsten.
Jäge sie fort,
mit wuchtigem Wort.
Keinen Pfennig den schwelgenden Fürsten.

Denda.

Sozialdemokratische Partei.

Bezirk Westerhüsen. Der Bildungsabend am Sonnabend fällt aus und findet erst am Freitag den 19 März statt.

Arbeiterwohlfahrt. Die Geschäftsstelle ist in der Woche vom 15. bis 21. März nur am Montag und Donnerstag geöffnet.

Dem Dichter der Republik.

Am 18. März sind 50 Jahre verflossen seit dem Todestag Ferdinand Freiligraths. Die deutschen Republikaner und Sozialisten feiern deshalb in diesem Jahre nicht nur den Gedenktag der Revolution von 1848 am 18. März, sie gedenken vor allem des Dichters der Revolution und des tapfern Kämpfers für die Republik. Die sozialistische Arbeiterschaft hat aus den Dichtungen Freiligraths Begeisterung geschöpft, seine Sturmgesänge haben in Arbeiterherzen immer wieder den Kampfesmut entfacht.

Wer die wucht'gen Hammer schwingt,
Wer im Felde mäht die Aehren . . .

Wie oft hat dieses hohe Lied der Arbeit in Arbeiterversammlungen die Bedrückten emporgerissen, die Kampflustigen aber angespornt zu neuen Taten.

Freiligrath ist in unsrer Zeit des Ringens um die Republik gleichsam von neuem aktuell geworden. Als das Reichsbanner ein Lied suchte, das seinem Wollen Ausdruck verlieh, da sang es bald:

In Kümmernis und Dunkelheit,
Da mußten wir sie bergen!
Nun haben wir sie doch befreit,
Befreit aus ihren Särgen!
Ha, wie das blitzt und rauscht und rollt!
Hurra, du Schwarz, du Rot, du Gold!
Pulver ist schwarz,
Blut ist rot,
Golden flackert die Flamme!

Freiligrath hat das Lied der Republikaner erdacht. Die Sozialisten, die Republikaner rüsten, um sein Andenken zu ehren. Die neuste Nummer der republikanischen-satirischen Zeitschrift „Lachen links" ist dem Andenken Freiligraths gewidmet. Im Titelblatt hat Herbert Anger „Die Schlacht am Birkenbaum" — abgestimmt auf unsre Zeit — zeichnerisch gestaltet. Lawinenartig braust die Revolution über das Jammerbild eines Kaisers:

Wer denkt noch an den? Wer unter den Wagen
Zöge den noch hervor! Was Bahre, was Sarg!
Hört, Herr — doch dürft Ihr es keinem sagen:
So stirbt in Europa der letzte Monarch!

Für die Magdeburger Sozialisten und Republikaner findet am Sonntag, vormittags 10 Uhr, im „Hofjäger" eine Freiligrath-Feier statt. Das Programm ist gestern in der „Volksstimme" veröffentlicht worden. Mitwirkende sind das Magdeburger Konzertorchester (Leitung Obermusikmeister Vogel), Hans Mahlau vom Stadttheater Magdeburg (Rezitationen). Die Festrede hält der Berliner Polizeipräsident Genosse Grzesinski.

Ehrt die Republik und ihre Dichter, kommt zur Freiligrath-Feier. —

Die Freidenker und wir.

Die Arbeitsgemeinschaft freigeistiger Verbände für Sachsen-Anhalt hat für den preußischen Teil eine Kirchenaustrittsbewegung in diesem Monat in Angriff genommen. Das ist ihr gutes Recht, das ihnen niemand verkümmern will. Unrecht aber ist es, wenn diese Aktion — immer mal wieder — zu Angriffen gegen unsre Partei und ihre Presse benutzt wird, und schlimm ist es, daß sich Parteigenossen zu solchen Angriffen mißbrauchen lassen von Drahtziehern, deren ausgesprochene Absicht es ist, die Sozialdemokratische Partei zu unterminieren. Als Beispiel führen wir eine Freidenkerversammlung an, die am Montag hier tagte, und in der der sozialdemokratische Vorsitzende vor seiner Mandel Zuhörer, aus Kommunisten, Nelsonbündlern und Genossen zusammengesetzt, für die von unsrer Partei abgelehnten und von den Kommunisten aus den durchsichtigsten Gründen geforderten Einheitskomitees bei der Fürstenenteignungsaktion, eintrat und die Partei herabsetzte.

In Erinnerung sei auch die Tatsache gebracht, daß einem unsrer Parteisekretäre nach der Reichspräsidentenwahl in einigen Versammlungen Vorhaltungen gemacht wurden, weil er für den Katholiken Marx seine Stimme abgegeben hatte.

Während man sich so in Dinge mischt, die mit der Freidenkerbewegung herzlich wenig zu tun haben, und offen und versteckt gegen uns arbeitet, verlangt man anderseits, daß wir die Freidenkerbewegung von Partei wegen fördern und für sie eintreten. Das müssen wir ablehnen, wir haben als Partei weder für noch gegen eine Religions- oder Freidenkergemeinschaft zu wirken.

Unser Parteiprogramm erklärt noch immer die Religion und damit die Zugehörigkeit zu irgend einer Kirche oder Religionsgemeinschaft als Privatsache jedes einzelnen Menschen und auch jedes Parteimitglieds. Die Partei fragt niemand, ob er Christ oder Buddhist, ob er Mohammedaner oder Katholik, oder Atheist ist. Sie verlangt nur, daß er sich zum Programm der Partei bekennt und in diesem Sinne für die Partei, ihre Ziele und taktischen Maßnahmen im Kampfe wirkt. Im Kommentar zum Heidelberger Programm drückt Genosse Heinrich Schulz, früher Redakteur der Magdeburger „Volksstimmen", das so aus:

> Die religiöse Gesinnung oder Empfindung ist keine politische Angelegenheit, keine Sache eines Parteiprogramms, sondern eine Gewissensangelegenheit des einzelnen Menschen. Mit der politischen Ueberzeugung eines Sozialdemokraten verträgt sich nicht gleichzeitig das Bekenntnis zu einer andern politischen Partei. Dagegen ist mit dem Bekenntnis zur Sozialdemokratie jedes religiöse Bekenntnis zu vereinbaren. Man kann ein frommgläubiger Christ, ein strenggläubiger Katholik und doch zugleich ein vortrefflicher Sozialdemokrat sein. Der Politiker hat es mit konkreten Maßnahmen zu tun, er muß zu bestimmten politischen Ereignissen und wirtschaftlichen Vorgängen Stellung nehmen, die Partei im ganzen berät darüber und das einzelne Parteimitglied muß sein Verhalten danach einrichten. Die Religion hat es mit übersinnlichen Fragen zu tun, mit Dingen, die nicht greifbar sind und von den Menschen je nach ihrer Erziehung, ihrer geistigen und seelischen Veranlagung ganz verschieden beantwortet werden, mit Fragen nach den Ursachen und dem Endzweck alles Seins, nach dem Wesen der Dinge, nach den unerforschten Geheimnissen in Natur und Menschenleben.
>
> Es muß dem einzelnen überlassen bleiben, ob er gegenüber den Welträtseln die Hilfe und den Trost, die religiöse Gläubigkeit zu bieten vermögen, in Anspruch nehmen will oder nicht. Wem der Gottesdienst in einer der großen kirchlichen Gemeinschaften oder in einer kleinern Gruppe, wem die Feierstunden in einer Weltanschauungsgemeinde Trost für die Seele und Erhebung über den Alltag bedeuten, der wird durch die Sozialdemokratie daran nicht gehindert, sie achtet darin die Wahrnehmung eines ureignen persönlichen Menschenrechts. Anderseits verlangt die Sozialdemokratie aber von den öffentlichen Körperschaften die gleiche weitherzige Duldung für die, die eines religiösen Trostes nicht bedürfen oder darüber hinaus jede Religion und jeden Gottesglauben ablehnen. Die Sozialdemokratie ist daher von jeher für die völlige Trennung von Staat und Kirche und von Schule und Kirche eingetreten. Der Kirche sollen alle Rechte, die die Verfassung des Deutschen Reiches für die freie Meinungsäußerung, für das Versammlungs- und Vereinigungswesen, für die Glaubens- und Gewissensfreiheit aufstellt, in vollem Umfange gewährleistet werden; dagegen sollen nicht mehr wie früher Staat und Kirche ein Schutz- und Trutzbündnis auf Gegenseitigkeit zur Unterdrückung unbequemer geistiger und politischer Bewegungen eingehen und dazu auch noch die Schule mißbrauchen können.

Mit diesen Grundsätzen ist unsre Partei länger als drei Jahrzehnte gut gefahren, und es ist inzwischen nichts geschehen, was Anlaß geben könnte, davon abzuweichen. Die Partei muß es darum ablehnen, ihre Versammlungen oder den Raum ihrer Presse zu Auseinandersetzungen über Religions- oder Kirchengemeinschaftsfragen mißbrauchen zu lassen und damit Zwietracht und Zerrissenheit in die Partei zu bringen oder gar etwa Parteigenossen erster und zweiter Klasse zu schaffen.

Wenn die Kommunistische Partei und Presse hier eine Ausnahme machen, die mancher freidenkerische Genosse uns zur Nachahmung empfehlen möchte, so wäre dazu zu sagen, daß ein zusammengewürfelter und -gekehrter Haufen wie diese Partei, die nichts zu verlieren und nichts zu gewinnen hat, die verantwortungslos und ohne Rücksicht auf die wirklichen Interessen des Proletariats drauflos wirtschaftet und in 14 Tagen 28 Parolen in die „Massen", die sie nicht hat, wirft, und von denen eine die andre aufhebt, daß eine solche „Partei" nicht Vorbild für uns sein kann. Wie sie die Wahl Hindenburgs durch ihre „reaktionäre" Taktik ermöglicht hat, so spielt sie sich hier im Bunde mit Nelsonbündlern und andern Konfusionären als Vortrupp auf, lediglich um ihr mageres Parteisüppchen etwas zu schmälzen.

Wir gönnen der Kirchenaustrittsbewegung, soweit es sich um die Erfassung aller derjenigen handelt, die mit der Kirche und mit dem Christentum innerlich gebrochen haben, jeden Erfolg, wir weigern uns auch nicht, weil ihr Genossen angehören, ihr Platz in der „Volksstimme" zu gewähren, aber wir müssen verhindern — auf Grund unsers Parteiprogramms —, die Meinung aufkommen zu lassen, als wäre Partei und Freidenkerbewegung eins. Wir zweifeln nicht daran, daß alle Genossen, denen die Partei das Erste und Höchste ist, unsern Standpunkt teilen werden. —

Maske Magdeburg 1926.

Das erste Heft der Deutschen Theater-Ausstellung Magdeburg 1926, herausgegeben von der Mitteldeutschen Ausstellungsgesellschaft Magdeburg, ist erschienen. Die Schriftleitung liegt in den Händen von Alfred Merbach (Berlin). Preis des Einzelheftes 50 Pfennig.

Im ersten Hefte der neuen Theaterzeitschrift „Maske Magdeburg 1926" gibt nach Geleitworten des Ehrenpräsidenten der Ausstellung, Kultusminister Dr. Becker und des Magdeburger Oberbürgermeisters Beims Paul Alfred Merbach (Berlin) einen Aufriß der theatergeschichtlichen Entwicklung, wie sie die Ausstellung zur lebendigen Anschauung bringen wird. Verse Herbert Eulenbergs bringen des Dichters Bekenntnis zum Theater; der bekannte Kunsthistoriker der Berliner Universität Oskar Fischel skizziert Welt und Wesen der Figurinen. Altmeister Adolf Winds geht den Beziehungen und Möglichkeiten zwischen Theater und Rundfunk nach. Die Ziele der Ausstellung, über deren Anlage ein Uebersichtsplan erste Orientierung ermöglicht, umreißt schließlich Feldhaus (Magdeburg). Außerdem enthält das Heft Angaben über die gesamte Organisation der Ausstellung und wichtige Ausstellungsmitteilungen.

Die in Aussicht genommene Heftfolge der „Maske Magdeburg 1926" wird den Versuch machen, in typischen Artikeln bewährter Fachmänner den ganzen Komplex „Theater" nach allen Seiten und nach seinem gegenwärtigen Stande zu durchschreiten. Die vollkommen neuartige Anlage der Zeitschrift, durch die sie sich von dem üblichen Zeitschriftentypus von Grund aus wesentlich unterscheidet, verleiht ihr einen besondern Reiz. Ihr Leporelloformat dürfte auf dem Gebiete des Zeitschriftenwesens etwas ganz Neues sein. —

Kinderschutzarbeit.

Der Verein Kinderschutz blickt mit Ablauf dieses Monats auf eine Tätigkeit von 28 Jahren im Dienste der gefährdeten Kinder unsrer Stadt zurück. Seine Losung ist seit seiner Gründung dieselbe geblieben: Vorbeugende Kinderschutzarbeit. Ehe die Kinder schuldig geworden sind, ihnen die helfende Hand zu reichen, war von Anfang an die Losung des Vereins. Von freiwilliger Liebestätigkeit getragen, von den städtischen Behörden, in der Kriegszeit von der Schwedenhilfe unterstützt, von der Regierung und dem Landeshauptmann gefördert, konnte der Verein im Laufe der Jahrzehnte in vielen Tausenden von Fällen der Kindernot abhelfen. Im Jahre 1915 zählte er gegen 2700 Mitglieder.

Seit der Errichtung des städtischen Jugendamts ist die Ausführung der Kinderschutzarbeit an dieses Amt übergegangen. Aber eine Anzahl der Mitglieder des Vereins Kinderschutz arbeitet dort auch jetzt noch mit. Der Verein, der aus Sparsamkeit seit 1918 keinen gesonderten Jahresbericht veröffentlicht hat, ruft zur Mitgliedschaft und Mitarbeit auf. Das neue Jugendwohlfahrtsgesetz erkennt die lebendige Hilfsarbeit privater Vereine an behördlichen Einrichtungen als unentbehrlich an. Ein besonderes Gebiet der Tätigkeit des Vereins ist die Vermittlung von Pflegestellen für gefährdete oder unterernährte, erholungsbedürftige Kinder, sei es ohne oder gegen Pflegegeld. Es ist gelungen, für vorschul- oder schulpflichtige Knaben und Mädchen solche Pflegestellen in immer steigender Zahl zu vermitteln, entweder als wirkliche Pflegestellen oder leichte, ländliche Arbeitsstellen. In der Altmark, im Harz, ja sogar in Ostpreußen sind Stellen gefunden worden, und fast ausnahmslos ist der Erfolg im Sinne des Kinderschutzes ausgefallen. Auf Veranlassung des Landeshauptmanns für die Provinz Sachsen übt der Verein diese vermittelnde Pflegetätigkeit auch in der Unterbringung von Fürsorgezöglingen aus.

Der größte, unerfüllbare Wunsch des Vereins ist ein großes städtisches Kinderheim. Die drei Heime für je 40 bis 50 Kinder — in Magdeburg-Buckau, Seehausen (Kreis Wanzleben), Wernigerode — sind stets voll belegt. Trotz der Hilfe der Behörden und trotz freundlicher Zuwendungen von Privaten und Vereinen hat der Verein dauernd mit geldlichen Schwierigkeiten zu kämpfen. Möchten sich immer wieder neue zahlende und mitarbeitende Mitglieder finden. Die Geschäftsstelle des Vereins befindet sich im Wohlfahrtsamt, Neuer Weg 1/2, III, Zimmer 69. —

Die Arbeitsmarktlage für Angestellte im Februar.

Das Landesarbeitsamt Sachsen-Anhalt berichtet:

Der Zugang von Stellensuchenden, der sich bei den öffentlichen Arbeitsnachweisen nach Einbeziehung der höher bezahlten Angestellten in die Erwerbslosenfürsorge geltend machte, kam im wesentlichen zum Stillstand. Doch berichten die öffentlichen Arbeitsnachweise und die Angestelltenverbände übereinstimmend von weiteren Entlassungen und Kündigungen — letztere wurden vor allem für Ende März ausgesprochen — die eine Besserung der Lage des Angestelltenmarktes nicht zuließen. Betroffen wurden von den Kündigungen namentlich kaufmännische und technische Angestellte, vielfach auch ältere Kräfte der Maschinen-, chemischen, Leder- und Schuhindustrie, sowie Angestellte des Lebensmittel- und Getreidegroßhandels. Eine Entspannung wurde auch dadurch verhindert, daß die Möglichkeiten für Angestellte sich auf außerberufliche Beschäftigung umzustellen, infolge der schlechten Lage des Gesamtarbeitsmarktes stark verringert sind. Immerhin war im großen und ganzen die Nachfrage im Berichtsmonat leicht gebessert. Aufnahmefähig zeigte sich vor allem der Samenhandel, der u. a. in Erfurt, Quedlinburg und Langensalza Einstellungen von männlichen und weiblichen Angestellten tätigte. Allerdings handelte es sich meist um vorübergehende Beschäftigung.

Bemerkenswert war weiter die Nachfrage nach jüngern tüchtigen Verkäufern für Gardinen, Teppiche usw. und Verkäufern und Dekorateuren sowie Verkäuferinnen für die Manufakturwaren- und Textilbranche. — Auch für Bureauangestellte lagen etwas bessere Unterbringungsmöglichkeiten bei Behörden (Finanzämter, Gerichte) vor, aber auch nur für vorübergehende Tätigkeit. Weiter konnten Versicherungsangestellte für die Lebens- und Krankenversicherung vermittelt werden.

Im Gegensatz zu den kaufmännischen und Bureauangestellten hat sich die Nachfrage nach Technikern nicht belebt. Es kamen nur wenig Vermittlungen zustande; sie erstreckten sich auf Maschineningenieure und auf Bau- und Maschinentechniker. Ferner wurden zur Ausarbeitung der Pläne für einen Talsperrenbau einige technische Angestellte angefordert. —

Tuberkulosefürsorge für Kinder.

Gegenwärtig bestehen in Deutschland 318 Kinderheilstätten mit zusammen 28 532 Betten für tuberkulöse und tuberkulosegefährdete Kinder, das bedeutet gegen 1914 eine Vermehrung um 143 Anstalten und 15 486 Betten. Auf Grund neuster Erhebungen und Verhandlungen erörtert nun Generalsekretär Dr. Helm in einer im Auftrag des Deutschen Zentralkomitees zur Bekämpfung der Tuberkulose verfaßten Denkschrift die Frage einer weitern großzügigen Organisation der Tuberkulosefürsorge für Kinder in Deutschland.

Für die eigentliche Tuberkulosebekämpfung, so heißt es in der Denkschrift, wird es zumal im Hinblick auf die gegenwärtige Wirtschaftslage weniger darauf ankommen, eine größere Anzahl von Heilstätten für Kinder neu zu errichten, als vielmehr vorhandene und im Bau begriffene Anstalten zu erweitern und durch Verbesserung ihrer Einrichtungen leistungsfähiger zu machen. Auch auf eine bessere Ausnutzung der Kinderheilstätten durch sachgemäße ärztliche Auswahl der Kinder und deren zweckentsprechende Verteilung wird Bedacht zu nehmen sein.

Es sollten deshalb alle an der Tuberkulosebekämpfung beteiligten Stellen in diesem Sinne bei der Organisation der Fürsorge für tuberkulöse Kinder mitwirken. Um jede Zersplitterung zu verhüten und alle Kräfte und Mittel auf das gleiche Ziel zu vereinigen, ist dringend zu empfehlen, daß alle neuen Bauvorhaben zunächst mit der Zentralstelle für Tuberkulosebekämpfung des in Betracht kommenden Bezirks erörtert werden und daß sich alle an solchen Plänen interessierten Stellen möglichst zu einer Arbeitsgemeinschaft oder einem Zweckverband zusammenschließen. Nur mit vereinten Kräften kann das Werk gelingen. —

Allgemeine Ortskrankenkasse Magdeburg.

Mitgliederbestand 27. Februar 1926:	33 363 m.	28 037 w.	zus.	61 450
Zugang v. 1. 3. b. 6. 3. 1926	708 „	552 „	„	1 260
Abgang „ „ „ „	717 „	647 „	„	1 364
Bestand am 6. März	33 354 „	27 992 „	„	61 346
Arbeitsunf. Kranke 27. Februar 1926:	1 738 m.	1 141 w.	zus.	2 879
Zugang v. 1. 3. b. 6. 3. 1926	404 „	297 „	„	701
Abgang „ „ „ „	422 „	296 „	„	718
Bestand am 6. März	1 720 „	1 142 „	„	2 862

oder 4,66 Prozent (4,68 Prozent) der Gesamtmitgliederzahl.

Eingetretene Wochenhilfefälle wurden im Laufe der Woche insgesamt 48 (36) gemeldet.

Lohnveränderungsanzeigen waren zusammen 110 (111) neu zu bearbeiten. —

— **Die demokratische Jugend Verband Mitteldeutschland**, veranstaltet am 13. und 14. März in Magdeburg in Kortes Vierhallen, Breiter Weg 75/76, eine Jugendtagung. Referate haben übernommen: Reichstagsabgeordneter Professor Bergsträßer über Völkerbundsfragen, Hans-Werner Stifling (Berlin) über Jugendforderungen zur Tagespolitik und Waldemar Kranze (Erfurt) über Staat und Vaterland. —

— **Weltliche Schule Wilhelmstadt.** Wiederholte Anfragen zeigen, daß viele Eltern über die Einrichtung der weltlichen Sammelklassen in der Wilhelmstadt noch nicht Bescheid wissen. Wie bereits schon mitgeteilt ist, können nur Schulanfänger zur weltlichen Schule gemeldet werden, Kinder also, die Ostern neu zur Schule kommen. Die schon erfolgte Anmeldung bei den andern Schulen ist kein Hinderungsgrund. Notwendig ist nur, daß die Erziehungsberechtigten, also Vater und Mutter, die Erklärung abgeben, daß sie wünschen, daß ihre Kinder in die weltliche Schule eingeschult werden sollen. Vorgedruckte Formulare sind in den Konsumvereinslagern Olvenstedter Straße und in der Annastraße erhältlich. Dortselbst wird auch Auskunft erteilt. —

— **Vortragsabend der weltlichen Schulen.** Der Bund der freien Schulgesellschaften Deutschlands, Ortsgruppe Magdeburg, ladet alle Mitglieder des Bundes sowie alle Freunde der weltlichen Schulen zu zahlreichem Besuch des Vortrags der Frau Professor Dr. Anna Siemsen (Jena) ein, der am Freitag den 12. März, abends 8 Uhr, in der Aula des König-Wilhelm-Gymnasiums, Falkenbergstraße 10, stattfindet. Thema: „Gesellschaftsentwicklung im Lichte der Literatur". Der Eintritt ist frei. —

— **Arbeitserholung.** Für Jugendliche, die bei der Schulentlassung noch berufsunfähig sind, verlangt Dr. M. Rothfeld in der Zeitschrift für Tuberkulose die Verbindung einer Vorbereitung für den Lebenslauf mit der Erziehung zur körperlichen Reife. Zu diesem Zwecke seien besondere Gelegenheiten zur „Arbeitserholung für Schulentlassene" zu schaffen, und zwar in Einzelfürsorgestellen oder noch besser in Erholungskolonien. In Auerswalde besteht eine derartige Einrichtung, die sich gut bewährt hat. —

— **„Kulturwille".** Das Arbeiter-Bildungsinstitut Leipzig gibt im März eine Spezialnummer über Jugendweihe heraus, die ganz vorzüglich ist. Diese Nummer enthält Aufsätze über den Sinn der Jugendweihe, die Ausgestaltung des Jugendweiheunterrichts u. a. m. Die beste Festrede zur vorigen Jugendweihe in Leipzig wird hier zum erstenmal gedruckt. Außerdem enthält die Nummer reiches Gedicht- und Bildungsmaterial, das sich sehr gut zur Ausgestaltung von Jugendweihen verwenden läßt. Wir empfehlen unsern Lesern den Bezug des „Kulturwillens". Der Abonnementspreis beträgt 2,40 Mark. Er ist zu beziehen durch die Buchhandlung Volksstimme. —

— **Vergebliche Mühe.** Die Nationalsozialisten und die Deutschnationalen haben alle paar Tage eine öffentliche „Volks"versammlung, allerdings immer ohne Volk. Am Montag erlebten sie wieder zwei Pleiten. Während der Nationalsozialist Saukel aus Weimar im „Hohenzollernpark" etwa hundert Zuhörer langweilte, sprach bei Freddrichs der deutschnationale Landtagsabgeordnete Ebersbach über Reichsbahnfragen. Auch hier waren kaum mehr als hundert Zuhörer erschienen, in der Hauptsache höhere Eisenbahnbeamte. In beiden Lagern wetterte man gegen den Reichsbahndirektor Oeser und gegen den Reichsbankpräsidenten Schacht. Nur die Tonart war bei den Nationalsozialisten etwas gröber. Aus der Versammlung der Deutschnationalen ist bemerkenswert, daß der Vorsitzende, Studienrat Markowski, ganz entgegen seinen sonstigen Gewohnheiten ohne Schimpfkanonaden auskam. Er glaubte, unserm Berichterstatter sagen zu müssen, daß er bei der Abfassung von Berichten auf die „Volksgemeinschaft" im deutschnationalen Sinne Rücksicht nehmen möge. Seine ganz ungewöhnliche „Schüchternheit" bei dieser Erklärung läßt vermuten, daß wir mit unserm Bericht von der letzten deutschnationalen Handwerkerversammlung ins Schwarze getroffen haben. Wenn der Herr Studienrat meint, wir hätten die Worte Revolution und Republik in seinen Ausführungen nicht auseinanderhalten können, so ist das wohl nur eine faule Ausrede, mit der er sich eine Rückendeckung verschaffen möchte. Wir haben leider keine Hoffnung, daß der jetzige Zustand bei Markowski lange anhalten wird. Ueber kurz oder lang fällt er sicher wieder in seinen rüden Ton zurück. Wir sind allerdings gern bereit, ihn dann darauf aufmerksam zu machen. Deutschnationale und Völkische geben sich zurzeit die größte Mühe, Massen auf die Beine zu bringen, um sie in ihren Versammlungen aufzuhetzen gegen die Fürstenenteignung. Ihre Bemühungen waren bis jetzt erfolglos. Sie werden auch weiterhin vergeblich sein. —

— **Eine „öffentliche" Sammlung. Der Bund der Kinderreichen** hatte Frau J. in Schleswig beauftragt, Mitglieder zu werben. Zwei Personen, welche Frau J. aufgesucht hatte, lehnten zwar ab, dem Bunde beizutreten, spendeten aber Frau J. Geldbeträge, welche Frau J. auch annahm. Auf Grund der Bekanntmachung des Reichskanzlers vom 15. Februar 1917 und der Verordnung des Regierungspräsidenten in Schleswig vom 14. Dezember 1908 war Frau J. zur Verantwortung gezogen worden, weil sie für den Bund der Kinderreichen eine öffentliche Sammlung veranstaltet habe. Obschon die Angeklagte behauptete, sie habe Mitglieder für den Bund der Kinderreichen werben wollen, das Geld sei ihr von Personen freiwillig gegeben worden, welche sie erfolglos ersucht hatte, dem Bunde der Kinderreichen beizutreten, wurde sie vom Amtsgericht verurteilt, weil sie mitgewirkt habe, eine öffentliche Kollekte für den Bund der Kinderreichen zu veranstalten, ohne einen Ausweis zu besitzen. Diese Entscheidung focht Frau J. durch Revision beim Kammergericht an und behauptete, die Bekanntmachung des Reichskanzlers vom 15. Februar 1917 sei nur für die Zeit des Krieges ergangen und nach Beendigung des Krieges unwirksam geworden. Der Bund der Kinderreichen verfolge auch keine mildtätigen Zwecke, sondern wolle im Interesse der Kinderreichen auf die Gesetzgebung einwirken. Der Strafsenat des Kammergerichts hob auch die Vorentscheidung auf und wies die Sache zur erneuten Verhandlung und Entscheidung an das Amtsgericht zurück und führte u. a. aus, die Bekanntmachung des Reichskanzlers vom 15. Februar 1917 sei nicht aufgehoben und habe nach wie vor Geltung. Einwandfrei sei festgestellt, daß die Angeklagte ohne Genehmigung und Ausweis eine öffentliche Sammlung veranstaltet und daher gegen die Regierungspolizeiverordnung vom 14. Dezember 1908 verstoßen habe. Festgestellt sei aber nicht, ob der Bund der Kinderreichen mildtätige Zwecke gemäß der Bekanntmachung des Reichskanzlers vom 15. Februar 1917 verfolge. —

— **Eine Klage der Reichspost.** Rund 150 000 Briefsendungen können täglich allein bei den großen Postämtern wegen ungenügender Anschrift bei dem ersten Zustellversuch nicht zugestellt werden. Ueber 40 000 hiervon müssen zurückgesandt werden, weil die Ermittlung der Wohnung auf Grund von Adreßbüchern, durch Nachfragen usw. trotz aller Mühe nicht gelingt, und viele Tausende von diesen Sendungen fallen sogar der Vernichtung anheim, weil auch der Absender wegen fehlender oder mangelhafter Angaben nicht zu ermitteln ist. Man stelle sich vor, welche ungeheure Mühe und welchen Aufwand an Zeit, Beamtenkräften und Kosten es erfordert, tagtäglich solche Massen von mangelhaften Sendungen zu bearbeiten. Meistens tritt bei ihnen natürlich auch eine Verzögerung in der Zustellung ein. Die Verkehrswelt verlangt die Beibehaltung der niedrigen Gebühren für die Postsendungen. Diesem Wunsche widerspricht es, wenn die Post täglich unnötigerweise, vielfach sogar aus Nachlässigkeit und Gleichgültigkeit, mit Tausenden von ungenügend adressierten Sendungen belastet und zu Ausgaben gezwungen wird, die in höchstem Maße unwirtschaftlich sind. Abhilfe kann jeder Versender schaffen, wenn er bei Postsendungen stets die Wohnung des Empfängers nach Straße, Hausnummer, Gebäudeteil, Stockwerk und bei solchen nach Städten mit mehreren Zustell-Postanstalten auch die Nummer der Zustell-Postanstalt angibt. Zur Erzielung vollständiger Anschriften kann außerdem jedermann viel beitragen, wenn er bei den ausgehenden Postsendungen auf den Briefbogen, Umschlägen, Rechnungen usw. der Ortsangabe stets die Straße und Hausnummer und bei größern Städten die Nummer des Zustell-Postamts hinzufügt. —

— **Veränderungen im Vorstand der Allgemeinen Ortskrankenkasse.** Der Versichertenvertreter im Vorstand der Allgemeinen Ortskrankenkasse Karl Rudert ist aus dem Vorstand der Allgemeinen Ortskrankenkasse, dem er seit 1. Januar 1925 angehörte, ausgeschieden. Rudert war vorher 4 Jahre ehrenamtlich im Vorstand der Fabrikarbeiter-Ortskrankenkasse Magdeburg-Neustadt tätig und hat sich während dieser Zeit stets pflichtbewußt in die Interessen der Krankenkassenbewegung gestellt. An seine Stelle ist nunmehr Fritz Rowald (Magdeburg-Neustadt), Siedlerstorfstraße 55, in den Vorstand der Allgemeinen Ortskrankenkasse getreten. —

Durchschnittlicher Jahresarbeitsverdienst. Die vom Oberversicherungsamt Magdeburg genehmigten durchschnittlichen Jahresarbeitsverdienste werden mit Wirkung vom 1. Januar 1926 wie folgt festgesetzt: Für männliche Personen von 14 bis 16 Jahren auf 405 Mark; von 16 bis 21 Jahren auf 645 Mark; über 21 Jahre auf 810 Mark; Für weibliche Personen von 14 bis 16 Jahre auf 810 Mark; für weibliche Personen auf 480 Mark; über 21 Jahre auf 585 Mark.

Für Personen beiderlei Geschlechts unter 14 Jahren auf 195 Mark. Diese Sätze gelten für die Provinz Sachsen, und zwar für die Regierungsbezirke Erfurt, Magdeburg und Merseburg, für die in der Landwirtschaft, Forstwirtschaft, Gärtnerei und im Weinbau beschäftigten Personen. —

— **Ferngespräche nach London.** Am 15. März wird ein vorläufig noch auf die Zeit von 7 Uhr abends bis 8 Uhr morgens (M. E. Z.) beschränkter Fernsprechverkehr zwischen London und Berlin, Bremen, Frankfurt (Main), Hamburg und Köln aufgenommen. Zugelassen sind gewöhnliche Privatgespräche und Monatsgespräche. Die Gebühr für ein gewöhnliches Privatgespräch von 3 Minuten Dauer beträgt von 7 bis 9 Uhr abends in Berlin 15,80 Mark, in Bremen und Frankfurt (Main) 14,20 Mark, in Hamburg 15 Mark und in Köln 13,40 Mark. In der Zeit von 9 Uhr abends bis 3 Uhr morgens werden diese Sätze für Einzelgespräche um zwei Fünftel und für Monatsgespräche um die Hälfte ermäßigt. —

— **Tätigkeit der Feuerwehr im Februar.** Im Monat Februar wurde die Feuerwehr 18mal alarmiert. Die Alarmierungen betrafen 1 Mittelfeuer, 7 Kleinfeuer, 1 Schornsteinbrand, 2 blinde Alarme, von denen einer in böswilliger Absicht abgegeben war und sieben Hilfeleistungen in besonderen Notlagen. Die Sanitätsabteilung der Feuerwehr trat 423mal in Tätigkeit. Auszuführen waren 417 Transporte mit Krankenwagen. Von den Transportierten waren 63 verletzt, 354 waren erkrankt. 375 wurden in Kranken- und Pflegeanstalten verbracht, 42 in ihre Wohnungen. 12 Personen mußten, da ansteckend erkrankt, mit besonderem Wagen transportiert werden. Sauerstoff kam in drei Fällen zur Anwendung. Die Unfallhilfsstellen der Feuerwehr wurden 6mal in Anspruch genommen. —

× **Verdächtige Inserate.** Seit einiger Zeit werden in den verschiedensten Tageszeitungen durch auffällige Anzeigen unter einer Chiffre, Filiale Rudolf Mosse in Amsterdam, Auslandskredite angeboten. Wie durch Nachfrage festgestellt wurde, handelt es sich um die Holland-American-Bank in Amsterdam, De Ruyterstraat 142. Bei Einsendung von Kreditanträgen müssen auch 10 Goldmark „Gebühren" eingesandt werden, angeblich, um „Schnüffler" fernzuhalten, wie die Firma in ihren Schreiben angibt. Die über die Firma eingeholten Auskünfte lauten sehr ungünstig. Es handelt sich um eine neugegründete Firma, die nicht handelsgerichtlich eingetragen ist und deren Inhaber bereits zweimal Konkurs gemacht hat. Auch sonst steht die Firma in keinem guten Ruf. Die Ehefrau des Inhabers, eine geborne Bath, betreibt unter derselben Adresse ein Mantelmagazin, das in einem finanziell ungünstigen Ruf steht. Obige Firma kommt daher als Kreditvermittlerin nicht in Betracht, noch viel weniger als Geldgeberin. Allem Anschein nach kommt es der Firma nur auf Erlangung der Gebühren an. Vor einer Geschäftsverbindung mit obiger Firma wird gewarnt. —

× **Gestohlen wurden: In der Nacht vom 5. zum 6. März** aus einem verschlossenen Keller im Hause Otto-von-Guericke-Straße 94, 35 bis 40 Flaschen Bowlenlikör (Marke Kantorowicz), 10 Flaschen Kognak (Marke Segnin). Sachdienliche Mitteilung erbittet der Polizeipräsident, Kriminaldirektion, Zimmer 260 oder 263. —

× **Fahrraddiebstahl. Am 8. März wurde vor der Bahnpost** in der Bahnhofstraße ein Herrenfahrrad (Marke Adler), Nr. 834676, mit schwarzem Rahmen, gestohlen. Sachdienliche Angaben erbittet der Polizeipräsident, Kriminaldirektion, Zimmer 260 oder 263. —

× **Vermißt.** Seit 3. April v. J. ist die Plätterin Else Becker aus der elterlichen Wohnung in Groß-Ottersleben, Breite Straße Nr. 51, spurlos verschwunden. Trotz Ausschreibens in den Tageszeitungen und trotz aller angestellten Nachforschungen ist über den Verbleib des damals 17jährigen Mädchens eine Nachricht weder bei dem Polizeipräsidium noch bei ihren Eltern eingegangen, so daß die Eltern in großer Sorge um ihre Tochter sind. Die Becker ist etwa 1,55 Meter groß, schlank, hat dunkelblondes Haar, graue Augen und gebogene Nase. Am Hinterkopf links hat sie eine etwa 3 Zentimeter im Durchmesser große unbehaarte Brandnarbe. Es ist nicht ausgeschlossen, daß die Vermißte seinerzeit Selbstmord begangen hat. — Ferner wird seit 2. d. M. die Ehefrau Rosalie Mosel, geborne Skonowenzka, hier bisher Moldenstraße Nr. 38 wohnhaft gewesen, vermißt. Sie ist 59 Jahre alt, mittelgroß, untersetzt, hat dünnes graumeliertes Haar, frische Gesichtsfarbe und geht nach vorn geneigt. Bekleidet war sie bei ihrem Fortgang mit großem schwarzen unmodernen Hut, schwarzem Mantel und schwarzem Rock. Sie führte einen Sportwagen und einen Schirm bei sich. Sachdienliche Mitteilungen über den Verbleib der vermißten Personen nimmt der Polizeipräsident, Kriminaldirektion, Erkennungsdienst, Zimmer 265, entgegen. —

— **Berichtigung.** In dem Bericht über die Versammlung des Baugewerksbundes war das Datum der Jubiläumsfeier mit dem 24. Juni angegeben. Die Feier findet aber erst am 24. Juli statt. —

Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold.

Abteilung Buckau. Die Kinovorstellung (Ausstellungsgelände) am Sonntag fällt aus. Alle Kameraden werden aufgefordert, die Gratisvorstellung in den U.-T.-Lichtspielen (Feldstraße) zu besuchen.

Abteilung Wilhelmstadt. Am Freitag abend findet eine Besichtigung des Hauptlagers vom Konsumverein statt. Treffen der Kameraden mit Frauen 6½ Uhr auf dem Hofe des Konsumvereins, Rogätzer Straße 31. — Versammlung der 2. Hundertschaft Sonntag vormittag 10 Uhr.

Sozialistischer Arbeiter-Jugendbund Groß-Magdeburg.

Achtung, Gruppenleiter! Außerordentliche wichtige Hauptvorstandssitzung heute Donnerstag abend ½7 Uhr im Sekretariat. Keine Gruppe darf fehlen —

Theater, Konzerte, Vorträge 2c.

Heinrichshofen. Ausstellung „Der Sieg der Farbe" (van Gogh, Gezanne, Matisse, Picasso Paul Klee, Franz Marx u. a.).

Magdeburger Volksbühne, E. V. Sonnabend den 13. März, abends 8 Uhr, Liederabend Claire Gerhardt-Schultheß und Reinhold Gerhardt Am Flügel: Bernhard Henking Karten, auch für Nichtmitglieder, bei Heinrichshofen, Volksstimme und Abendkasse. 58

Magdeburger Volksbühne, E. V. Montag den 15 März, abends 8 Uhr, in der Luisenschule: Vortragsabend Kurt Pabst (Hamburg). Werke von Heine, Shakespeare, Ultencron, Morgenstern. Karten, auch für Nichtmitglieder, bei Heinrichshofen, Volksstimme und Abendkasse. 58

Wilhelm-Theater.

„Der fröhliche Weinberg" ging am Sonntag vor ausverkauftem Haus erstmalig in Szene. Der Erfolg war für Magdeburg ein außergewöhnlich großer. Der Applaus brach mitten im zweiten Akt nach der großen Prügelszene elementar los. So herzhaftes Lachen hat das Wilhelm-Theater selten gehört. Die gesamte Magdeburger Presse bestätigt den Erfolg und lobt vor allem das natürliche Spiel der Darsteller. — Wiederholungen des „Fröhlichen Weinbergs" am Freitag, Sonnabend und Sonntag. —

Aus den Gerichtssälen.

„Der moderne Reklameverlag".

Sie hatten es etwas arg getrieben, der „Selbstunternehmer" Hans Krabiell und der frühere Schauspieler Georg de Chevalier. Krabiell war „Chef" des „Verlages für moderne Reklame", während Chevalier seinen Untervertreter markierte. Das Verhältnis zwischen Chef und Arbeitnehmer scheint ein sehr gutes gewesen zu sein, denn Chevalier kümmerte sich nicht im geringsten um die Anweisungen seines Chefs, lieferte einkassierte Gelder nicht ab und blieb trotzdem der „gute Freund" seines Arbeitgebers. Das hatte seinen Grund; denn Chevalier wußte, daß die Geschäfte des Krabiell keineswegs einwandfrei waren. Was konnte ihm also passieren? Im schlimmsten Falle konnten sie alle beide hineinfallen. Und so kam es denn auch! Wegen Betruges saßen die beiden „geschäftstüchtigen" Leute am Mittwoch auf der Anklagebank des erweiterten Schöffengerichts. Krabiell rühmt sich, daß sein Verlag schon beträchtliche Sachen angefertigt hat. So erzählt er in äußerst eifriger Art, gewiß dabei auch mit einem Hintergedanken, daß er stets mit dem Stahlhelm in Verbindung stände und für diese Organisation erst vor einiger Zeit wieder ein Programm mit Inseraten in einer Auflage von 60 000 herausgebracht hätte. Die Stahlhelmprogramme standen aber nun nicht zur Anklage.

Des Betrugs soll sich der Angeklagte schuldig gemacht haben, weil er in 199 Fällen Magdeburger Geschäftsleuten vorgegaukelt haben soll, er würde ein nach Nummern geordnetes Telephonverzeichnis herausgeben, wofür er Inserate sammle. 199 Personen sind auf diesen Schwindel hineingefallen, haben Inserate aufgegeben, zum Teil Beträge von 10 bis 50 Mark dafür angezahlt und warten heute noch auf das Verzeichnis, obwohl die Vorarbeiten dazu schon im April vergangenen Jahres begonnen haben. Chevalier hat die 199 Geschäftsleute bearbeitet und dabei einen kleinen Trick angewandt, indem er erzählte, daß es sich um ein amtliches Telephonverzeichnis handle und er von der Oberpostdirektion geschickt würde. Kein Wort wurde bei der Werbung der Inserenten davon gesagt, daß das Buch vom „Verlag für moderne Reklame" herausgegeben würde. Modern schien an diesem sonderbaren Verlage überhaupt nur der Schwindel zu sein. Erst als die Oberpostdirektion von der Geschichte erfuhr, wurde durch die Kriminalpolizei diesen Schwindelmanövern ein Ende gemacht. Vor dem Schöffengericht versuchten die beiden Angeklagten Ehrenmänner zu markieren und wollen den Gerichtshof überzeugen, daß es sich um ein reelles Unternehmen handle. Wo sind denn die Einnahmen in Höhe von 2000 Mark geblieben?, fragte der Vorsitzende. Prompt bekommt er zur Antwort, daß das Geld zum Teil Chevalier, zum Teil er selbst für andre Geschäfte verwendet hätte. Er versicherte aber dem Gericht, daß das Verzeichnis demnächst erscheinen werde. Dieses „demnächst" hielt das Gericht aber nur für neuen Schwindel, bezeichnete die beiden Angeklagten als gemeingefährliche Betrüger und verurteilte sie zu je sechs Monaten Gefängnis. Der Staatsanwalt hatte sogar 10 Monate beantragt. Aber auch mit den 6 Monaten sind die Angeklagten nicht einverstanden und wollen Berufung einlegen. —

Der Autounfall bei Hehrothsberge.

Wir berichteten vor einiger Zeit über den Zusammenstoß eines Personenautos mit einem Lastkraftwagen bei Hehrothsberge, wobei der Fabrikbesitzer Wilhelm Koch aus Magdeburg aus dem Wagen geschleudert wurde und einige Tage später an den Folgen eines dabei erlittenen Schädelbruchs verstarb. Die beiden Chauffeure, Paul Schulze und Franz Gottschlich, hatten sich wegen dieses Unfalls vor dem Schöffengericht zu verantworten und wurden wegen fahrlässiger Tötung verurteilt. Schulze erhielt 6 Monate Gefängnis, während Gottschlich mit 200 Mark Geldstrafe davonkam. Gegen dieses Urteil hatten die beiden Angeklagten Berufung eingelegt, so daß sich mit diesem überaus traurigen Vorfall noch einmal das Berufungsgericht zu beschäftigen hatte. Die Strafkammer hob das erstinstanzliche Urteil auf, sprach Gottschlich frei und erkannte bei Schulze auf nur einen Monat Gefängnis und Bewährungsfrist auf die Dauer von 3 Jahren. —

Der „Eisenbahnüberwachungsbeamte".

Zu einer Schlägerei zwischen Eisenbahnern und Postbeamten kam es am 9. August 1925 auf dem Magdeburger Hauptbahnhof. Der Vorgang hat sich wie folgt zugetragen: Der Eisenbahnüberwachungsbeamte F. hatte an dem fraglichen Tage „einen über den Durst getrunken". In dieser Verfassung spielte er auf dem Gelände des Hauptbahnhofs den „großen Mann", der nicht nur zu sagen haben wollte, sondern dem auch alle gehorchen sollten. Er stolzierte mit seinem Schäferhund auf dem Bahnhof umher und benahm sich einer Dame gegenüber sehr ungalant. Einige Eisenbahnbeamte waren schon auf den Mann aufmerksam geworden, einige andre machten sich über ihn lustig, weil er dummes Zeug redete und mit dem Publikum allerhand Unfug verübte. Plötzlich wurde in ihm wieder der Diensteifer wach, und auf dem Vorplatze des Postgebäudes innerhalb des Bahnhofs verlangte er ohne jeden Grund von einem Postbeamten in Uniform die Personalien. Der Beamte lachte aber nur über den putzigen Gesellen. Da aber F. bei seiner Forderung beharrte, verlangte der Postbeamte einen Ausweis. F. zog eine Brieftasche hervor und erklärte dem Beamten, daß er Kriminaler sei und er mitzukommen hätte.

Inzwischen war ein andrer Postbeamter herbeigekommen, der den ihm unbekannten F. aufforderte, den Platz zu verlassen, da sich Zivilpersonen dort nicht aufhalten sollen. Der Postbeamte bekam auf diese Aufforderung keine Antwort, sondern von F. ohne Ursache einen Schlag mit der Faust ins Gesicht. Als sich der Beamte daraufhin zur Wehr setzte, hetzte F. seinen Hund auf den Mann und trat dem Postbeamten mit solcher Wucht vor den Bauch, daß dieser sofort zusammenbrach und 9 Wochen seinen Dienst nicht verrichten konnte. Inzwischen war ein Schutzpolizeibeamter herbeigeeilt, der den Eisenbahnüberwachungsbeamten mit zur Wache nehmen wollte. Aber auch das ging nicht ohne Widerstand ab. Wegen schwerer Körperverletzung und Widerstandes gegen die Staatsgewalt hatte sich F. am Dienstag vor dem Schöffengericht zu verantworten. Eine Reihe von Eisenbahnern und Postbeamten belasten den Angeklagten schwer und bezeichnen ihn als den Urheber der Schlägerei. Das Gericht verurteilte den Angeklagten bedingt zu zwei Monaten Gefängnis und 60 Mark Geldstrafe. —

Kein Sportler fehle

in der Liste des Volksbegehrens. Solidarität und der Wille zur endlichen und endgültigen Befreiung vom Monarchismus verpflichten uns,

alle

Kräfte anzuspannen und ohne Ausnahme, nicht nur zu unterzeichnen, sondern auch den letzten Mann, die letzte Frau des Bekanntenkreises heranzuholen zur Unterschrift

für das Volksbegehren.

Arbeitersportkartell.

Volkssport.

Schach.

Bundestag der Arbeiter-Schachspieler. Vom 2. bis 5. April findet in Jena im Gewerkschaftshaus der vierte Bundestag des Deutschen Arbeiter-Schachbundes statt. Schon nach den jetzt vorliegenden Meldungen wird die Teilnahme eine starke sein. Außer den Verhandlungen findet noch die Austragung der Bundesmeisterschaft statt, die bereits am 31. März ihren Anfang nimmt. Dann laufen noch Haupt-, Neben- und Jugendturniere sowie Kreis- und Städtewettkämpfe. Aeußerst spannend dürften der Städtewettkampf Berlin gegen Nürnberg sowie die Kreiskämpfe werden. Alle Veranstaltungen finden in den Räumen des Volkshauses in Jena statt. Verbunden ist diese Tagung noch mit einer Ausstellung von Schachmaterial und Schachliteratur. Die offizielle Eröffnung der Tagung erfolgt am Freitag den 2. April um 2 Uhr. Am Sonntag wird ein Demonstrationszug sämtlicher Teilnehmer Zeugnis ablegen von der erfreulichen Aufwärtsentwicklung des Arbeiter-Schachbundes. „Auf nach Jena Ostern 1926!" sei die Parole jedes Arbeiter-Schachspielers. —

Turnen.

Elternabend der Buckauer Fichte-Turner. Am Sonntag veranstaltete die Abteilung Buckau des Turnvereins Fichte im „Admiralspalast" einen gut besuchten Elternabend. Eröffnet wurde der Abend durch eine gut dargestellte Begrüßungsgruppe. Nachdem warteten die Schüler mit exakt ausgeführten Sportler-Freiübungen auf. Die Turnerinnen bewiesen am Pferd ihr Können. Ein Genuß war es, die ältern Schüler bei den Uebungen am Doppelreck zu sehen. Weniger zur Freude der Zuschauer fielen die so intensiv geübten Stabübungen aus. Eine Abwechslung in das reichhaltige Programm brachten die Volkstänze. Zu erwähnen sei noch: Doppelreck der Schüler, Keulenschwingen der Schülerinnen und die gut von Kindern vorgetragenen Gedichte. Einen Lachsturm erzielten die Schattenspiele, wie „Es wollt ein Schneider wandern" und „Der Rispeltanz". Einen würdigen Abschluß fand der Abend mit den gut gelungenen Brunnengruppen. Die Veranstaltung war ein Erfolg und bildete ein wirksames Werbemittel für die Arbeiter-Sportbewegung. —

Arbeiter-Sportkartell Aschersleben.

Das Kartell veranstaltete einen Werbeabend. Die Veranstaltung war sehr gut besucht. Das Programm war erstklassig und äußerst reichhaltig. Der „Vorwärtsmarsch", gespielt von dem Spielmannzug der Freien Turner, eröffnete den Abend. Die Ansprache des Kartellvorsitzenden wurde mit Beifall aufgenommen. Die Ansprache war ein Rückblick auf die bisher geleistete Arbeit und eine Ermahnung an die Arbeitsbrüder, mitzuhelfen in der Arbeiterbewegung. Nachdem der Spielmannzug der Turner die „Internationale" gespielt hatte, sprach eine Jugendgenossin den „Weckruf". Die Frauenabteilung der Freien Turner zeigte in einem Turnstundenauszug ihr Können. An den Uebungen war wenig auszusetzen. Der Vierer-Schulreigen der Schülerabteilung der Arbeiter-Radfahrer war gut gelungen. Das Reckturnen der Männer der Freien Turner zeigte schwierige Uebungen. Die Arbeiter-Radfahrer fuhren einen Steuerrohrreigen, der als sehr gut gelungen bezeichnet werden kann. Die Schwimmer zeigten einige schwere Uebungen aus der vorbereitenden Gymnastik. Der von der Freien Volksbühne gespielte Schwank „Robert und Bertram" erregte wahre Lachstürme. Reicher Beifall belohnte die Spielerschar. Das Chorwerk „Revolution" wurde von den Naturfreunden packend gegeben. Den stärksten Beifall erntete wohl der Spielmannzug der Freien Turner mit dem Vortrag der „Mignonnette". Die nicht immer beliebte „Knüppelmusik" zeigte sich hier in einem neuen Gewande. Die Zuhörer setzten durch Beifall sogar eine Wiederholung durch. Das Expanderziehen der Kraftsportler war sehr gut, ebenso das Gewichtheben des Sportklubs Eiche. Die jungen Turner arbeiteten mit dem schweren Medizinball. Die vier Arbeiter-Fußballvereine stellten ein entsprechendes Gruppenbild. Der folgende Vierer-Kunstreigen der Arbeiter-Radfahrer war etwas unruhig gefahren und büßte dadurch an Schönheit ein. Der Spielmannzug der Freien Turner schloß den Abend mit dem Marsche „Dem Volk sind wir entsprossen". Die Veranstaltung war ein voller Erfolg für die Arbeiter-Sport- und Volksbildungsbewegung. —

Mitteilungen der Sportvereine.

Turnverein Fichte. Am Sonnabend um 7 Uhr findet in der Turnhalle Edithaschule, Bismarckstraße (Ecke Oranienstraße), der Kursus des Gymnastiklehrers Andersen nach der Methode Niels-Bukh statt. Hierzu stellen die Abteilungen je drei Genossen, die Schwimmer fünf. Meldungen sind sofort, soweit das noch nicht geschehen ist, dem Geschäftszimmer des Turnvereins Fichte einzureichen. —

An die Vereine des Landessportkartells Sachsen-Anhalt. Der für den 13. und 14. März in Magdeburg angesetzte Kursus muß Umstände halber verlegt werden. Wir werden den Vereinen über den spätern Termin frühzeitig Nachricht geben. Der Vorstand. J. A.: Karl Schütze.

Vereins-Kalender.

Wird nur gegen Vorausbezahlung, die Zeile 30 Pfennig, aufgenommen.

Turnverein Fichte Magdeburg. Sonnabend, 13. März, abds. 7 Uhr, Beginn des Kursus Niels Buks durch Lehrer D Andersen, Turnhalle der Edithaschule Bismarckstraße. Hierzu die Abteilung je 3, die Schwimmer 5 Mann

Fichte Buckau. Freitag, 12. März, 10 Uhr, Vorstandssitzung; Sonnabend, 13. März, 8 Uhr, Versammlung im „Admiralspalast". [119

Burg. Verein der Schrebergärtner Freitag, 12. März, abends 8 Uhr, Mitgliederversammlung im Vereinslokal „Zur guten Quelle", Kolonie 19. [118

Gardelegen. Gesangverein Liederkranz. Donnerstag abend 8 Uhr wichtige Versammlung bei Schmidt, „Reichskrone". [20

Wasserstände.

+ bedeutet über, — unter Null.

Elbe.			Fall	Wuchs
Nimburg	10. 3.	+ 0,77	—	0,12
Brandeis	„	+ 1,38	0,02	—
Melnik	„	+ 1,65	—	0,15
Leitmeritz	„	+ 1,78	—	0,17
Aussig	„	+ 2,20	—	0,26
Dresden	„	+ 0,55	—	—
Torgau	11. 3.	+ 2,68	—	0,20
Wittenberg	„	+ 3,34	0,03	—
Roßlau	„	+ 2,91	—	—
Aken	„	—	—	—
Bardy	„	+ 0,37	—	0,07
Magdeburg	„	+ 2,65	—	0,05
Tangermünde	10. 3.	+ 3,90	—	—
Wittenberge	„	+ 3,82	—	—
Lenzen	„	—	—	—
Dömitz	„	+ 3,46	0,09	—
Dalchau	„	—	—	—
Boizenburg	„	—	—	—
Hohnstorf	„	+ 3,57	0,10	—

Mulde.			Fall	Wuchs
Düben	10. 3.	+ 1,34	0,08	—
Unstrut und Saale.				
Grochlitz	10. 3.	+ 2,84	—	—
Trotha Utp.	11. 3.	+ 3,70	—	0,16
Bernburg Utp.	„	+ 2,88	—	0,16
Kalbe Oberpeg.	„	+ 2,20	—	0,02
Kalbe Unterpeg.	„	+ 2,76	—	0,16
Grizehne	„	+ 2,78	—	0,18
Havel.				
Brandenburg Oberpegel	10. 3.	+ 2,21	—	—
Brandenburg Unterpegel	„	+ 1,89	—	0,03
Rathenow Oberpegel	„	+ 2,12	—	—
Rathenow Unterpegel	„	+ 1,84	—	—
Havelberg	„	+ 3,69	0,12	—

Wetterbericht. (Nachdruck verboten.)

Der gestrige Kälteeinbruch hat in Mitteldeutschland zahlreiche Schneeböen herbeigeführt, die heute morgen stellenweise auch im Flachlande eine geschlossene Schneedecke hinterlassen haben. Im Harz sind bis zu 40 Zentimeter Neuschnee gefallen, die Schneegrenze liegt dort bei ungefähr 200 Meter. Im Raume zwischen Island und Schottland hat sich gestern an der Grenze zwischen polaren und subtropischen Luftströmungen ein neues Störungsgebiet entwickelt, das heute als Teiltief der großen nördlichen Depression vor der norwegischen Küste liegt. Das mit ihm verbundene Schlechtwettergebiet wird auch die Witterung in Mitteldeutschland wieder unruhiger gestalten und mehrfach Regenfälle herbeiführen. Die Temperaturen steigen beim Einbruch wärmerer Luftmassen wieder an.

Aussichten für Freitag: Unruhiges und ziemlich trübes Wetter mit bis auf etwa 10 Grad ansteigenden Temperaturen. —

Warenmärkte.

Magdeburger Zuckerbörse vom 10. März.

Der Preis für Weißzucker (einschl. Sack und Verbrauchssteuer) beträgt für 50 Kilogramm netto ab Verladestelle Magdeburg und Umgebung bei Mengen von mindestens 200 Zentnern bei prompter Lieferung innerhalb 10 Tagen 27,25 Mk., bei Lieferung per März 27,25 Mk. für gemahlene Melis. Tendenz ruhig-stetig.

Berliner Produkten-Börse vom 10. März.

Notiert an der Mittagsbörse ab Station: Weizen, märk. 248—252, mecklenburg. —,— Roggen, märkischer 150—154, pommerscher —,—, mecklenburg. —,—. Sommergerste 162—186. Winter- u. Futtergerste 136—150. Hafer, märk. 159—169. Weizenmehl 32,25—35,75. feinste Marken über Notiz. Roggenmehl 21,75—23,50. Weizenkleie 9,90—10,00. Roggenkleie 8,80—9,00. Raps —.—. Viktoriaerbsen 26,00—32,00. Kleine Speiseerbsen 23—25. Futtererbsen 19,00—21,00 Peluschken 20—21,00 Ackerbohnen 20—21,00. Wicken 22—25. Lupinen, blaue, 11,50—12,50, gelbe 14—15. Serradelle, neu, 26—28 Rapskuchen 14—14,50. Leinkuchen 18,20—10. Trockenschnitzel, prompt 8,20—8,60. Zuckerschnitzel —. Torfmelasse, 30-70 Prozent —.— Kartoffelflocken 13,00—14,00. (Getreide und Oelsaaten pro 1000 Kilogramm, das übrige pro 100 Kilogramm.)

Telegraphische Auszahlungen.

		8. März Geld	8. März Brief	9. März Geld	9. März Brief
Amsterdam-Rotterdam	100 Gulden	168.20	168.62	168.15	168.57
Buenos Aires	1 Papierpeso	1.691	1.695	1.686	1.690
Brüssel-Antwerpen	100 Franken	19.055	19.095	19.065	19.105
Danzig	100 Gulden	80.84	81.04	80.90	81.10
Oslo	100 Kronen	90.82	90.04	90.89	91.11
Kopenhagen	100 Kronen	108.83	109.11	108.91	109.19
Stockholm	100 Kronen	112.44	112.72	112.47	112.75
Helsingfors	100 finnl. Mark	10.552	10.592	10.557	10.597
Italien	100 Lire	16.835	16.875	16.83	16.87
London	1 Pfund	20.386	20.438	20.395	20.447
Neuyork	1 Dollar	4.195	4.205	4.195	4.205
Paris	100 Franken	15.27	15.31	15.35	15.39
Schweiz	100 Franken	80.72	80.92	80.73	80.93
Spanien	100 Peseten	59.13	59.27	59.14	59.28
Japan	1 Yen	1.886	1.890	1.904	1.908
Rio de Janeiro	1 Milreis	0.614	0.616	0.612	0.614
Wien	100 Schilling	59.14	59.28	59.16	59.30
Prag	100 Kronen	12.416	12.456	12.416	12.456
Jugoslawien	100 Dinar	7.387	7.407	7.387	7.407
Budapest	100 000 Kronen	5.87	5.89	5.872	5.892
Bulgarien	100 Leva	3.035	3.045	3.025	3.035
Lissabon	100 Escudos	21.225	21.275	21.225	21.275
Athen	100 Drachmen	5.89	5.91	5.79	5.81
Konstantinopel	1 Pfund	2.195	2.205	2.185	2.195

Mitteilungen der Buchhandlung Volksstimme.

Wieder vorrätig.

Ernst Niekisch: **Grundfragen deutscher Außenpolitik.** 30 Pfg. — Fr. Ebert jun.: **Der deutsche Arbeiter in der Wirtschaft.** 30 Pfg. — H. G. Wells: **Die Geschichte einer Ehe.** Roman. 570 Seiten. Ganzleinen. 9 Mark. — K. Michaelis: **Das Mädchen mit den Scherben. Die sieben Schwestern. Mette Tray.** Romane. Jeder Band Ganzleinen. 300 Seiten. Jeder Band 6 Mark. — **Deutsche Wirtschafts- und Finanzpolitik.** 3 Mark. — W. Pinder: **Deutsches Barock. Die großen Baumeister des 18. Jahrhunderts.** 3,30 Mark. — 4 Zeichnungen und 1 Bildnis von Käthe Kollwitz; 5 Zeichnungen und 1 Bildnis von Heinr. Zille. Je 50 Pfg. — Toller: **Deutsche Revolution.** Rede, gehalten vor Berliner Arbeitern. 50 Pfg. — Schoenaich: **Mein Damaskus.** Erlebnisse und Bekenntnisse. 244 Seiten. Ganzleinen. 5,50 Mark. — K. Wey: **Die elfte Muse.** Ganzleinen. 160 Seiten. 4 Mark.

Zur Jugendweihe und Konfirmation empfehlen wir folgende Gedichtbändchen. Jeder Band mit Holzschnitten nur 1,50 Mark.

Heine-Lieder, Eichendorff-Lieder, Walter-von-der-Vogelweide-Gedichte, Deutscher Minnesang, Lenau-Gedichte, Volkslieder aus Des Knaben Wunderhorn, J.-H.-von-Scheffel-Lieder, O.-J.-Bierbaum-Gedichte, Gottfried-Keller-Gedichte, Mörike-Gedichte, Goethe-Lieder, Storm-Gedichte.

Neuerscheinungen.

Hofmannsthal: **Jedermann.** Das Spiel vom Sterben des reichen Mannes. 1,50 Mark. — F. Green: **J. R. siegte.** Roman. 242 S. Ganzleinen. 5 Mark. — Doyle: **Die verlorne Welt.** Abenteuerroman. Ganzleinen. 272 Seiten. 6 Mark.

Zeitschriften.

Radio-Amateur. — Gemeinde. — Kosmos für März. — Urania für März. — Die Weltbühne. — „Bubikopf". — Bestickte Damenwäsche von Ullstein. — Wie bleibe ich frisch und elastisch? — Eierspeisen auf 100 Weisen. Delikate Salate. —

Rheumatiker loben die gute Wirkung des bekömmlichen Teplitzer Tees — 1.25 2.00

Hof-Apotheke Magdeburg, Breiter Weg 158.

billige Tage!

Gummi-Mäntel

14.00 17.00 19.00 23.00

Freitag
Sonnabend
Montag
Dienstag

Beachten Sie unsere Fenster!

Heinrich Casper Breiter Weg 133 ◆ Gegr. 1884.

Billige Angebote zum Wochenschluß!

Berufskleidung

Maurer-Socken schwere Köperqualit., Paar 1.50
Arbeiterschürzen 80/100, prima Haustuch . 1.75
Tischler- od. Maurerschürzen schwere Drellqual. 2.10
Monteur-Jacken od. -Hosen prima Haustuch 3.75
Arbeitsblusen blau weiß gestreift 3.75
Maurer-Jacken prima Drell 3.95
Nesselkittel für alle Berufe, mit doppelter Passe u. Umlegekr., Jünglingsgr. 5.25

Handschuhe — Strümpfe

Damen-Handschuhe Zwirn, merzerisiert, m. elegant. Aufnaht, Paar 1.10
Damen-Handschuhe prima Wildlederimit., m. Na. u. Steppn., Paar 1.75
Damen-Handschuhe allerfeinste Milanese-Qualität . . . Paar 1.95
Damen-Glacéhandschuhe schwarz, prima Verarb., Paar 3.75
Damen-Glacéhandschuhe i. allen Modefarben . Paar 3.95
Damen-Ziegenlederhandschuhe in aparten Kleiderfarben . . . . Paar 5.50 4.50

Damen-Strümpfe Baumwolle . . . Paar 28 ₰
Damen-Strümpfe prima Baumwolle, Ferse u. Spitze verst. Paar 85 68 35 ₰
Damen-Strümpfe Mako-Ausrüst., Doppelf., Hochferse und Naht Paar 1.25
Damen-Strümpfe la Kunstl., Doppelf., Hochferse und Naht Paar 1.75 1.45
Damen-Strümpfe feinster Seidenfl., schw. u. modefarbig Paar 2.25 2.10 1.95

Trikotagen

Einsatzhemden mit hübschen Ripseinsätzen 2.25 2.10 1.95
Schlupfhosen prima Kunstseide in allen Modefarben 2.50
Unterkleider prima Kunstseide, große Längen in allen Modefarben 2.95
Gestrickte Untertaillen ohne Aermel 1.25 1.10 95 ₰

Seifen — Parfümerien

Seifenpulver m. Kernseifenschn. 2 Pak. 58 ₰
Gelbe Kernseife . . . . . 3 Stück 58 ₰
Blumenseife . . . . . . 2 Stück 48 ₰
Prima Bohnermasse . . Pfunddose 68 ₰
Streichhölzer . . . . Paket 19 ₰
Frisierkamm, zum Aussuchen . . . 48 ₰
Ondulierschere . . . . 65 ₰
Haarpfeile, mit Steinchenbesatz . . 48 ₰
Einkaufsnetz mit Etui . . . . . . 65 ₰
Kölnischwasser . . . . . Flasche 95 ₰

Schmuckwaren

Damen-Gürtel, Lack . . . . 25 ₰
Damen-Gürtel, Wildleder . . . . 95 ₰
Manschetten-Knöpfe, Perlmutter P. 65 ₰
Ohrringe, zum Aussuchen . . . Paar 1.45
Kolliers mit echter Antillenperle . . 95 ₰

Konfitüren

Pralinen . . . . ¼ Pfund 18 ₰
Haseln.-Vollmilch-Schokolade 100g 35 ₰
Halbmond-Keks . . . . . ½ Pfund 55 ₰
Milchbonbons . . . . . ¼ Pfund 25 ₰

Extra billiges Angebot!
2-Pfd.-D. Leipzig. Allerlei Konsummischung 58 ₰

Spielwaren

Gummibälle, b. i. versch. Ausf. 1.00 75 60 45 35 28 18 ₰
Tamburett, Ballschläger m. Fellbezug 1.65 1.25 95 85 ₰
Ballschläger . . . . 1.65 1.30 95 70 ₰
Neuheit „Taucher" 1.95 1.00
Springseile . . . . 1.25 95 60 35 ₰
Sandschaufeln . . . . 68 48 22 18 10 ₰

Herrenartikel

Gummihosenträger, m. Lederstripp. 95 ₰
Gummihosenträger, mit Rolleder . 1.75
Eleg. Selbstbinder, zum Aussuchen . 95 ₰
Herren-Sportmützen 1.25
Sportmütz., m Form i. el. Ausf. 3.50 2.95 1.95

Damen-Putz

Jugendlicher Hut aus Kunstseidenrips mit Band- u. Nadelgarnitur 3.95
Hut aus Kunstseide mit Bandgarnitur . . 4.50
Hut aus Kunstseide mit Band und Goldstickerei 5.95
Fescher Hut aus Band, in allen modernen Farben 6.95

Bubi-Hut bunt gestreift . . 2.45

Kinder-Konfektion

Trikot-Sweater für 1 bis 8 Jahre . . . . 95 ₰
Trikot-Anknöpf-Anzug für 1 bis 3 Jahre 2.65
Trikot-Sweater-Anzug für 1 bis 3 Jahre 2.95
Strick-Anzug plattiert, für 2 bis 3 Jahre . 4.95
Sport-Anzug Homespun, für 2 bis 3 Jahre 6.95
Kieler Mantel für 2 bis 4 Jahre 9.75

Korsetts

Büstenhalter i. fest. Stoff, m. Spitze, Vord.-, Rücken- u. Seitenschl. 1.25 95 60 ₰
Büstenhalter in Trikot, Rücken- oder Seitenschluß 1.35 1.10
Hüftgürtel rosa u. blau Damast, oben Gummi und 1 Paar Halter 3.50 2.50
Hüftgürtel weiß u. rosa Drell, oben Gummi und 1 Paar Halter 2.25 1.85
Einzelne Muster-Korsetts zum Aussuchen 1.75
Korsetts weiß und mode Drell, mit Spitze oder Langette 2.75 2.25 1.75

Schürzen

Jumperschürzen geblümt Kretonne . 1.85 1.35
Jumperschürzen gestreift od. einfarbig, mit Volant . . . 2.45 1.75
Jumperschürzen geblümt Satin „Neueste Dessins" 2.75 2.25
Jumperschürzen gestreift prima Water 3.50 2.95
Jumperschürzen prima Satin, große Form 4.50 3.75

Seiden-Bänder u. Spitzen

Haarschleifen mit Halter, in allen modernen Farben . . . . 85 55 ₰
Kunstseidenband ca. 11 cm breit, in allen Farben . . . . Meter 48 ₰
Reinseiden Taftband ca. 11 cm breit Meter 1.10 75 ₰
Seidenband-Abschnitte 75 cm lang, ca. 4 b. 5 cm breit 25 ₰
Spachtelspitze in glatt und rund gewebt für Kleidergarnit. Mtr. 2.75 1.85 1.25
Valencienne-Spitze weiß, ca. 5 bis 12 cm breit . Meter 1.25 85 55 ₰
Mod. bunte Besätze in verschied. Breiten Meter 5.75 2.25 1.25

Modewaren

Kostüm-Schals aus Trikot, Seide und Crêpe de Chine 5.95 4.25 2.75
Mod. Kleiderwesten a. Seide u. Batist gl. u. m. Sp. garn. 4.25 3.75 2.25
Blusenkragen für runden u. spitzen Ausschn., in Rips u. Batist . 1.45 1.10 75 ₰

Kurzwaren

3 Dtzd. Messing-Druckknöpfe rostfrei . 8 ₰
12 Dtzd. Perlmutterknöpfe sortierte Größen . 48 ₰
5-Mtr.-Stck. Halbleinenband weiß 13 mm . 18 ₰
7 Meter Leinenkordel . . . . 24 ₰
20 Meter Rouleaukordel . . . . . . 55 ₰
Stahlsicherheitsnadeln schwarz und weiß Mäppchen 5 ₰

Haushaltwaren

Wannen prima verzinkt 5.80 5.20 4.50 3.95
Emaille-Eimer 28 cm, la. Qual., neublau 1.75, grau 1.35
Alumin.-Schmortöpfe m. Deck., la Fabrik. 2.00 1.70 1.50
Alumin.-Milchtöpfe la. Fabrikat . . . 1.25 95 75 ₰
Küchengarnituren echt Porzellan, 22teil. 17.50 14.50
Kaffeeservice 9teilig 7.50 6.50 5.50 3.95
Tassen mit Untertassen, bunt . 55 ₰ weiß 35 15 ₰
Brotbüchsen, weiß lackiert, mod. Dek. 4.50 3.60 2.50
Roßhaarbesen, prima Qualität . . . 4.00 3.50 2.25
Roßhaarhandfeger, prima Qualität 2.25 1.75 1.45
Scheuerbürsten, Union-Mischung . . . . 25 20 15 ₰

Ullstein-Schnittmuster
Alleinverkauf für Magdeburg im Erdgeschoß

Barasch

Sportwesten für Damen und Herren, reine Wolle, einfarbig, mit bunter Kante . . . 7.50 5.85

Ziehung der Preuß. Klassen-Lotterie
1. Klasse, am 16. und 17. April d. J.
Lose sind zu haben im Parterre

Was jeder tätige Parteigenosse lesen und besitzen muß!

Heinrich Wandt: Etappe Gent, 182 Seiten, Preis Mk. 1.50.

Wilhelm Dittmann (Bericht vor dem Untersuchungsausschuß): **Die Marine-Justiz-Morde von 1917 und die Admirals-Rebellion von 1918,** 104 Seiten, Preis Mk. 1.60.

Paul Kampffmeyer (im Auftrag des Parteivorstandes): **Das Heidelberger Programm, Grundsätze und Forderungen der Sozialdemokratie,** 72 Seiten, Preis Mk. 1.00.

Buchhandlung Volksstimme Magdeburg.

Kinderwagen
Erste Fabrikate!
Mod. Garnierung!
Riesenauswahl!
Billige Preise!
Beyers
Kinderwagenhaus
Alter Markt 13
1. Spezialgeschäft am Platze.

Was muß jeder junge Mann von den Geschlechtskrankheiten wissen?
20 Ratschläge
für junge Männer von Prof. A. Blaschko
Mit zahlreichen Illustrationen.
Preis nur 50 Pf.
Buchhdlg. Volksstimme
Große Münzstraße 3

Hersteller zahlt 100 Mark, wenn Kampolda nicht in 1 Min. b. Mensch u. Tier Kopf-, Kleider-, Filz- (Brut) vertilgt Keine Wanze mehr. Einm. Anw.
Läuse
Kampolda B empf. Drogenh. Grünewald, Neustädter Str. 25.

Nachruf.

Wieder hat der Tod eine unsrer rührigsten Genossinnen von uns genommen. Wir werden die Verstorbene

Frau Alt

am besten ehren, wenn wir in ihrem Sinne dem großen Gedanken des Sozialismus dienen.

Frauengruppe der Sozialdemokrat. Partei Stendal.

Am 9. März verschied nach langem, schwerem Leiden unsre liebe, gute Mutter

Elisabeth Rode

im 78. Lebensjahre.

Die trauernden Hinterbliebenen.

Beerdigung findet Freitag nachm. 2¾ Uhr auf dem Neustädter Friedhof statt

Selbsthilfe!
Hausarztbücher
jeder Art empfiehlt
Buchhandlung Volksstimme,
Magdeburg,
Große Münzstraße 3.

Versand nach all. Orten
Möbel
auf
Kredit
zu mäß. Bedingungen
Möbel für 75 Mk. Anzahlung 8 Mk.
Möbel für 130 Mk. Anzahlung 15 Mk.
Möbel für 200 Mk. Anzahlung 30 Mk.
Möbel für 300 Mk. Anzahlung 45 Mk.
Möbel für 400 Mk. Anzahlung 60 Mk.
Möbel für 500 Mk. Anzahlung 80 Mk.
usw.
in wöchentl. Raten v. 3 Mk. an, 14tägl. von 5 Mk. an oder monatl. v. 12 Mk. an.
Gewähre Kredit bis 15 Monate.
Bei Barzahlung 15% Rabatt.
Schlaf-, Wohn-, Speisezimmer, Küchen sämtliche Einzelmöbel
Spez. für Möbelausstatt.
A. Friedländer
Alte Ulrichstr. 11.
Tägl. 8½–7 Uhr geöffn.

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Verwaltung Magdeburg.

Nachruf.
Am 9. März starb unser Mitglied
Wilhelm Holter
Metallarbeiter, 42 Jahre alt. 66
Ehre seinem Andenken!
Die Einäscherungsfeier findet am Sonnabend, 13. März, nachm. 1½ Uhr, in der Halle des Westfriedhofs statt.
Die Verwaltung.

Aus einem Waggon frisch eingetroffener Sendung
Seefische
offeriere ich, solange der Vorrat reicht:
[illegible]
Alle andern Fischsorten [illegible]
4-Liter-Dose . . . . 2.55 ℳ
1-Liter-Dose . . . . 0.75 ℳ
8-Liter-Dose Bratheringe, 35–40 Stück Inhalt, Marke „Roß" . . . 4.50 ℳ
4-Liter-Dose Bratheringe, 16–18 Stück Inhalt, Marke „Roß" . . . 2.55 ℳ
1-Liter-Dose Bratheringe, Marke „Roß" . . . 0.75 ℳ
8-Liter-Dose Bratheringe, 35–40 Stück Inhalt, Marke „Anker" . . . 4.50 ℳ
4-Liter-Dose Bratheringe, 16–18 Stück Inhalt, Marke „Anker" . . . 2.55 ℳ
4-Liter-Dose Rollmops . . . 2.55 ℳ
1-Liter-Dose Rollmops . . . 0.75 ℳ
4-Liter-Dose Bismarckheringe . . . 2.55 ℳ
1-Liter-Dose Bismarckheringe . . . 0.75 ℳ
4-Liter-Dose Russische Sardinen . . . 2.55 ℳ
1-Liter-Dose Russische Sardinen . . . 0.75 ℳ
Habe als [illegible] Oelsardinen-Geschäft am Platze [illegible] große Auswahl [illegible] in allen Sorten zum Preise von 30 40 45 50 55 60 75 85 105 120 125 130 u. [illegible] 265 ℳ
[illegible]
Vorteilhafte Bezugsquelle für Hotels, Restaurants, Pensionen und Wiederverkäufer.
I. Magdeburger Fischbörse vorm. L. Püttelkow
Telephon [illegible] Jakobstraße 47, [illegible] am Alten Markt.
[illegible]

Standesamtliche Nachrichten.

Magdeburg-Altstadt.

Todesfälle. [illegible] März. Bauarbeiter Paul [illegible], 36 J. Kaufmann Hermann Röber, 49 J. [illegible] Karl Voigt, 67 J. Anna geb. [illegible], Ehefrau des Rentenempfängers August [illegible], 62 J. Anna geb. [illegible], Ehefrau des Obergefreiten 1. Kl. Hermann [illegible], 67 J.

Magdeburg-Neustadt.

Todesfälle. [illegible] März. Witwe des Handelsmanns Heinrich [illegible], Elisabeth geb. [illegible], 72 J. Magistrats-Obersekretär Bruno Metzer, 41 J.

Magdeburg-Buckau.

Todesfall. [illegible] März. Martha geb. Holze, Ehefrau des Eisenbahn-Zugführers Andreas [illegible], [illegible] J.

Wir suchen
1 kaufm.
Lehrling
zum 1. 4. 1926
L. [illegible]

Motorräder
Einbaumotoren
Fahrräder spottbillig
[illegible]

Uebung macht den Meister!
Gelegenheit einzufädeln [illegible]
Jedem Jungen der Baukasten Motor
Aus Stäbchen, Scheiben und Rädern gehen laufende Lokomotiven hergestellt.
Jeder Kasten mit Vorlagen von 1.20 bis Mark 48.00
Buchhandlung Volksstimme
Magdeburg
Große Münzstraße 3.

Pfand-Versteigerung!
Am Donnerstag den 25. März nachmitt. 2 Uhr
alle Pfandsachen von dem Monat
Dezember 1925
Nr. 94799 bis Nr. 95712.
und die Nr. [illegible].
Erneuerungen nur bis Mittwoch, 24. März 1926, mittags 12 Uhr.
Leihhaus
A. [illegible]
[illegible]

Sozialdemokratischer Verein
Ortsgr. Langenweddingen

Nachruf.

Plötzlich und unerwartet erhielten wir die Trauernachricht von dem Ableben unsers braven Parteigenossen

Wilhelm Holter.

Als Mitbegründer unsrer Ortsgruppe, hat der Verstorbene über 20 Jahre in den vordersten Reihen gekämpft und als Gemeindevertreter und Schöffe das in ihn gesetzte Vertrauen voll gerechtfertigt. Tief erschüttert stehen wir mit den Hinterbliebenen an der Bahre dieses prächtigen Menschen, dem wir allezeit ein ehrendes Gedenken bewahren werden.

Die Trauerfeier vor der Einäscherung findet am Sonnabend nachmittag 1½ Uhr auf dem Westfriedhof statt. — Die feierliche Beisetzung der Urne geht am Sonntag den 21. März vom Trauerhaus in Langenweddingen aus vor sich.

Der Vorstand.

rufen". Der Aufsichtsrat der Concordia hat eine Erklärung abgegeben, wonach er den Generaldirektor Linnemann auf dessen Antrag krankheitshalber aus seinem Verhältnis als Vorstandsmitglied der Anhaltischen Salzwerke abberuft. Nur sein stark geschwächter Gesundheitszustand sei die Veranlassung zu seinem Antrage gewesen. Seinem weitern Antrage auf Ausscheiden aus dem Vorstand der Concordia habe der Aufsichtsrat nicht zustimmen können, vielmehr spreche der Aufsichtsrat Herrn Linnemann im Gegensatz zu den gegen ihn gerichteten Angriffen sein vollstes Vertrauen aus und freue sich, einen so bewährten und ehrenhaften Beamten an der Spitze der Concordia zu wissen. Diese Erklärung klingt wirklich sehr komisch, jedenfalls ist die ganze Sache etwas ungewöhnlich. Aufklärung dürften die Verhandlungen des Anhaltischen Landtags in den nächsten Tagen bringen. Wird der Trennung der leitenden Personen nun auch die Trennung der Werke folgen? Vorläufig sind zu Leitern der Anhaltischen Salzwerke Oberbergrat Dr. Clausert in Leopoldshall und Ministerialrat Richter in Dessau ernannt. —

Stadtkreis Stendal.

Vom reaktionären Rathaus.

Aus dem Protokoll der letzten Stadtverordneten-Sitzung war zu hören, daß in geheimer Sitzung dem Oberbürgermeister als Gratifikation wegen seiner Amtsdauer von über 25 Jahren, gegen die Stimmer der Sozialdemokraten, 1000 Mark bewilligt worden sind. Vor kurzem hat man gegen die Stimmen der sozialdemokratischen Fraktion beschlossen, für städtische Beamte eine Gratifikation von 800 Mark zu gewähren, während man den Arbeitern, die ebenso lange im Dienste der Stadt stehen, nur 150 Mark geben will. Der Oberbürgermeister bekommt 1000 Mark. Das ist bei der reaktionären Einstellung der bürgerlichen Mehrheit des Stadtparlaments nicht verwunderlich. Hoffentlich werden die Wähler bis zur nächsten Stadtverordnetenwahl so gescheit, daß sie diese bürgerliche Mehrheit beseitigen.

Nach Genehmigung einiger Verwaltungs-Rechnungen wurde der Abändrung des Bebauungsplanes für die Melanchthonstraße zugestimmt, wonach bei den ersten Häusern 5 Meter für die Vorgärten wegfallen. Genosse Müller bemerkte dazu, man müsse bei der Bebauung das Straßenbild nicht verunschönen. Er vertrat dann die berechtigten Wünsche der Anwohner der Melanchthonstraße und verlangte, daß in der Nähe des Brunnens eine Laterne errichtet wird. Die Versammlung stimmte zu. Genosse Wendt wurde neben dem Stadtv. Güldenpfennig in die Fuhramtdeputation gewählt. Die Haushaltpläne für 1926, bei denen die bürgerliche Rathausmehrheit mehrmals ihr reaktionäres Gesicht zeigte, wurden mit einigen Abändrungen angenommen. Der Etat der Gymnasialverwaltung weist in Einnahme 100 700 Mark, in Ausgabe 224 200 Mark auf, hat also eine Mehrausgabe von 123 500 Mark. Der Etat der gewerblichen Berufsschule erfordert eine Mehrausgabe von 10 200 Mark, der der kaufmännischen Berufsschule schließt in Einnahme und Ausgabe mit 6300 Mark ab. Hierbei ist zu bemerken, daß der Lehrplan in diesem Jahre um sechs Stunden erweitert wird und drei neue Fächer aufnimmt.

Die Gesamteinnahmen der Volksschulen betragen 97 800 Mark, und die Ausgaben 359 200 Mark. Es ist also ein Zuschuß von 261 400 Mark erforderlich. Bei den Haushaltplänen der Schulen bemängelte der Oberbürgermeister die Art der Zuschüsse des Staates und die Beeinträchtigung der Selbstverwaltung der Gemeinden. In den Mittelschulen sei ein bedeutender Rückgang an Schülern zu verzeichnen, das bedeute auch eine Mehrausgabe insofern, als man weniger Schulgeld einnehmen kann. Dann ging der Oberbürgermeister auf den ministeriellen Bescheid auf

Ablehnung des Ausbaues des Lyzeums

zum Oberlyzeum ein. In der Februarsitzung der Stadtverordneten-Versammlung war der Ausbau beschlossen; unsre Fraktion stimmte, weil keine Deckung für die veranschlagten 200 000 Mark vorhanden war, dagegen. Das Ministerium hat jetzt dieselben Gründe für die Ablehnung des Projekts angeführt. In dem ablehnenden Bescheid heißt es, daß der Antrag im Laufe d. J. wiederholt werden könne, daß jedoch schon jetzt ausdrücklich betont werde, daß mit einer Befürwortung des Antrags nur dann zu rechnen ist, wenn die Stadtgemeinde bis dahin Klarheit über die Aufbringung der für den Umbau des Lyzeums erforderlichen Mittel gewonnen hat, so daß sie eine bindende Verpflichtung in dieser Hinsicht abzugeben in der Lage ist. Die Bürgerlichen, die sich über die Einwände unsrer Genossen entrüsteten, finden jetzt vom Ministerium bestätigt, daß unsre Genossen richtig gehandelt haben. Wir wenden uns nicht gegen Fortschritte im Schulwesen, sondern gegen eine unüberlegte Handlungsweise, wie sie hierbei vom Oberbürgermeister und der bürgerlichen Stadtverordnetenmehrheit vorliegt.

In diesem Jahre ist die Finanzierung der Schulen weit schwieriger. Die Genossen Trumpf und Klemp verlangten die Ausbesserung schlechter Bänke, da die Klagen der Eltern über zerrissenes Zeug der Kinder durch die schlechten Stühle, Bänke und Tische immer größer wird. Ein Antrag unsrer Fraktion, mehr Mittel für Ausbesserungen in den Volksschulklassen in den Etat einzustellen, wurde abgelehnt. Dann wurde der Etat der Volksschulen genehmigt. Die Verwaltung der Mittelschulen erfordert eine Ausgabe von 298 500 Mark, der eine Einnahme von 143 800 Mark gegenübersteht; das macht eine Mehrausgabe von 154 700 Mark. Sehr stark bemängelt wurde die Unterbringung der Obdachlosen in den Räumen der Knabenmittelschule, Moltkestraße. Die Räume müßten oft desinfiziert werden. Die Kinder haben unter der schlechten Luft zu leiden; es sei vorgekommen, daß man Kinder wegen Ohnmachtsanfälle habe nach Hause schicken müssen. Der Magistrat wurde ersucht, anderswo Gelegenheit zur Unterkunft für die Obdachlosen zu beschaffen, und sei es, daß zu diesem Zwecke Baracken errichtet werden. Auf Anregung des Genossen Müller soll eine Besichtigung der Schulen stattfinden. Der Fußboden in der Turnhalle Moltkestraße müßte neu aufgebessert werden. Nach einer Besichtigung sollen die Kosten in den Etat eingestellt werden. Genosse Müller konnte mitteilen, daß einige Vereine in der Turnhalle mehr Miete zahlen müssen als andre. Bürgermeister Wernecke antwortet, daß Jugendvereine und Turnvereine Vergünstigungen gehabt haben. In Zukunft will man eine Pauschsumme festsetzen.

Zum Haushaltplan des Jugendamtes, der mit 21 000 Mark Einnahme und 55 000 Mark Ausgabe abschließt, wünschte Genosse Müller Aufklärung über die Verändrung der Entlöhnung, die geringer geworden ist. Bürgermeister Wernecke antwortete darauf: Wir haben jetzt vier Schwestern und vier Mädchen, letztere bekommen den Lohn, den Mädchen auch anderswo bekommen. Die Mehrausgaben erklären sich zum Teil aus der Gewährung eines Erholungsgeldes während des Urlaubes und eines Zuschusses an den Verein der Kleinkinderbewahranstalt.

Bürgerliche gegen Arbeiterbildung.

Der Etat für Kunst und Wissenschaft wurde zum Gegenstand längerer Auseinandersetzungen. Genosse Treumann beantragte, auch für die Gewerkschaftsbibliothek eine gleiche Summe, nämlich 500 Mark, wie für den Bildungsverein einzusetzen. Der Bildungsverein habe 1500 Mitglieder, während die freien Gewerkschaften 3600 Mitglieder zählen und eine beachtliche Bibliothek ihr eigen nennen. Die Bildungsbestrebungen der Arbeiterschaft sollten auch von der Stadt unterstützt werden. Der Oberbürgermeister sagte einfach die Finanzkommission habe den Betrag abgelehnt, der Magistrat schließe sich der Ablehnung an. Genosse Müller ging mit der reaktionären Rathausmehrheit scharf ins Gericht, nachdem diese mit Schlagwörtern wie: die Gewerkschaften seien keine Kulturorganisationen, geantwortet hatte. Er sagte dabei, daß früher die Mehrheit der Versammlung zugestimmt, der Magistrat aber abgelehnt habe. Der Bezirksausschuß habe der geringfügigen Summe wegen (es war in der Inflation) die Sache zur eignen Beschlußfassung zurückverwiesen. Wenn man sich an den Namen Gewerkschaftsbibliothek stößt, dann hätten wir allen Grund, uns auch gegen die Mittel für das Bismarck-Archiv oder gegen das Hohenzollern-Stipendium auszusprechen. Wir Sozialdemokraten sind aber nicht voreingenommen wie die Bürgerlichen.

Genosse Klemp wies auf den Wert unsrer Bibliothek hin und wandte sich dabei gegen die Ansicht, in der Gewerkschaftsbibliothek seien nur Räubergeschichten zu lesen. Der „nationale Arbeiter" Fütterer sprach gegen die Bewilligung der Summe für die Gewerkschaftsbibliothek. Die Vorlage wurde ohne unsern Zusatzantrag gegen unsre Stimmen angenommen. Der Etat des Lyzeums weist eine Einnahme von 77 600 Mark und eine Ausgabe von 168 600 Mark auf; es müssen also 91 000 Mark zugeschossen werden.

Zum Etat der öffentlichen Gesundheitspflege wurde unser Antrag, für die Arbeiter-Samariterkolonne 300 Mk. einzusetzen, mit Mehrheit angenommen. Die Gartenbauverwaltung erfordert einen Zuschuß von 25 200 Mark. Der Etat des Wasserwerkes balanciert mit 127 000 Mark.

Bei der Besprechung des Fürsorgeamts bemerkte Genosse Müller, daß man erfreulicherweise das Firmenschild (Armenamt) in Unterstützungsamt umgeändert habe, jedoch sei das nicht der Initiative des Magistrats zu danken. Hoffentlich ändert sich auch der Geist in diesem Amt. Ueber Mißstände in dieser Verwaltung wurde sehr geklagt. Der Magistratsobersekretär Werner sei einer der schlimmsten Autokraten. Seine Umgangsformen gegenüber armen, alten Leuten, die Schutz und Hilfe suchen, seien die denkbar schlechtesten. Genosse Müller verlangt, man möge dem Zentralverband der Arbeitsinvaliden und Witwen mehr Gehör schenken. Dr. Wernecke und der Oberbürgermeister versprechen, energisch gegen Mißstände vorzugehen. Der Etat schließt ab mit 151 900 Mark Einnahme und 368 000 Mark Ausgabe.

Eine geradezu klägliche Rolle spielte auf eine geharnischte Zurechtweisung durch den Oberbürgermeister der K.-P.-D.-Mann Mewes. Er soll in einer Erwerbslosenversammlung dem Bürgermeister Dr. Wernecke nachgesagt haben, er habe einem Unterstützungsuchenden einen schriftlichen Antrag zerrissen. Mewes beteuerte, das nicht so gesagt zu haben und nahm die Aeußerung reumütig zurück.

Der Haushaltplan der Schlachthausverwaltung wurde genehmigt, er weist in Einnahme und Ausgabe 74 700 Mark auf. Zum Etat des Feuerlöschwesens wurde ein Antra des Genossen Klemp anenommen, der einen Feuermelder in der Nähe der Sachsen-, Holsten- und Friesenstraße verlangt. Der Etat der Friedhofsverwaltung weist einen geringen Ueberschuß auf. 2000 Mark wurden für Heizzwecke eingestellt. Genosse Müller richtete eine Anfrage an den Magistrat, wie weit der Bau des Krematoriums vorgeschritten sei. Es wurde geantwortet, daß das Projekt weiter verfolgt würde. Die Etats der Fuhramtverwaltung und des Pflege- und Versorgungsheims wurden angenommen.

100 neue Wohnungen

sollen nach dem Plane des Magistrats im Jahre 1926 erbaut werden. Aus dem Jahre 1925 stehen noch 50 000 Mark zur Verfügung, insesamt 825 000 Mark. In der Kaserne müssen in diesem Jahre 18 Unteroffiziere ihre Wohnungen räumen, für die es schwer ist, Wohnungen zu beschaffen. Der Oberbürgermeister konnte dann noch berichten, daß 120 junge Ehepaare Wohnung suchen. Die 100 Wohnungen sollen durch Vereine in der Kriegersiedlung und durch Ausbau von alten Häusern beschafft werden. Weitere Gesuche, Mittel aus der Hauszinssteuer zu bekommen, seien zwecklos.

Das Ortsstatut über die Entwässerungsanlage wurde angenommen. Für die Beschäftigung eines Landmessers wurden 4500 Mark bewilligt; dieser soll kein Beamter sein, sondern ein Privatlandmesser. Von der Entfernung des Gasofens im Lyzeum wurde Kenntnis genommen. Zum Armenpfleger im 10. Bezirk wurde Frau Thomas gewählt. Auf die Einkünfte von 200 Mark für den Acker der reformierten Gemeinde aus dem Speierschen Testament verzichtete die Stadt.

Dann berichtete der Oberbürgermeister über den Stand der Angelegenheit der Straßenbrücke bei Hämerten. Der Landkreis Stendal fördert das Projekt bei Tangermünde. Bleibt der Landeshauptmann und der Provinzialausschuß bei seiner Ansicht, noch Jahre mit dem Bau zu warten, dann werden wir wohl erst in 15 Jahren eine Brücke über die Elbe bekommen.

Die Entscheidung des Bezirksausschusses über die Bemessung des Ruhelohnes für die städtischen Arbeiter wurde zur Kenntnis genommen. Ein Dringlichkeitsantrag des Magistrats auf Urbarmachung eines Geländes von 56 Morgen Größe zwischen Exerzierplatz und Wittenberger Bahn wurde angenommen. Von den 30 000 Mark betragenden Kosten sollen 9000 Mark aus der produktiven Erwerbslosenfürsorge, 14 000 Mark aus einem Darlehen und 6000 Mark aus der Kämmereikasse entnommen werden. Für die Erwerbslosen bietet sich also etwas Gelegenheit zu Arbeit. —

*

In den Eintragungslisten für das Volksbegehren fehlen noch viele, die ihre Pflicht dem Volke gegenüber noch nicht getan haben. Bis zum Sonnabend abend hatten sich 427 Personen eintragen lassen, bis zum Dienstag abend waren es 1750 Personen. In Stendal gibt es aber rund 19 000 Wahlberechtigte, da müssen also noch viele Wähler zum Eingezeichnen gehen. Die bürgerlichen Blätter hetzen in unerhörter Weise gegen das Volksbegehren. Auch der angeblich so demokratische „Altmärker", den noch immer viele Familien der werktätigen Bevölkerung lesen, ist in die Front der Fürstenknechte eingetreten und kämpft gegen das Volk. In seiner Montagnummer fordert er zur Nichteinzeichnung auf. Das sieht ihm ähnlich. Dem Blatte der Deutschnationalen kann man es ja nicht verübeln, daß es sich monarchistisch und volksfeindlich einstellt, aber von dem „Altmärker" ist es ein Skandal sondergleichen. Und dieses Blatt wird noch von Arbeitergroschen unterstützt, mit denen es die Arbeiterschaft bekämpft. Werden die Arbeiterfamilien, die den „Altmärker" unterstützen, nun endlich einsehen, wie verkehrt sie handeln? —

Frauenabend. Zahlreich waren diesmal die Frauen versammelt. Ein Prolog, gesprochen von der Genossin Bräutigam, und Walzerklänge auf dem Klavier leiteten den Abend ein. Parteisekretär Genosse Müller wies die Frauen auf ihre Pflicht hin, für die Fürstenenteignung und gegen die Volksnot zu kämpfen, indem sie alle Bekannten, vor allem die Frauen aufforderten, sich in die Listen des Volksbegehrens einzuzeichnen. In der Versammlung konnten 30 Neuaufnahmen von Frauenmitgliedern gemacht werden. Genossin Alberts wartete mit netten Erzählungen auf. Zum Schluß erörterte Genosse Müller noch die Aufgaben der Arbeiterwohlfahrt. —

Genossin Alt †. Wieder stehen wir an der Bahre eines rührigen Parteimitgliedes. Im Alter von 60 Jahren ist unsre Genossin Alt von uns gegangen. Sie hat regen Anteil genommen an den politischen Geschehnissen und wurde zu einer tüchtigen Funktionärin der Partei. Beim Volksbegehren wollte sie kräftig mithelfen zum Siege des Volkes, aber die Kraft verließ sie, eine böse Krankheit zwang sie, zeitweilig das Bett zu hüten, bis sie schließlich die letzten Tage ganz daniederlag. Hätte sie ihrem Körper genügend Pflege und Ruhe gönnen können, wäre sie der Familie und Partei noch lange erhalten geblieben. Wir bewahren ihr ein treues Gedenken. Unsre Frauen und Genossen wollen sich zur Beerdigung der Genossin Alt am Sonnabend, nachmittags 4 Uhr (Friedhofskapelle), zahlreich einfinden. —

Generalversammlung des Konsumvereins heute (Donnerstag) abend 8 Uhr im „Odeum", Grabenstraße. Wichtige Tagesordnung. Blaue Mitgliedsbücher vorzeigen. —

Viehmarkt. Am Dienstag war ein Antrieb von 470 Schweinen und 297 Pferden zu verzeichnen. Es kosteten: 4 bis 6 Wochen alte Ferkel 24 bis 28 Mark, 6 bis 8 Wochen alte Ferkel 28 bis 34 Mark, 8 bis 10 Wochen alte Ferkel 34 bis 40 Mark, Pölke 56 bis 65 Mark, Futterschweine Pfund 75 bis 85 Pfennig. Pferde, gute 1000 Mark, mittlere 780 bis 800 Mark, geringere 280 bis 400 Mark. Handel und Besuch waren mittelmäßig. —

Altmark.

Bittkau. Parteimitgliederversammlung Sonntag nachmittag 3 Uhr. Parteisekretär Genosse Müller (Stendal) wird einen Vortrag halten. Pflicht aller Mitglieder ist es, zu erscheinen. —

Börgitz-Uchtspringe. Am Sonnabend fand hier eine öffentliche Versammlung statt, in der unser Genosse Silberschmidt über die Fürstenabfindung referierte. Genosse Silberschmidt verstand es, in kernigen Worten der Versammlung klarzulegen, wie wenig die Fürsten berechtigt sind, an den Staat Forderungen zu stellen. Nach der öffentlichen Versammlung fand eine Mitgliederversammlung statt. Da der am 4. März gewählte 1. Vorsitzende, Genosse Tiedge, sein Amt niedergelegt hat, ist die Wahl eines neuen Vorsitzenden nötig. Genosse Barth wurde vorgeschlagen und von 24 abgegebenen Stimmen mit 17 gewählt. Der Vorsitzende schloß die Versammlung mit der Mahnung, sich rege an der Einzeichnung des Volksbegehrens zu beteiligen. —

Garbelegen. Die Volksversammlung am Montag im „Tivoli" war sehr stark besucht. Genosse Petzon (Magdeburg) rechnete mit den habgierigen Fürsten und ihren Zutreibern scharf ab. Er erntete für seinen Vortrag reichen Beifall. Der deutschnationale „Kreis-Anzeiger" — Besitzer sind ein paar adlige Großgrundbesitzer — schreibt nun alle Tage in großen Lettern: „Tragt euch nicht ein zum Volksbegehren, denn wenn die Fürsten enteignet sind, wird die Sozialdemokratie auch die kleinen Leute enteignen, sogar die Möbel würde man ihnen wegnehmen." Unsre Genossinnen und Genossen müssen nun erst recht alle Kräfte anspannen, damit die Arbeiterschaft sich in die Listen einträgt. Sie liegen im Rathaus, Zimmer 14, Eingang Polizeiwache, von 8 bis 1 Uhr, auch am nächsten Sonntag aus. —

Grieben. Parteiversammlung und Unterhaltungsabend am Sonntag abend 8 Uhr bei Klingebeil. Parteisekretär Genosse Müller (Stendal) hält einen Vortrag. Zahlreicher Besuch wird erwartet. —

Salzwedel. Die Mispag hat am Mittwoch mit den Ausschachtungsarbeiten für die in diesem Baujahr auszuführenden Bauten begonnen und eine größere Anzahl von Erwerbslosen wieder mit Arbeit versorgt. — Einen Bildungsabend veranstaltet die Reichszentrale für Heimatsdienst am Montag den 22. März. Dr. Schwanecke, der hier bereits im vorigen Jahre gesprochen hat, wird ein Referat über Deutschlands Stellung zur Weltproduktion halten. — Einen Unfall erlitt am Dienstag in Schieben der Arbeiter Kurt Heuer. Er hatte für seine Arbeitgeberin, eine hiesige Getreidefirma, mit einem Gespann in Schieben zu tun, und fiel beim Wenden vom Wagen. Die Räder gingen ihm über ein Bein oberhalb des Fußes. Der Verunglückte wurde mit dem Krankenauto ins Kreiskrankenhaus geschafft. —

Tangerhütte. In öffentlicher Versammlung am Montag den 15. März, abends 8 Uhr, im „Adler" spricht Kaufmann Genosse Petzon (Magdeburg) über: „Den Fürsten keinen Pfennig, zum Wohle des Volkes". —

Tangermünde. Die Frauengruppe veranstaltet am Freitag den 12. März, abends 8 Uhr, in der Genossenschaft eine Versammlung mit Prolog, Ansprache und Rezitationen. Mitglieder und Gäste sind willkommen. Die fertigen Handarbeiten zur Wohlfahrtsausstellung liegen aus. —

Weferlingen. In einer Versammlung der Frauengruppe der Arbeiterwohlfahrt sprach Genossin Arning, die die Zuhörer zu fesseln verstand. Während der Pause wurde eine Tellersammlung für den sehr schwer erkrankten Genossen Schröder veranstaltet. Die Genossen Meyer und Pieper sprachen alsdann noch im Sinne der Referentin. Im Schlußwort selbst sprach Genossin Arning über den Zweck der Arbeiterwohlfahrt. Mit Beifall wurde nicht gespart. — Die Monatsversammlung der Partei war sehr zahlreich besucht. Die Fürstenabfindung wurde gründlich besprochen. Alle Mitglieder, ob Mann oder Frau, müssen unbedingt zum Erfolg mithelfen. Arbeiten, wie Flugblätterverteilung, Schlepperdienst usw. muß gern und willig geleistet werden. Die Berichte der Gemeindevertreter, die im Gemeindeparlament leider in der Minderheit sind, waren recht interessant, aber auch traurig. Im Gemeindewesen kann es nur besser werden, wenn alle Einwohner wieder die Vertreter der Sozialdemokratischen Partei wählen. Die Aufbauschule wurde von der Regierung genehmigt, und wird nun trotz aller Hindernisse Wirklichkeit. Desgleichen die langersehnte Wasserleitung und die Wiederherstellung der Saalsdorfer Heerstraße. Vielen Arbeitslosen wird damit Arbeit gegeben. Die schlechten Arbeitsverhältnisse der Dörnitzpanlagen in Walbeck wurden scharf gegeißelt, doch muß gesagt werden, daß die dort beschäftigten Arbeiter die größte Schuld selber haben; wären sie sämtlich organisiert, könnten derartige Zustände nicht einreißen. Auch die Armenpflege soll durch Hinzuwahl von Vertretern besser gehandhabt werden. Desgleichen die sonstige Fürsorge. —

Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold.

Diesdorf. Freitag abend 8 Uhr im „Schwarzen Adler" öffentliche Versammlung, in der Reichstagsabgeordneter Ferl über die Fürstenabfindung sprechen wird. Die Kameraden treten am Freitag abend 7 Uhr auf dem Schülerplatz an zum Demonstrationsumzug durch das Dorf. Spielleute müssen Instrumente mitbringen. —

Bezirk Biederitz. Bezirkskonferenz am Sonntag in Heyrothsberge beim Kameraden Eichlepp. —

Gerwisch. Freitag abend 8 Uhr bei Becker Sitzung aller Vorstandsmitglieder, Zug- und Gruppenführer und der Spielleute. Gruppenführer in der Sitzung Abrechnung mit dem Kassierer. —

Kreis Jerichow II. Am Sonntag den 14. März, vormittags 10 Uhr, findet im Reichsbannerlokal Br. Wachsmuth in Genthin, am Markt, eine Kreiskonferenz statt. „Organisationsfragen und Arbeitsplan" (Referent: Gausekretär Wille, Magdeburg). Sämtliche Ortsvereine des Kreises sind verpflichtet, sich durch ihren Vorsitzenden vertreten zu lassen. Die Kosten der Delegation sind von den Ortsvereinen zu tragen. Der Kreisleiter. —

Eickendorf. Alle Kameraden fahren am Sonntag abend 6.50 Uhr zur Jugendfahnenweihe nach Eggersdorf. —

Wollwarenvertrieb Kiess ist wieder da! Diesmal nicht „Alter Fritz", sondern **Steinstr. 5**
ab 12. März: Frühjahrs-Ausnahmeverkauf
Bekannte reelle Ware für ganz wenig Geld!
Ich bringe diesmal: Pullover, Westen, Hemdhosen, Unterkleider, Schlüpfer, Apachenschals, Tücher, Jumper usw. aus Wolle und Seide. Riesige Auswahl.

Füli

Das Theater der internat. Großfilme

Füli bleibt Füli

wird jeder einzelne Besucher wieder ausrufen!

Wir zeigen:

Den berühmtesten Film der Welt!
Das Rätsel der Komik und Tragik!

Charlie Chaplin

hat mit seinem unvergleichlichen Film

Goldrausch

alle Menschen der Erde begeistert und mitgerissen.
Und in Magdeburg wird es genau so sein!

Auf der Bühne: Die größte Weltattraktion!

Die Einbrecher von Neuyork

7 Personen 7 Personen

Es ist der komischste Varieté-Akt, den es zurzeit gibt.
Das größte Berliner Varieté „Scala" hat diese Nummer 2mal prolongiert.

Beginn:
Werktags ½5, ½7, ½9 Uhr
Sonntags ab ½3 Uhr.

Kinder zahlen zur I. Vorst. halbe Preise

Casino-Lichtspiele

104 Breiter Weg 104 gegenüber dem Zentraltheater

Ab heute Freitag

zeigen wir in unsren behaglich und vornehm eingerichteten Räumen den urdeutschen Film

Salamander er

nach dem Roman „Die Studenten von Utrecht" von Victor Aubert. Ein Bild von Freud' und Leid aus dem Studentenleben in 6 Akten. In der Hauptrolle:

Mary Gerda

Dazu das reizende Lustspiel:

Snoody als Ägyptenkönig

Ferner der Naturfilm

Bilder aus dem Glarnerland

und die neueste

Triumphwoche

Kapelle A. Röhrenschleger

Durch größter Eleganz mäßige Eintrittspreise.

Beginn wochentags 4 Uhr.

Rathaus-Destillerie

Inh. **Hans Osther.**

Filiale
Buckau, Thiemstraße 3
gegenüber vom Rathaus.
Eröffnung: Freitag, 12. März
Das bekannte Fachgeschäft u billigste Einkaufsquelle für **Private.**

Tonbild-Theater

Berliner Straße.
Das Theater d. international. Großfilme.

Harry Piel
in
Zigano.
Der Brigant vom Monte Diavolo.

Duttie hat zwei Männer.
Tolle amerikanische Groteske.

Beginn:
wochentags 5 Uhr, Sonntags 3 Uhr.

Anmeldungen für den Bücherkreis nimmt an Buchhandlung Volksstimme.

Gegr. 1903. Gegr. 1903.

Damen-Konfektion
Frühjahrs-Neuheiten
eingetroffen. **Steinstr. 5, I. r.**

Zu **vermieten**
sehr gutes neues
Piano
Günstige Beding. auch bei evtl. Kauf
Rob. Ecke,
Otto-von-Guericke-Straße 99.

Neue u. getrag. Anzüge
Weg- und Arbeitshosen, Joppen, Westen verkauft billig **Grimmel,** Große Marktstraße 16, 1 Tr.

Gehen Ihre Uhren nicht?
Reparaturen gut u. billig. Fr. Pöllnitz, Uhrmacher, Schoneckstraße 9a. 555

Stadttheater

Freitag, 12. März
Anf. 7½, Ende 10½ Uhr
6. Abend
Spielplanänderung wegen Erkrankungen.
Der Freischütz
Op. a. C. M. v. Weber
Sonnabend, 13. März
Anf. 7½, Ende 10½ Uhr
7. Abend
Falstaff
Gastspiele Edith Maerker, Wiesbaden
Sonntag, 14. März
Anf. 7½ Uhr. 8. Abd.
Ein Maskenball
Montag, 15. März
Anf. 7 Uhr 9. Abend
Carmen.

Wilhelm-Theater
Offene Vorstellungen
Freitag, 12., Sonnabend 13., Sonntag, 14. März, 8 Uhr.
Der große Erfolg!!
Der fröhliche Weinberg
Lustsp. v. L. Zahnmayer

Parlophon-Beka-Musikplatten
sind von ganz hervorragendem Wohlklang. In bester Auswahl zu haben nur im
Parlophon-Haus
Silbermann
Breiter Weg 10

Frauenwelt spart Geld
alle 14 Tage ein Heft

PL

Panorama-Lichtspiele

Unser Programm schlägt alles bisher Dagewesene!

Freitag nachmittags 5 Uhr:
Erstaufführung

Lodernde Glut

Ein Film aus den Urwäldern Kanadas.
— 6 Akte. —
Spannung — Tempo — Sensationen

Die Tragödie einer Frau

Ein spannendes Sittendrama in 6 Akten.
Hauptrollen:
Erika Gläßner — Max Landa.

Die Deulig-Woche Nr. 11

Musikalische Leitung:
Kapellmeister Bruß.

Ermäßigte Eintrittspreise!

ZENTRAL

Heute, Freitag, Beginn 8 Uhr
Fatinitza

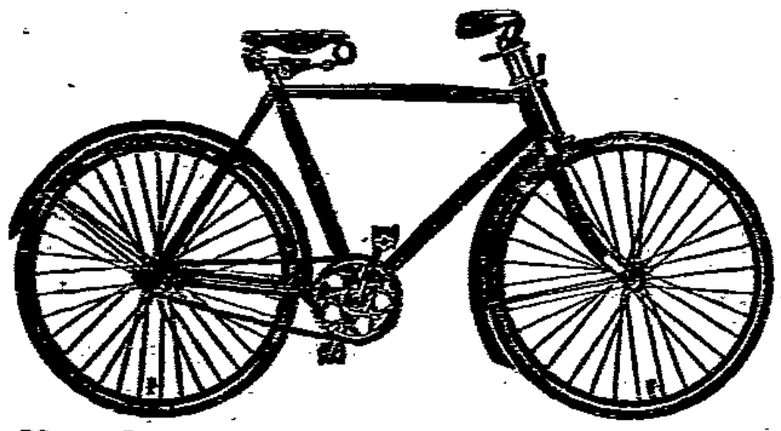
Sonntags 2 Vorstellungen
3½ Uhr (kleine Preise) und 7½9 Uhr.
Siebentägiger Kartenvorverkauf!

Zentraltheater-Restaurant und Lucullus.
Heute Freitag
Großer Hausball
zum Besten der Angestellten.

Groß-Circus Wander-Schau Busch
Circus-Blumenfeld-Gebäude — — Eigentümer Direktor J. Busch

Tägl. 8 Uhr **Riesen-Circus-Spielplan** Tägl. 8 Uhr

Sonnabend u. Sonntag 3½ Uhr: Kinder halbe Preise
Vorverkauf: Verkehrsverein, Breiter Weg, 166 u. Circus



Neu eingetroffen! Neu eingetroffen!

3 Waggons

Original-Exzelsior-Räder und Original-Stoewers Greif-Räder

Kulante Zahlungsbedingungen
Alleinverkauf

Albert Brennecke

Magdeburg-Sudenburg
Halberstädter Straße, Ecke Westendstraße
Telephon Stephan 40892

KL

Kammer-Lichtspiele

Magdeburg hat sein Ereignis!

Cilly Feindt

die 16jährige gefeierte Schulreiterin und Filmschauspielerin

in ihrem Großfilm!

Lloyd Mil als Salonheld

Tolle amerikanische Groteske.

Die neueste Deuligwoche.

Beginn: Wochentags 4 Uhr — Sonntags 3 Uhr.

Der

Deulig-Palast

Die führende Filmbühne!
Heute und folgende Tage:

Feldgrau

(Der Mann, aus dem Jenseits)

Ein überragender deutscher Film!

Gleichbedeutend durch die Stärke der Handlung und der Darstellung.

Die Sensation der Filmbühnen in dieser Woche!

Hauptrollen:
Olga Tschechowa / Paul Wegener
Anton Pointner

Kein Kriegs- oder Tendenzfilm!

Musikalische Einleitung:
Ouvertüre zur Oper Wilhelm Tell.
Die Deulig-Woche Nr. 11
Ehefreuden. Eine Groteske.

Einlage.

Beginn: Wochentags 4 Uhr, Sonntags 2.30 Uhr.

Lachen links

Jede Woche eine neue Nummer empfiehlt:
Buchhandlung Volksstimme.